

# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 8



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 2. 5. 1990

## WORT UND WIDERWORT

### Hat Nordrhein-Westfalen Chancen, das Medienland Nummer 1 zu werden?

Immer mehr Menschen würden künftig in der Medien- und Kommunikationsindustrie arbeiten. Die einzigartige kulturelle Vielfalt unseres Landes begünstige den Ausbau der Medienwirtschaft. Nordrhein-Westfalen habe mit seinen Produzenten und Produktionsstätten, mit der Kreativität seiner Künstlerinnen und Künstler und vor allem mit seinem politisch offenen und liberalen Klima große Chancen, ein europäisch bedeutsamer Medienstandort zu werden. Darauf verweist der SPD-Abgeordnete **Jürgen Büssow**. Der CDU-Parlamentarier **Dr. Ottmar Pohl** erklärt, Nordrhein-Westfalen habe grundsätzlich gute Voraussetzungen, eine Spitzenposition zu erreichen. Man habe allerdings einen erheblichen Nachholbedarf, weil in den letzten 20 Jahren ideologische Barrieren bei der SPD dazu geführt hätten, daß Nordrhein-Westfalen ein medienpolitischer Zwerg geblieben sei. So sei die Rolle Nordrhein-Westfalens bei der Filmproduktion mehr als bescheiden, die Zentren lägen in Hamburg und München. Der F.D.P.-Abgeordnete **Dr. Achim Rohde** beantwortet die Frage, ob NRW das Medienland Nummer 1 werden könne, mit Ja bei einer Wende in der Rundfunkpolitik. Das Landesrundfunkgesetz habe vor mehr als drei Jahren die Chance verpaßt, wirklich privaten Rundfunk nach Nordrhein-Westfalen zu holen. So habe kein Impuls in die Medienwirtschaft gehen können. Ausgerechnet Nordrhein-Westfalen, das größte Bundesland, habe sich dank der SPD den Luxus erlaubt, ein völlig verkorkstes Landesrundfunkgesetz zu schaffen, das privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunk vermenge. (Seite 2)

### 500 Kandidaten werben um 13 Millionen Wähler

### Neun Parteien mit Landeslisten

Neun Parteien mit Landeslisten hat der Landeswahlausschuß zugelassen.

Neben den drei im Parlament vertretenen Parteien SPD, CDU und F.D.P. stellen sich auch die Grünen, die Republikaner, die Ökologisch-Demokratische Partei, die Christliche Mitte, die NPD und die Patrioten mit einer Reserveliste zur Wahl. Rund 500 Kandidaten werben um die Gunst der rund 13 Millionen Wähler.

Bewerber von SPD, CDU und F.D.P. und den Grünen treten in allen 151 Wahlkreisen des Landes an.

Nach Angaben des Landeswahlleiters Hans Engel haben folgende Parteien ausschließlich Kreiswahlvorschläge eingereicht: DKP in den Wahlkreisen 66 bis 70 (Duisburg I bis V), 73 und 74 (Mülheim I und II), 81, 85 und 86 (Recklinghausen I, V und VI), 90 (Bottrop), 98 und 99 (Münster I und II); Zentrum im Wahlkreis 95 (Steinfurt I — Coesfeld II); Soziale Reform Partei (SRP) in den Wahlkreisen 33 und 34 (Wuppertal I und II) sowie 105 (Bielefeld I); Deutsche Familien-Partei (Familie) in den Wahlkreisen 7 und 8 (Düren I und II); FAP im Wahlkreis 28 (Rhein-Sieg-Kreis II — Bonn I).

Ferner kandidiert in sieben Wahlkreisen in Köln, Duisburg, Oberhausen, Paderborn, Bochum und Dortmund je ein parteiloser Bewerber.



„Guck nicht dumm in der Gegend herum — gib mir lieber mal den Kreuzschlüssel rüber!“

Zeichnung: Wolter (Siegener Zeitung)

## Die Woche im Landtag

### Stadtverkehrspolitik

Der scheidende Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Erich Kröhan (SPD), hat im Plenum mehr Stadtverkehrspolitik gefordert. (Seite 3)

### Suchtvorbeugung

Bei der Suchtvorbeugung wie auch bei der Suchtbekämpfung messen Parlament und Landesregierung der Schule einen hohen Stellenwert zu. (Seite 12)

### Wahllisten

Eine Reihe neuer Namen enthalten die Landesreservelisten der drei im Landtag vertretenen Parteien sowie die Listen der Bewerberinnen/Bewerber, die direkt kandidieren. (Seiten 14 bis 18)

### Prager Gespräche

Zu Konsultationsgesprächen ist Landtagspräsident Karl Josef Denzer in Prag vom Präsidenten des Tschechischen Nationalrates, Jaroslav Šafařík, empfangen worden. (Seite 15)

### Plenarsitzungen

Der nordrhein-westfälische Landtag hat in der 10. Wahlperiode 137 Plenarsitzungen durchgeführt und 109 Gesetze verabschiedet. (Seite 23)

### Brandenburg

Eine Landtagsdelegation hat mit Vertretern der Verwaltungsbezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus Gespräche über die Wiederherstellung des Landes Brandenburg geführt. (Seite 24)



## WORT UND WIDERWORT

# Kulturelle Vielfalt des Landes begünstigt Medienwirtschaft

Von  
Jürgen Büssow

In Europa spricht man von Nordrhein-Westfalen als Medienland im Aufbruch. Eine Vielzahl von Beispielen aus der jüngsten Zeit belegen diese Feststellung: Die Entwicklung des Mediaparks in Köln, die Ansiedlung von RTL plus ebenfalls in Köln, die Einrichtung der Filmstiftung NRW in Düsseldorf, der Ausbau des großen HDTV-Produktionszentrums in Oberhausen, die Gründung der Lokalfunkakademie in Dortmund.

Gerade die Vielfalt der Strukturen kennzeichnet das Medienland Nordrhein-Westfalen. Viele mittelständische Firmen arbeiten in Produktion und Postproduktion für Film und Fernsehen. 45 Lokalradios werden in Kürze auf Sendung sein, veranstaltet in der Verantwortung von Bürgern, die auch mit eigenen Beiträgen zu Wort kommen.

Immer mehr Menschen werden künftig in der Medien- und Kommunikationsindustrie arbeiten. Die einzigartige kulturelle Vielfalt unseres Landes begünstigt den Ausbau der Medienwirtschaft. Nordrhein-Westfalen hat mit seinen Produzenten und Produktionsstätten, mit der Kreativität seiner Künstlerinnen und Künstler und vor allem mit seinem politisch offenen und liberalen Klima

Von  
Dr. Ottmar Pohl

Nordrhein-Westfalen hat grundsätzlich gute Voraussetzungen, eine Spitzenposition zu erreichen. Wir haben allerdings einen erheblichen Nachholbedarf, weil in den letzten 20 Jahren ideologische Barrieren bei der SPD dazu geführt haben, daß Nordrhein-Westfalen ein medienpolitischer Zwerg geblieben ist.

So ist die Rolle Nordrhein-Westfalens bei der Filmproduktion mehr als bescheiden, die Zentren liegen in Hamburg und München. Dies liegt daran, daß die Filmförderung in Nordrhein-Westfalen nach Umfang und Methode in den vergangenen Jahren unzureichend war. Dies hat endlich auch die Landesregierung erkannt und ist nunmehr auch bereit, die Förderung mit Hilfe einer Filmstiftung zu intensivieren.

Die Stiftung ist zwar ein taugliches Instrument, aber in der vorgesehenen Konzeption ohne Filmförderungsgesetz so nicht akzeptabel. Man hat aus den Fehlern der Vergangenheit nicht gelernt: In der Filmstiftung sitzen bisher Landesregierung und WDR, die Stiftung steht also in der nebulösen Grauzone der staatlichen und halbstaatlichen Exekutive. Die Filmschaffenden dagegen werden nur unzureichend beteiligt. Damit wird wiederum private Initiative im Keime erstickt.

Von  
Dr. Achim Rohde

Hat Nordrhein-Westfalen Chancen das Medienland Nr. 1 zu werden?

Bei einer Wende in der Rundfunkpolitik ja. Nordrhein-Westfalen hatte eine gute Ausgangsposition, das Medienland Nr. 1 der Bundesrepublik zu werden. In Köln sitzt der WDR, die Deutsche Welle und der Deutschlandfunk. Hinzugekommen ist RTL plus.

Eine gute Ausgangsposition. Doch was in Nordrhein-Westfalen fehlte, war — neben RTL plus — wirklich privater Rundfunk. Die SPD-Landesregierung hat Mitte der Legislaturperiode versucht, durch ein Landesrundfunkgesetz mit gemeinnützigem Charakter oder mittels Räterundfunks jenseits unserer Wirtschaftsordnung die ersten Schritte in Richtung duales System zu unternehmen. Sie waren zum Scheitern verurteilt.

Auch das vor mehr als drei Jahren vom Landtag durch die SPD gegen CDU und F.D.P. verabschiedete Landesrundfunkgesetz hat die Chance verpaßt, wirklich privaten Rundfunk nach Nordrhein-Westfalen zu holen. So konnte kein Impuls in die Medienwirtschaft gehen. Ausgerechnet Nordrhein-Westfalen, das größte Bundesland, hat sich dank der SPD den Luxus erlaubt, ein völlig verkorkstes Landesrundfunkgesetz zu schaffen, das in einer Zwitterstellung zwischen Veranstaltergemeinschaft und Betriebsgesellschaft privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunk vermengt. Hinzu kommt obendrein ein Rahmenprogramm, an dem auch noch der große Konkurrent WDR partizipiert. Rundfunkgeschichte zu machen, das ist der SPD gelungen. In keinem anderen Land der Welt hat es so lange

### SPD: Kräftiger Impuls für die Filmwirtschaft des Landes

große Chancen, ein europäisch bedeutsamer Medienstandort zu werden.

Das Ansehen Nordrhein-Westfalens war lange durch Industriebetrieb und Gewerbetreibend geprägt. Ein besonders eindeutiges Kennzeichen des Strukturwandels ist der Ausbau der Medienwirtschaft. Diese Entwicklung wird vom Land kräftig gefördert. Die wirtschaftliche und kulturelle Filmförderung, die finanzielle Förderung von Produktionsstandorten, günstige Rahmenbedingungen für öffentliche und private Fernsehveranstalter und die Stärkung der medienbezogenen Ausbildung an den Hochschulen des Landes sind Triebkräfte dafür, daß Nordrhein-Westfalen auch als Medienland eine Spitzenposition in Europa einnehmen wird.

Beispiel: Filmförderung. Diese Mittel werden im Interesse der filmwirtschaftlichen Betriebe und der Filmschaffenden in Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Mit der Einrichtung der Filmstiftung stehen schon in der Startphase des ersten Jahres etwa 20 Millionen Mark zur Verfügung. Diese Steigerung der wirtschaftlichen Filmförderung um rd. das Dreifache bedeutet einen kräftigen Impuls für die Filmwirtschaft unseres Landes.

### CDU: Filmförderung ist unzureichend

Dies ist das Grundübel auch beim Hörfunk. Die ideologisch begründete Angst vor sogenannten Meinungsmonopolen und die Neigung, Zuschauer und Zuhörer zu bevormunden, haben die SPD dazu geführt, den öffentlich-rechtlichen Monopolisten WDR über Gebühr zu fördern und Nordrhein-Westfalen vor privaten Hörfunkveranstaltern abzuschotten.

Mit einer solchen Politik kann man keine Investoren gewinnen, kann man keine Arbeitsplätze schaffen. Mit dem Landesrundfunkgesetz wird der Lokalfunk vergesellschaftet, mit der Vergabe der 5. Hörfunkkette an den WDR soll ein attraktives landesweites privates Hörfunkprogramm als Alternative verhindert werden.

Dies ist der falsche Weg: Wer Nordrhein-Westfalen zum Medienland Nr. 1 machen will, der muß im gesamten Bereich des Rundfunks

- für eine duale Rundfunkordnung sorgen, in der öffentlich-rechtliche und private Rundfunkveranstalter sich in gesunder Konkurrenz befruchten und ergänzen
- ein Investitionsklima schaffen, das nationale und internationale Unternehmen reizt, sich in Nordrhein-Westfalen anzusiedeln.

### F.D.P.: Weltraum und Satellit kennen keine Ländergrenzen

gedauert: nämlich mehr als drei Jahre, daß nach einer solchen Konstruktion endlich mal ein Sender auf den Äther gehen konnte.

Hätte es nicht die marktwirtschaftliche Macht der Verleger gegeben, die im Radio NRW einen wirtschaftlichen Faktor an die Stelle von Feierabend-Journalisten gesetzt hat, dann wäre man noch nicht einmal so weit! Es wird allerdings noch lange dauern, bis sich die Macht des Faktischen in ganz NRW durchgesetzt hat und wirklich privater Rundfunk in Nordrhein-Westfalen entstanden ist. Die SPD tut alles, um das zu verhindern.

Allein die Tatsache, daß sie die 5. landesweit zur Verfügung stehende Hörfunkkette dem WDR per Rechtsverordnung zugeschrieben hat, macht deutlich, daß dualer Rundfunk für die SPD nur ein Lippenbekenntnis ist. Der WDR, der bereits vier Programme hat, bekommt also ein fünftes hinzu. Private Interessenten wie Radio 100, 6 oder RTL oder Bertelsmann-Ufa gehen leer aus. Die Chance, durch Wettbewerb die Medienwirtschaft zu beleben, wurde wieder einmal vertan.

Allerdings besteht die Hoffnung, daß Nordrhein-Westfalen sich nicht als Exotenland auf Dauer gegen die wirtschaftliche Rahmendaten, die bundesweit gesetzt werden, ausklammern kann. Über kurz oder lang wird die westdeutsche Wirtschaftsordnung auch den Lokalfunk à la SPD einholen. Die Hoffnungen der SPD, sich einen Flickenteppich wohlgesonnener Rundfunkanstalten und Lokalstationen zu schaffen, nach dem Motto „cuius regio eius radio“ wird nicht aufgehen. Doch der Weltraum und der Satellit kennen keine Ländergrenzen.

## Letzte Rede von Erich Kröhan zur Verkehrspolitik — Dank der CDU

Bei einer Debatte zur Großen Anfrage 45 der SPD-Fraktion „Autoverkehr 2000 — Entwicklung des Kraftfahrzeugverkehrs in Nordrhein-Westfalen“ sowie die Antwort der Landesregierung auf diese Anfrage (Drs. 10/4502 und 5280) am 30. März bezeichneten die Oppositionsfraktionen von CDU und F.D.P. die Autobahn 44 Dü-Bo-Do entsprechend einem Antrag der F.D.P. (Drs. 10/5351) als unverzichtbar. Dieser Antrag fand keine mehrheitliche Zustimmung. Die Große Anfrage der SPD wurde für erledigt erklärt. Bei der Aussprache hielten der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Erich Kröhan, sowie Verkehrsminister Dr. Christoph Zöpel (beide SPD) ihre letzten Reden im Landesparlament. Landtagsvizepräsidentin Ingeborg Friebe und der verkehrspolitische Sprecher der CDU, Heinrich Dreyer, sagten dem scheidenden Vorsitzenden Kröhan ihren Dank. Dreyer merkte an, Erich Kröhan habe über die Parteigrenzen hinweg gutes Klima erzeugt, fair Verhandlungen geleitet und sich souverän um die Verkehrspolitik in NRW verdient gemacht.

## Opposition: Dü-Bo-Do unverzichtbar Zöpel hält Verkehrssektor für „Innovationsfeindlichkeit“ an sich

eine bessere Verkehrsverteilung in den Ballungsgebieten erreichen. Man brauche mehr Stadtverkehrspolitik nach dem Beispiel der ÖPNV-freundlichen Stadt Zürich.

Heinrich Dreyer (CDU) erklärte zur Antwort der Landesregierung, teilweise höre dies sich so an, als ob die Zukunft in NRW durch Fußgänger, Radfahrer und den ÖPNV geprägt sein würde, und das Auto, weil man es nicht ganz abschaffen könne, noch als Restgröße zu berücksichtigen sei. Die Realität sei ganz anders. Sie heiße „Rau im Stau“. Zu bestimmten Zeiten breche der Straßenverkehr völlig zusammen. 70 Prozent der Haushalte in NRW verfügten über mindestens einen Pkw. Vor allem werde es noch eine Frauen-Motorisierungswelle geben. Die von der Landesregierung in den letzten zehn Jahren vorgelegten Verkehrshaushalte entsprächen nicht den verkehrspolitischen und volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten. Im genannten Zeitraum sei das Gesamtvolumen des Landeshaushalts um mehr als 31 Prozent gewachsen, während der Verkehrsetat um rund 18 Prozent reduziert worden sei.

Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) erklärte, NRW brauche aufgrund seiner Wirtschaftsstruktur und seiner geographischen Ausgangslage für das Bestehen im Europäischen Binnenmarkt und in den sich öffnenden osteuropäischen Märkten zusätzliche Verkehrswege. Aus diesem Grund habe die F.D.P. den Antrag eingebracht, die Dü-Bo-Do, A 44, auszubauen. Dieser Antrag schließe ein, daß sie umweltfreundlich, umweltschonend gebaut werde. Der Europäische Binnenmarkt brauche ein leistungsfähiges europäisches Verkehrssystem, eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur. Die Dü-Bo-Do als eine Südtangente im Ruhrgebiet sei für die Standortverbesserung des

Ruhrgebiets notwendig. Eine zusätzliche Ost-West-Verbindung sei erforderlich, damit die Unternehmen des Ruhrgebiets sich auf die im Rahmen des Strukturwandels ergebenden neuen Märkte einstellen könnten.

Heinz Hardt (CDU) sagte, die A 44 sei im Endeffekt eine lebenswichtige Ader, die man in dieser Region brauche. Über 75 Prozent der Gesamtstrecke der A 44 seien von Aachen über Düsseldorf, Essen, Dortmund bis hin nach Kassel bereits fertiggestellt. Und in den noch fehlenden Abschnitten quälten sich die Regionen mit den Planungen herum, jeweils einen entsprechenden Lückenschluß vor allem bei der A 44 zu erreichen. Der Abgeordnete räumte ein, moderne Verkehrspolitik bedeute auch eine Gratwanderung zwischen Fortschritt und pfleglichem Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Daraus dürfe aber keine Ideologie abgeleitet werden.

Verkehrsminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) merkte kritisch an, die Debatten, die traditionelle Verkehrspolitiker führten, seien exakt die Debatten der Energiepolitiker der 70er Jahre, exakt die Debatte: Wirtschaft breche zusammen, wenn nicht Verkehr gesteigert werde. Was die traditionelle Verkehrspolitik ausmache, sei ein bedauernder Rückschritt an Bewußtsein, ein Mangel an innovativem Denken. Für ihn sei der Verkehrssektor die Innovationsfeindlichkeit an sich. Das Problem sei die große Lernfähigkeit. Verkehr müsse genauso gespart werden wie Energie und wie Abfall. Wer diese Grundkenntnis nicht habe, der hinke wieder der Zeit hinterher. Die Informationsgesellschaft gebe die Chance, daß man anders miteinander kommunizieren könne, als um jeden Preis auf die Straße zu gehen.



Fragen nach der Verkehrspolitik der Zukunft: v. l. Erich Kröhan (SPD), Heinrich Dreyer (CDU), Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) und Verkehrsminister Dr. Christoph Zöpel (SPD).

## Wassergesetz

# Minister rät: Ausnahmeregelung häufiger anwenden

In zweiter Lesung hat der Landtag das Gesetz zur Änderung des Wassergesetzes (Gesetzentwurf der CDU-Fraktion, Drs. 10/5244) abgelehnt. Mit dem Entwurf wollte es die CDU Landwirten ermöglichen, die in eigenen Hauskläranlagen land- und forstwirtschaftlicher Betriebe anfallenden Schlämme landbaulich zu verwerten. In der ersten Lesung am 28. März tauschten die Sprecher der Fraktionen die unterschiedlichen Argumente aus.

**Heinrich Kruse** (CDU) bezeichnete es als notwendig, den Klärschlamm aus Kleinkläranlagen aus der Entsorgungspflicht der Gemeinden zu nehmen: die jetzige Regelung sei unlogisch und unverünftig; Derselbe Landwirt dürfe zwar nicht den eigenen, dafür aber Klärschlamm aus öffentlichen Anlagen ausbringen, der ob seiner Herkunft aus Industrie und Gewerbe oft nicht unproblematisch sei.

**Johannes Gorlas** (SPD) wies auf Unterschiede hin: Klärschlamm dürfe erst nach der Ausfäulung ausgebracht werden; wenn aber der nicht ausgefäulte Schlamm aus den Dreikammergruben eines Landwirts auf die Äcker gelangen solle, so sei das ein abfallrechtlicher Vorgang, der nicht im Wasser-, sondern im Abfallgesetz zu regeln sei. So gesehen sei der CDU-Entwurf nur ein „Gauklertrick, der eine wichtige Grundposition unseres Umweltschutzes aufhebt und den Landwirten Sand in die Augen streut“.

**Friedel Meyer** (F.D.P.) warf der SPD vor, sie zeige dort, wo Handlungsbedarf bestehe, keinen Mut und unterschätze den Druck der

Landwirte gegen die Regelung des Gesetzes, daß die Gemeinden zum Einsammeln, Abfahren und Aufbereiten des Schlamms aus Kleinkläranlagen verpflichtet sind. Die F.D.P. jedenfalls begrüße den CDU-Entwurf und werde ihm zum Durchbruch verhelfen – wenn nicht in der jetzigen, so in der nächsten Legislaturperiode.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) wies darauf hin, daß es im Gesetz die Möglichkeit gebe, über Ausnahmeregelungen den Interessen der Landwirte entgegenzukommen. Der Kreis Recklinghausen habe davon Gebrauch gemacht, er könne nur an alle Verantwortlichen appellieren, „von der Regelung, die im Kreis Recklinghausen praktiziert wird, Gebrauch zu machen“. Da dies bisher nicht geschehe, habe er den Eindruck, daß hier eine Kampagne gestartet werden solle. Das sei ein „schlimmes Spiel“ mit den Interessen der Landwirte.

**Albert Leifert** (CDU) äußerte den Verdacht,

daß es bei der von der SPD getroffenen Regelung nicht um Ökologie, sondern um die „Schikanierung der Landwirte“ gehe. Aber die Bauern seien nicht so dumm, das erst nach der Landtagswahl zu merken. Im übrigen könne kein Ministererlaß den Paragraphen 53 des Landeswassergesetzes außer Kraft setzen.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) kontierte: Er nutze nur den Spielraum, den der Gesetzgeber ihm einräume. Die CDU komme um die Kernfrage nicht herum: Warum werde die vernünftige Regelung im Kreis Recklinghausen nicht von anderen nachvollzogen? Etwa weil man dort nicht genug flexibel sei? Im übrigen sei die Aufbringung von Klärschlamm auf Böden nicht der Zukunftsweg, der liege in der thermischen Verwertung. NRW werde in einigen Monaten so weit sein, daß der Klärschlamm „umweltmäßig vernünftig entsorgt werden kann, ohne damit neue Belastungen für landwirtschaftliche Böden hervorzurufen“.

## „Unerträglich für Opfer und Angehörige“

Als unerträglich für Verbrechenopfer und ihre Angehörigen bezeichnet in ihrem Antrag (Drs. 10/5247) die CDU die steigende Zahl der Fälle, in denen Straftäter ihre Verbrechen vermarkten und darauf finanzielle Vorteile ziehen. Die Regierung solle darum prüfen, ob dieser Verletzung der Menschenwürde durch ein strafrechtliches Verbot beizukommen sei. Über diesen Sachverhalt debattierte der Landtag, bevor er den CDU-Antrag in leicht geänderter Form einstimmig annahm. Die rechtlichen Probleme eines solchen Schritts seien nicht gering, stellte **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) klar. Es spielten dabei Fragen der freien Entfaltung der Persönlichkeit, der Vertragsfreiheit und der Pressefreiheit eine Rolle. Die Prüfung sollte daher im weitesten Sinne erfolgen, damit möglicherweise ein Ergebnis

erzielt werde, das weitere gesetzgeberische Schritte möglich mache. **Manfred Ludwig Mayer** (SPD) wies darauf hin, daß in diesem Bereich zuerst der Bundesgesetzgeber tätig werden müsse. Er habe die Sorge, daß wegen einiger Einzelfälle alle Medien in einen Topf geworfen werden und dabei negative Auswirkungen auf die Pressefreiheit zu befürchten seien. **Heinz Lanfermann** (F.D.P.) stimmte dem CDU-Antrag zu und zeigte sich überzeugt, „wenn wir hier Konsens haben, wird dies wahrscheinlich auch in Bonn möglich sein“. **Justizminister Dr. Rolf Krumstiek** (SPD) nannte die Rechtsfragen in diesem Zusammenhang schwierig; schon jetzt sei die Vermarktung von Verbrechen nicht unter allen Umständen straflos. Er riet, die Ergebnisse des Deutschen Juristentages im Herbst dieses Jahres abzuwarten.

## Sport für alle

Zu einer positiven Bilanz von fünf Jahren Sportpolitik in NRW nutzte die SPD ihren Antrag „Zukunftsfaktor Sport – Nordrhein-Westfalen setzt auf Bewegungs- und Spielkultur für alle“ (Drs. 10/5284), über den der Landtag debattierte, bevor er ihn annahm. **Uwe Herder** (SPD) sah den Sport in den 90er Jahren vor einem neuen Wachstumsschub; damit dies in den richtigen Bahnen verlaufe, müsse im Sport die soziale Offensive geführt werden. NRW müsse im Sport seine Spitzenstellung behaupten. Nur auf dem Papier stünden viele der vielgelobten Leistungen, wandte **Leonhard Kuckart** (CDU) ein. Der SPD-Antrag sei „gefährlich“, weil er den Sport auf Begriffe wie Bewegungs- und Spielkultur einschränke. Für die CDU dagegen sei der Sport ein Wert in sich. Durch nichts begründet sei der SPD-Antrag, stellte **Wolfram Dorn** für die F.D.P. fest. Er sei eine Show für den Wahlkampf, seine Fraktion werde nicht mitmachen, Sportpolitik als Mittel parteipolitischer Auseinandersetzung zu benutzen. **Kultusminister Hans Schwier** (SPD) stellte fest: „Die soziale Offensive des Sports als Gütemarke unserer Sportpolitik wird auch in den 90er Jahren Bestand haben.“ Derzeit werde an einem weiterführenden Konzept für den Sportstättenbau gearbeitet, teilte er mit.

## Ideologievorwurf

In direkter Abstimmung hat der Landtag den SPD-Antrag „Öffnung von Schule“ (Drs. 10/5246) angenommen. **Herbert Heidtmann** (SPD) lobte das 1987 auf den Weg gebrachte Handlungskonzept: Es habe die bildungspolitische Landschaft eindrucksvoll bereichert, in den Schulen landesweit Motivationskräfte freigesetzt und solle fortgesetzt werden. Dabei gehe es nicht um ideologische Veränderung des Schulsystems, sondern um Ganzheitlichkeit und Lebensweltorientierung. Hinter den Formulierungen der SPD erkannte **Dr. Wilfried Heimes** (CDU) „Anspruch auf eine staatliche Omnipotenz für schulische Erziehung“. In der „sozialpolitischen Schule“ stünden nicht mehr Erziehung und Bildung, sondern soziale Aktion und politisches Handeln im Mittelpunkt. Hier werde an der Veränderung der Gesellschaft mit dem Mittel Schule gearbeitet. Es bedürfe keines politischen Programms irgendeiner Partei, um den Unterricht zu öffnen, befand **Rudolf Wickel** (F.D.P.): „Wir wollen nicht, daß die Öffnung von Schule den Schulen zum Nulltarif übergestülpt wird.“ Das Wort von der „staatlichen Omnipotenz“ wies **Kultusminister Hans Schwier** (SPD) als „Schauermärchen“ zurück. Mit der Initiative habe das Land NRW einen „nicht unwichtigen Beitrag“ zur Bildungspolitik geleistet.

## Hörgeschädigte

Angenommen hat der Landtag den Antrag der CDU „Verbesserung der Früherkennung und Förderung von Hörgeschädigten“ (Drs. 10/4457). **Horst Gregull** (CDU) kritisierte die Fülle von drückenden Defiziten, unter der diese „Minderheit ohne Lobby“ zu leiden habe. Erkennung und Förderung müßten möglichst früh einsetzen, die Diagnostik müsse ebenso verbessert werden wie die Zusammenarbeit zwischen Medizinern und Pädagogen. **Hermann Jansen** (SPD) betonte die große Gemeinsamkeit zwischen den Fraktionen; es bestehe Einigkeit darüber, daß mit der Frühförderung frapierende Erfolge zu erzielen seien, aber es hapere noch an der Koordination. Für die F.D.P. begrüßte **Marianne Thomann-Stahl** den Willen der Fraktionen, die erkannten organisatorischen und bürokratischen Mängel schnellstmöglich zu beheben. Die Landesregierung sollte Mitte der kommenden Legislaturperiode darüber berichten, wie der Stand der umgesetzten Maßnahmen und der erzielten Ergebnisse ist. **Gesundheitsminister Hermann Heinemann** (SPD) sagte das Engagement des Landes zu, die Koordination zu verbessern und zu einer besseren Information der Eltern zu gelangen. Sinnvolle Arbeit sei durch eine bessere Kooperation zwischen Krankenkassen und Kassenärztlicher Vereinigung zu leisten; darüber würden Gespräche geführt.

## Kommissionsbericht Erhaltung und Fortentwicklung bundesstaatlicher Ordnung

### Alle Fraktionen sind für Stärkung der Landtage — auch gegenüber Europa

**Jürgen Büssow** (SPD) hielt es am Schluß der Wahlperiode für angebracht, über die zukünftige Rolle der Länder nachzudenken, insbesondere über die Landesparlamente. Der Kompetenzverlust durch die konkurrierende Gesetzgebung sei ohnegleichen. Im Bundesrat wirkten nur die Landesregierungen mit. NRW verfüge dort nur über fünf Stimmen, obwohl es 30 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik beherberge. Grundgesetzänderungen seien immer zu Lasten der Länder gegangen. Heute sei die Eigenstaatlichkeit der Länder bedroht. Die Landesparlamente dürften ihre eigene Auszeichnung nicht länger stumm über sich ergehen lassen. Wenn sich der Bund etwa aus dem Wohnungsbau zurückziehe, müßten die Länder eigene Finanzeinnahmen haben. In der Medienpolitik habe NRW seinen Spielraum extensiv genutzt. In 330 Bund-Länder-Kommissionen und 120 bis 140 reinen Länderkommissionen werde auf dem Erlaß- und Verordnungsweg alles völlig unkontrolliert und ohne Parlamente geregelt. Das Prinzip

*Mit ausdrücklicher Zustimmung nahmen alle drei Fraktionen den Bericht I der Kommission „Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung“ auch in einem vereinten Europa (Drs. 10/Norlage 10/2722) zur Kenntnis. In der Aussprache am 30. März traten Redner aller Fraktionen für die Stärkung der Landesparlamente ein und hoben größere Bürger-nähe und bessere Überschaubarkeit regionaler Politik hervor.*

föderalistische Staat biete Sicherheit vor zentralistischem Übermut. Die bevorstehende Einigung mit der DDR solle Anlaß zu neuer Gewichtung der Länder werden. Die Kommission befürworte hierfür den Artikel 146, da sei er aber anderer Meinung. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland habe sich bewährt und sei von der DDR-Bevölkerung gewählt worden.

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) hielt Widerstand und Neuaufbau für landespolitisch notwendig angesichts der Aushöhlung des Föderalismus. Alle Versuche seien gescheitert, insbesondere durch die Bundespolitik des Goldenen Zügels, auch am mangelnden Problembewußtsein und der Uneinigkeit der Länder. Föderalismus sei mehr Demokratie, mehr Gewaltenteilung

sive gehen. Der Artikel 146 Grundgesetz gebe die Chance einer Verfassungsänderung im Interesse der Selbstbehauptung mit gleichberechtigten Mitwirkungs- und Gestaltungsrechten. Beim Artikel 23 müsse sich die DDR dem Grundgesetz unterwerfen. Über den Kommissionsbericht hinaus reiche die Dimension, Prinzipien von Schriftlichkeit, Zentralisierung und Administration durch

### Mehr Mündliches

Mündlichkeit, Dezentralisierung und Vergesellschaftung des Staates zu ersetzen. Bei Wahlen müsse Kumulieren und Panaschieren möglich sein. Demokratie brauche den Wechsel, deshalb werde er nicht noch einmal kandidieren.

### Auszeichnung

der Gewaltenteilung sei aufgehoben. „Wir kommunalisieren uns damit selbst. Wir werden Teil der Verwaltung... wir werden gegenüber dem Bürger Transmissionsriemen verwaltungsmäßigen Denkens“, sagte Büssow und fuhr fort, die gesellschaftlich relevanten Debatten müßten wieder in die Mitte des Hauses zurückgeholt werden. Abgeordnete müßten so ausgestattet sein, daß sie einen Haushalt von über 67 Milliarden Mark und 350 000 Landesbedienstete kontrollieren könnten. Politik sei heute verantwortlich für den gesellschaftlichen Konsens bei entscheidenden Fragen. Dieser sei beim Verständnis von Allgemeinwohl verlorengegangen. Immer mehr Kompetenz wandere überdies nach Europa ab.

**Dr. Wilfried Heimes** (CDU) fuhr fort, der kooperative Föderalismus gehe am Parlament vorbei. Bei Staatsverträgen werde das Landesparlament zum Staatsnotar. In Brüssel setze eine bürokratische Exekutive parlamentarisch nicht kontrolliertes Recht. Da wundere es niemanden mehr, wenn in der Bevölkerung der NRW-Landtag das geringste Ansehen aller politischen Körperschaften genieße. Tageszeitungen kennen keine systematische Berichterstattung über Landespolitik, das könne geändert werden.



*Selbstkritik übten die Redner in der Aussprache über die Zukunft der Länderparlamente, v.l. Jürgen Büssow (SPD), Dr. Wilfried Heimes (CDU), Dr. Horst-Ludwig Riemer (F.D.P.) und Albert Klütsch (SPD). Fotos: Schüler*

und kreativer Politikpluralismus. Europaweit sehe es nicht nach Stärkung des föderalen Systems aus, eher im Gegenteil. Es sei wichtig, im Landtag anzufangen. Zu wenige Bürger wüßten, was dieser mache und wozu man ihn brauche. Eine gemeinsame Föderalismus-Aktion aller Länder sei notwendig. Eine ständige „Anschub-Kommission“ müsse immer neue Initiativen und Strategien entwickeln.

**Albert Klütsch** (SPD) stellte Einigkeit in der Diagnose, jedoch nicht genau im Weg aus dem Dilemma fest. Nur 20 Prozent der Bevölkerung verfolgten mit Interesse den Landtag, zehn Prozent erwarteten von ihm wichtige politische Entscheidungen und nur 17 Prozent sprächen ihm Einfluß zu. „An sich sind wir überflüssig“, meinte Klütsch. Niemandem werde es auffallen, wenn ein Jahr lang nicht über den Landtag berichtet würde. Der Parlamentarismus sei krank, er leide an einem Verlust demokratischer Verantwortlichkeit, insbesondere das Initiativrecht sei verkümmert. Was die Parlamente nicht leisteten, werde den Politikern durch außerparlamentarische Bewegungen aufgedrückt. Der Landtag müsse in die Offen-

**Heinrich Meuffels** (CDU) sagte in seiner letzte Rede, alle Fraktionen seien sich in der Tendenz einig über die Vielfalt von Regionen mit eigenständigen Kultur-, Sprach- und Wirtschaftsbereichen. Um der Demokratie willen müsse der Föderalismus in Europa erhalten werden. Durch die Gemeinschaftsaufgaben sei zwischen Bund und Ländern eine Grauzone entstanden. Die gesamte

### Europa-Ausschuß

negative Entwicklung sei auch Folge der Einstellung. Heute sei der Wunsch nach überschaubaren Einheiten und Lebensräumen gewachsen. Diese Grundstimmung müsse für den Föderalismus genutzt werden. Nachträgliche Kontrolle dürfe nicht Hauptbeschäftigung des Landtags sein. Peinlich seien Sitzungsunterbrechungen, in denen Abgeordnete von Beamten beraten werden müßten. Müßten nicht in Europa die Nationalstaaten zurücktreten und die Regionen und Länder die bestimmende Mehrheit haben? fragte Meuffels und befürwortete einen eigenen Landtagsausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten.

### EG-Länder-Senat

Der Föderalismus garantiere regionale Entwicklungsimpulse und politische Stabilität, größere Bürgernähe und Einbezug in Bundes- und Europapolitik. Die Umstellung des EG-Ministerrats zu einem Senat mit Ländervertretern könne die Länder stärken. Europäische Gesetze müßten in Ländergesetzen umgesetzt werden. Ein für Bundes- und Europaangelegenheiten zuständiger Landtagsausschuß könne dem Hauptausschuß zugeordnet werden. Die Landesregierung dürfe nicht filtern, was der Landtag aus Europa wissen dürfe und was nicht. Der

## Schnoor: Mit Zustimmung des Bundes Verfahren in kürzester Zeit durchgeführt

### Oppositionsfraktionen: Gegen Mißbrauch von Asylrecht

Der Landtag hat einen Antrag der F.D.P. zur Beschleunigung von Asylverfahren und zur Eindämmung des Asylmißbrauchs (Drs. 10/4142) mit SPD-Mehrheit abgelehnt. Ein Entschließungsantrag der CDU (Drs. 10/5382) wurde ebenfalls gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgewiesen. Die Fraktionen waren sich indessen einig, daß bei Asylanträgen beschleunigt verfahren werden müsse.

**Jürgen Guttenberger** (SPD) meinte, „Asylmißbrauch“ würde im Grunde bedeuten, daß diejenigen, die hier bereits Asyl erhalten hätten, durch die Tatsache, dieses Asyl in Anspruch zu nehmen, Mißbrauch betrieben. Aus seiner Sicht sei Sprache verräterisch, betonte der Abgeordnete. Nur die Bundesrepublik Deutschland kenne dieses individuelle Recht auf Asyl. In der Beschleunigung von Verfahren bestünden wesentliche Risiken und auch rechtsstaatliche Bedenken. Dennoch sagte er Ja zu der Frage, ob die Verfahren beschleunigt werden sollten, mit denen das Ersuchen von Asylbewerbern

geprüft werde. Denn auch derjenige, der den Antrag auf Asyl stelle, habe nach rechtsstaatlichen Kriterien Anspruch darauf, eine Antwort auf die Frage nach Asyl zu bekommen.

**Heinz Paus** (CDU) sagte, das Thema sei aktueller denn je. Deshalb habe die CDU auch ihren Entschließungsantrag aktualisiert. Die Inanspruchnahme des Grundrechts auf Asyl dürfe nicht zum Mittel der Einwanderung verkommen. „Wir wollen auf Dauer kein Einwanderungsland sein“, sagte der Beigeordnete. Der massive Mißbrauch des Asylrechts überfordere die Aufnahmebereitschaft der Bürger und gefährde damit letztlich auch die Existenz des Asylrechts. Er erinnerte daran, daß die Anerkennungsquote abnehme. Von 100 Asylbewerbern hätten 95 wegen fehlender politischer Verfolgung kein Recht auf Asyl und damit kein Bleiberecht. Asylverfahren müßten beschleunigt und rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber konsequent abgeschoben werden.

**Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) erklärte: „Wir wollen auch weiterhin die Gewährlei-

stung des Asylrechts in der Bundesrepublik. Wir lehnen eine Änderung des Grundgesetzes ab.“ Aber man sei gegen den Mißbrauch. Der SPD hielte sie „Scheinheiligkeit“ in diesem Punkt vor. Man habe ihr angeboten, in aller Sachlichkeit die Problematik zu diskutieren. Aber dann gehe es auf den Wahlkampf zu, „und dann paßt es Ihnen nicht mehr“. Dann komme der Minister Schnoor fürs Feine, Minister Heinemann fürs Grobe — und dann werde doppelzünftig geredet.

**Innenminister Dr. Herbert Schnoor** (SPD) sagte zu der Beschleunigung von Asylverfahren: Man habe sich in der Innenministerkonferenz auf ein bestimmtes Verfahren verständigt. Dann sei in Düsseldorf und Arnsberg die Zentralisierung durchgeführt worden. In beiden Fällen habe es dazu geführt, daß die Verfahren in kürzester Zeit durchgeführt würden, mit Zustimmung des Bundes übrigens. Der Minister verwies darauf, daß jetzt auch in Köln zentralisiert werde und der Bund auch einer Zentralisierung für Münster und Detmold zugestimmt habe.

## Funktion von Kultur nicht aus Marktfähigkeit abzuleiten

Kultur könne heute durchaus einen Wirtschaftsfaktor darstellen, aber die Funktion von Kultur nicht aus ihrer Marktfähigkeit abgeleitet werden. Die Fraktionen von SPD, CDU und F.D.P. waren sich bei der Aussprache über die Große Anfrage 43 der CDU-Fraktion „Kultur fördert Lebensqualität — Kultur als Wirtschafts- und Standortfaktor“ sowie die Antwort der Landesregierung (Drsn. 10/4426 und 5287) am 30. März darin einig, daß der Kulturausschuß diesen wichtigen Bereich kontinuierlich in der nächsten Legislaturperiode weiter beraten werde. Die Große Anfrage der CDU wurde für erledigt erklärt.

**Hildegard Matthäus** (CDU) wertete es als positiv, daß der Wirtschaftsminister ein Gutachten in Auftrag gegeben habe, um Bedeutung, Perspektiven und Rahmenbedingungen der Kulturwirtschaft in NRW sowie bestehenden staatlichen Handlungsbedarf zur Förderung dieses Bereiches untersuchen zu lassen. Diese Untersuchung solle dann Vorarbeiten für einen Kulturwirtschaftsbericht NRW liefern. Förderung

durch die Wirtschaft solle Glanzpunkte da ermöglichen, wo die Mittel der öffentlichen Hand nicht ausreichen.

**Dr. Eugen Gerritz** (SPD) meinte, die Große Anfrage der CDU-Fraktion und ihre Beantwortung durch die Landesregierung sorgten für Kontinuität der Arbeit des Kulturausschusses über das Ende dieser Legislaturperiode hinaus. Das vorliegende Material zeige, daß es sich zwischen Kultur und Wirtschaft um ein Beziehungsgeflecht handele. Kultur sei, und das werde sichtbar, mit rein ökonomischen Kategorien nicht meßbar. Der Abgeordnete betonte, zu den Dienstleistungsberufen müßten stärker als bisher Kulturberufe gezählt werden, und Kulturwirtschaft sollte in Wirtschaftskonzepte einbezogen werden.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) sagte, Kultur fördere sicherlich Lebensqualität, und Kultur als Wirtschafts- und Standortfaktor sei eigentlich unbestritten. Eine gezielte modern ausgerichtete Kulturpolitik sei nicht zuletzt ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor.

Man müsse aber aufpassen, daß Geldgeber und wirtschaftlich orientiertes Management keinen unmittelbaren Einfluß auf die kulturelle Auseinandersetzung oder das künstlerische Schaffen nähmen. Den Liberalen sei es viel lieber, generell vom Mäzenatentum sprechen zu können als jetzt von Sponsoren.

**Kultusminister Hans Schwier** (SPD) unterstrich, die Große Anfrage wende sich einem Thema zu, das seit Beginn der 80er Jahre international diskutiert werde, nämlich der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Kultur. Der Minister warnte allerdings davor, kulturelle Arbeit könne sich als ein schlichter Marktfaktor herausstellen, und man könne daraus dann wirtschaftspolitische Konsequenzen auf kurzem Wege ziehen. Er erinnerte daran, es gebe mit rund 17 000 abhängig Beschäftigten in künstlerischen Berufen 0,3 Prozent Kulturarbeiter unter den Beschäftigten in NRW. Die Bedeutung und die Funktion von Kultur könne nicht aus ihrer Marktfähigkeit und schon gar nicht aus ihrer „Umwegrentabilität“ abgeleitet werden.

## Hochschulperspektiven: Moderate Töne der Kritiker

Nach der Aussprache über die Große Anfrage der CDU zur Wissenschaftspolitik (Drs. 10/4025) und die Antwort (Drs. 10/5206) im Plenum am 30. März wurde der F.D.P.-Antrag „Hochschulperspektivplan 2001 zurückziehen“ gemäß Ausschußempfehlung für erledigt erklärt.

**Professor Dr. Horst Posdorf** (CDU) vermißte ein schlüssiges Forschungsförderungskonzept und nannte den in der Antwort erwähnten Dialog mit den Hochschulen grotesk. Den Hochschulplan 2001 nehme kein seriöser Politiker mehr ernst. Nach der Wahl werde Verwalten durch Gestalten ersetzt, wenn die CDU die Regierung stelle.

**Franz Josef Kniola** (SPD) stellte fest, NRW ziehe Forscher an. Im Personalbereich des Haushalts habe es Spielraum für interessante Angebote gegeben. Erfolgreich sei es auch im Wettbewerb um EG-Programme. Als Standort von Max-Planck-Instituten sei NRW nicht angemessen berücksichtigt. Insgesamt seien Wissenschaft und Forschung der neue Rohstoff des Landes. Über die Zukunft der Hochschulen solle im nächsten Landtag offen diskutiert werden.

**Joachim Schultz-Tornau** (F.D.P.) registrierte Umsetzungsschwäche der Ministerin, die jetzt erst in den Prozeß des Nachdenkens einsteige. Sie sei zu bürokratisch

vorgegangen und habe zu wenig Perspektiven aufgezeigt. Hochplateau, nicht Tiefebene müsse Ausgangspunkt für 2001 sein.

**Wissenschaftsministerin Anke Brunn** (SPD) lobte die gute und sachliche Zusammenarbeit im Ausschuß. Irritiert sei sie von der Kritik der Opposition, da die Bilanz der letzten fünf Jahre sich sehen lassen könne. Das Ruhrgebiet sei Aufsteiger der 90er Jahre, dazu hätten Wissenschaft und Forschung entscheidend beigetragen. Die Bundesmittel für Entwicklungen würden mehr nach Bayern als nach NRW gelenkt. Forschungs-, Nachwuchs- und Beratungsförderung seien neu geordnet worden. Künftig müsse den überlasteten Fachhochschulen mehr geholfen werden.





Der Besucherstrom reißt nicht ab. Das neue Gebäude habe das öffentliche Interesse an der Institution Landtag derart gefördert, daß man durchaus von einem Ansturm der Besucher sprechen könne, stellte Landtagspräsident Karl Josef Denzer bei der letzten Landtagssitzung fest. In diesem Jahr wird nach seinen Worten mit bis zu 100000 Besuchern gerechnet. Das Bild zeigt eine Gruppe im gläsernen Aufzug. Fotos: Schüler

## Tourismus im Bäderland NRW

„Fremdenverkehr im Einklang mit Heimat und Natur“ hieß ein Antrag der CDU-Fraktion, den der Landtag am 30. März ablehnte. Das Parlament folgte damit einer Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 10/4838 und 5341).

Für die CDU erklärte der Abgeordnete **Karl Knipschild**, er halte es für bedauerlich, daß die Landespolitik mit dem Thema Fremdenverkehr so stiefmütterlich umgehe. Die Union wolle das Thema in der nächsten Legislaturperiode wieder auf die Tagesordnung bringen. Für die SPD betonte der Abgeordnete **Manfred Böcker**, der Frem-

denverkehr sei eine Branche, die auch in Zukunft in diesem Industrieland zunehmend an Bedeutung gewinnen werde. Insbesondere müsse die Frage „Bäderland Nordrhein-Westfalen“ ins Blickfeld genommen werden. Für die F.D.P. versicherte die Abgeordnete **Ruth Witteler-Koch**, der CDU-Antrag decke sich mit F.D.P.-Vorstellungen. Man werde diesem Antrag zustimmen und gegen den Beschluß des Ausschusses votieren. Kultusminister **Hans Schwiier** (SPD) erklärte, Gespräche des Wirtschaftsministers mit den Tourismusverbänden über verbesserte Kooperation auf Landesebene seien „auf gutem Wege“.

## Keine Institution für Erfinder

Der F.D.P.-Antrag „Erfinder unterstützen — Erfindungen stärken nordrhein-westfälische Unternehmen im nationalen und internationalen Wettbewerb“ ist am 30. März vom Landtag mehrheitlich abgelehnt worden (Drs. 10/5192).

Bei der Aussprache erklärte der F.D.P.-Abgeordnete **Hagen Tschoeltsch**, die F.D.P. fordere in ihrem Antrag die Landesregierung auf, ein Konzept für ein Erfinderzentrum NRW einschließlich einer Finanzierungsplanung vorzulegen, damit das Potential der privaten Erfinder im Lande NRW besser ausgeschöpft werden könne. Für die SPD sagte der Abgeordnete **Rudolf Apostel**, die Technologiepolitik, die Wissenschaftspolitik und der Technologietransfer würden von der Politik der Landesregierung vielfältig und

ideenreich unterstützt. Das sei wichtiger als eine Zentralinstitution. Für die Union betonte der Abgeordnete **Joachim Erwin**, wenn sich die CDU der Stimme enthalte, so einzig und allein deshalb, weil man schon im Ausschuß deutlich gemacht habe, daß man den Erfindern in diesem Land mit mehr Institutionen nicht nutzen könne.

## Regionale Wirtschaftsstruktur

Der Landtag hat die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Anmeldung zum 19. Rahmenplan „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ als Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91a Grundgesetz einstimmig angenommen (Drs. 10/5309 und 2679).

## Technologie

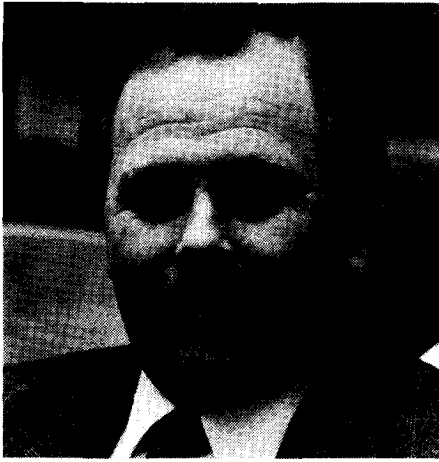
### SPD: Zentrale Elemente Opposition: Zu einseitig

Der Landtag hat in direkter Abstimmung den Antrag der SPD-Fraktion „Sozialverträgliche Gestaltung der Technikentwicklung als zentrales Element nordrhein-westfälischer Technologiepolitik“ (Drs. 10/5310) angenommen.

Für die SPD erklärte der Abgeordnete **Wolfram Kuschke**, daß jeder einzelne Schwerpunkt des Antrags, sei es das Programm „Sozialverträgliche Technikgestaltung“ oder das Institut „Arbeit und Technik“ oder auch die Technologieberatungsstelle des Deutschen Gewerkschaftsbundes, jederzeit Gegenstand einer Beratung in den zukünftigen Fachausschüssen in der neuen Legislaturperiode sein könne. Für die F.D.P. betonte der Abgeordnete **Dr. Horst-Ludwig Riemer**, der SPD-Antrag enthalte auch Akzentuierungen, die nicht mehr dem Ergebnis der Beratungen der Kommission „Mensch und Technik“ entsprächen. Die doch etwas zu einseitige Betonung von Risiken und die Überbetonung auch von Sozialverträglichkeit im Verhältnis zu den Chancen der Technik sei ihm nach dem Ergebnis der Beratungen der Kommission als überwunden erschienen. Der CDU-Abgeordnete **Helmut Harbich** erklärte sich in der Beurteilung mit der F.D.P. einig.



Am Freitag, 30. März 1990, ist das Parlament in der 10. Legislaturperiode letztmalig zusammengetreten. Für diesen letzten Plenartag hatten sich die Abgeordneten noch ein umfangreiches Programm vorgenommen. Allein 25 Themen mit Aussprache verzeichnete die Tagesordnung.



In der letzten Sitzung des Landtags am 30. März faßte der Vorsitzende des Ausschusses für Grubensicherheit Willi Wessel (SPD, Bild oben), der nach zehnjähriger Zugehörigkeit aus dem Landtag ausscheidet, die Arbeit in der 10. Wahlperiode zusammen und unterstrich die Bedeutung von Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz im Bergbau, wie auch aus der Großen Anfrage der SPD (Drs. 10/3641) und der Antwort der Landesregierung (10/5012) ersichtlich.

Seit Beginn der Wahlperiode bis März 1990 habe es, so führte **Willi Wessel** (SPD) aus, 15 Unglücksfälle gegeben, bei denen 13 Bergleute getötet und 100 verletzt worden seien. Mitglieder und Kommissionen des Ausschusses hätten sich vor Ort und bei Unternehmen über Ursachen und den Stand der Technik informiert. Der Steinkohlenbergbau weise besondere Gefahren auf. Zunehmende Teufen erforderten weitere Bemühungen um Unfall- und Gesundheitsschutz.

## Riehemanns letzte Rede zur Haushaltskontrolle

Gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. wurde der Landesregierung für das Rechnungsjahr 1987 Entlastung erteilt. In seiner letzten Rede plädierte der ausscheidende Vorsitzende des Ausschusses für Haushaltskontrolle Franz Riehemann am 29. März für weiterhin intensive Kontrolltätigkeiten des Parlaments im Interesse von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit des Verwaltungsgeschehens.

**Franz Riehemann** (CDU) erwähnte einen Rechtsstreit zwischen einem Ausschußmitglied der Opposition und dem Landesrechnungshof als Ursache für ausgebliebene Beanstandungen des Jahres 1988/89. Der LRH-Präsident habe die Einsicht in Unterlagen abgelehnt. Am Ende sei ein Kompromiß bezüglich der Information des Ausschusses ausgehandelt worden, bei dem der LRH weiter Herr des Verfahrens bleibe. Nach 24jähriger Zugehörigkeit zum Ausschuß für Haushaltskontrolle und dessen langjähriger Vorsitzender sei er stolz auf das Erreichte. Regierungskontrolle gewinne unter den klassischen Parlamentsaufgaben immer größere Bedeutung. Die Empfehlungen des Ausschusses und geforderte Disziplinar- und Strafmaßnahmen hätten eine Menge bewirkt. Vier Abläufe der Landesverwaltung würden heute wirtschaftlicher gestaltet. Das Einsparungsvolumen für 1987 aufgrund der Prüfungstätigkeit des LRH betrage fast 60 Millionen Mark. Es könne noch um ein Vielfaches gesteigert werden, wenn das Parlament die Kontrolle noch energischer wahrnehme. Die Information vor Ort könne intensiviert werden. Laufender Erfahrungsaustausch mit den Ausschüssen der anderen Bundesländer sei unerlässlich.

**Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) würdigte die 24jährige verantwortungsbewußte Arbeit des Ausschußvorsitzenden, dem er namens des Hauses dankte.

**Jürgen Guttenberger** (SPD) erinnerte daran, daß Riehemann Wogen geglättet, aber auch für entschiedene Beurteilungen gesorgt habe. Die Unsitte, Entwürfe des LRH einfach in den Ausschuß einzubringen, sei abgeschafft worden. In anderen Ländern gebe es weiterreichende Kontrollmöglichkeiten. So werde das Finanzgeschehen unmittelbar durch Parlamentsmitarbeiter kontrolliert. Bei der Prüfung im Bereich Klinikum Münster habe keine Einigkeit erzielt werden können, aber die Arbeit von Monaten solle durch Ablauf der Wahlperiode auch nicht verfallen.

**Leo Dautzenberg** (CDU) widersprach dem positiven Selbstbild, vielmehr habe der SPD-Sprecher die Fehlleistungen der Landesregierung mit gedeckt. Die Finanzkontrolle des Parlaments werde ad absurdum geführt, wenn Kostenerhöhungen immer wieder nachträglich bewilligt und für im Rahmen erklärt würden. Die SPD habe die Stellungnahme durchgepeitscht. Gravierende Mißstände im Sozialministerium seien verdeckt worden.

**Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.) stellte größere Komplexität des Verwaltungshandelns und damit auch der Kontrolle fest und hielt das jetzige parlamentarische Verfahren für nicht besonders effektiv, da in sensiblen Fällen immer wieder Parteipolitik entscheide. Für 1987 könne die Landesregierung nicht entlastet werden, weil nicht alles aufgeklärt worden sei.

## CDU-Antrag für nachwachsende Rohstoffe in NRW

### Kurzfaserflachs-Anbau und Pflanzenöl-Einsatz

In ihrem Antrag „Nachwachsende Rohstoffe“ (Drs. 10/5373), der vom Plenum am 29. März abgelehnt wurde, tritt die CDU für verstärkte Förderung des Anbaus und der Verwendung von nachwachsenden Rohstoffen und Produktionen in NRW ein. Ihre Sprecher kritisierten die Zurückhaltung des Landes. Die SPD-Entscheidung (Drs. 10/5357), in der die breitere Anwendung von bereits erprobten Chemieprodukten auf pflanzlicher Basis, im übrigen die Wirtschaftlichkeit solcher Strukturen gefordert wird, wurde angenommen.

**Gerhard Jacobs** (CDU) begründete den Antrag zum Thema „Nachwachsende Rohstoffe“ mit der Absicht, die Regierung zur Stellungnahme zu zwingen. Während alle anderen Bundesländer durch Anbauförderung Startlöcher für einen zukünftigen Markt freischaufelten, habe Matthiesen aus ideologischen Gründen abgeblockt. Nachwachsende Rohstoffe schonten fossile Energieträger, bereicherten die landwirtschaftliche Fruchtfolge und würden zu einer neuen Einnahmequelle. In der Umweltbilanz seien Abbaubarkeit von Kunststoffprodukten auf der Basis von Stärke, geringerer Energieaufwand bei Pflanzenölverarbeitung, Rapsöl als Dieselerersatz und Energieeinsparung zu nennen. Die CDU fordere, endlich den Fuß von der Bremse zu nehmen.

**Hagen Tschoeltsch** (F.D.P.) wunderte sich über die einmütige Forderung neuer Milliar-

denssubventionen durch die beiden großen Fraktionen und bekundete Skepsis bei der F.D.P., die zwar Forschung unterstütze, für große Produktionen jedoch eher die DDR für günstiger halte. Das Thema sei derzeit nicht abschließend zu behandeln. Absprachen mit der neuen DDR-Regierung sollten getroffen werden, ehe Strukturen für nachwachsende Rohstoffe in NRW festgelegt würden.

**Johannes Gorlas** (SPD) hielt die Verwendung von landwirtschaftlichen Rohstoffen im Nahrungsmittelbereich für eine sinnvolle Alternative. Ausgangsstoffe chemischer Produktion seien Zucker und Stärke aus Getreide und Kartoffeln sowie verschiedene Ölsorten in der Fett-Chemie. Die Bandbreite reiche viel weiter. Anders als die CDU halte die SPD aber die Abschaffung von Überproduktion in der Landwirtschaft

durch nachwachsende Rohstoffe nicht für gegeben. Vor dem industriellen Einsatz müßten ausgereifte Verfahren, Absatzbarkeit am Markt und Umweltverträglichkeit erwiesen sein. Das Schnaps-Projekt in Niedersachsen sei aus wirtschaftlicher Sicht ein Stück aus dem Tollhaus. Der CDU-Antrag widerlege alle Bekenntnisse zu Marktwirtschaft und Umwelt.

**Walter Neuhaus** (CDU) hielt die Inaktivität der Regierung für Ausstieg aus der Verantwortung. Fossile Energieträger müßten entlastet werden. Nachwachsende Rohstoffe verringerten die Umweltbelastung und minderten die Probleme der Landwirtschaft. Die CDU werde das Thema in der nächsten Wahlperiode wieder auf die Tagesordnung setzen.

**Minister Hans Schwier** (SPD) hielt in Vertretung des Agrarministers die CDU-Betrachtung für zu einseitig. Neben ökonomischen und technischen müßten ökologische Fragen im Vordergrund stehen. Was in anderen Ländern untersucht werde, brauche NRW nicht auch noch zu erforschen. Im Bundesrat werde die Bundesregierung erneut zu einer umfassenden Konzeption aufgefordert. Bio-Ethanol als Treibstoff-Zusatz erhöhe nicht die Wettbewerbsfähigkeit landwirtschaftlicher Produktion.



## Plenum erörtert die Entwicklung des Landes

### Dr. Worms klagt: Die Leistungen der Opposition fehlen im Bericht

Über den von der Landesregierung vorgelegten Landesentwicklungsbericht 1988 (Drs. 10/5044) beriet der Landtag und erörterte dabei Anträge von F.D.P. („NRW fit machen für Europa“, Drs. 10/5353) und CDU („Landesinitiative Handwerk-Zukunft durch Vielfalt“, Drs. 10/5344). In die Beratung einbezogen wurde zudem ein Entschließungsantrag der SPD (Drs. 10/5384), der mit Mehrheit angenommen wurde; abgelehnt wurden dagegen die Anträge der Oppositionsfaktionen.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) pries den Erfolg der Politik der Landesregierung: Man habe keine Kahlschlagsanierung zugelassen, weder regionale Verödung noch soziale Deklassierung. „Wir haben statt dessen den wirtschaftlichen Strukturwandel gefördert und ihn sozialverträglich und umweltverträglich gestaltet.“ Vieles habe sich in den letzten Jahren verändert, NRW sei nicht mehr das Land von Kohle und Stahl, „aber es bleibt ein Land mit Kohle und Stahl“. Das Land sei kein Geheimtip mehr, sondern eine allseits begehrte Top-Adresse, was Umfragen und Analysen belegten. Rau wörtlich: „Wir sind auf dem Weg, eine der ersten Adressen in Europa zu werden. Wir haben die Kraft, einen Aufbruch aus alten Strukturen ohne soziale Brüche zu schaffen. Wir haben die beste Chance, zur Drehscheibe in einem Europa von ganz neuen Dimensionen zu werden.“

**Dr. Bernhard Worms**, (CDU)-Fraktionsvorsitzender, bezeichnete die Darstellung des Ministerpräsidenten als „einseitig“. Zur Realität gehöre auch die Kehrseite der Medaille: Bedarf an 200 000 neuen Wohnungen pro Jahr, 150 000 fehlende Kindergartenplätze, Unterrichtsausfall an den Schulen, überfüllte Hochschulhörsäle und fehlendes Müllentsorgungskonzept. Es fehlten im Bericht auch die Leistungen der Opposition, denn ohne sie hätte es weder die Mikat-Kommission noch die Kohlerunde gegeben, wäre auch nicht der Hüttenvertrag zustande gekommen. Weitere erfolgreiche Aktivitäten

dieser Opposition seien gewesen die Landesentwicklungsbank, die Kulturstiftung und die Einleitung zum Duisburger Freihafen. Die CDU in NRW sei die richtige Kraft, um genau wie im Bund, das Land wieder zur Nummer eins unter den Bundesländern zu machen (von diesem Platz sei NRW in den 24 Jahren sozialdemokratischer Regierung in das untere Drittel der Tabelle abgerutscht) — und dort oben zu halten.

**Dr. Achim Rohde**, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, nannte zum Antrag seiner Fraktion zwei neue Herausforderungen; man müsse die Unternehmen von der Steuer entlasten und die Arbeitszeitverkürzung stoppen. Man müsse die Steuern senken, um die Standortbedingungen für NRW zu verbessern, darin seien sich die wissenschaftlichen Institute einig, und auch der Finanzminister habe erlebt, wie die Senkung der Unternehmenssteuern zu mehr Erträgen geführt habe. Eine weitere Arbeitszeitverkürzung schließlich beeinträchtige die Konkurrenzfähigkeit der bundesdeutschen Unternehmen und erschwere weiteren humanen Fortschritt. Beiden Forderungen sollte sich die SPD nicht verschließen, forderte Rohde und stellte fest, die Stärke unserer Wirtschaft „liegt in der Vielfalt der Selbständigen, liegt im Dienstleistungsbereich, wo sich Arbeitszeitverkürzungen besonders kritisch auswirken, weil es in diesen Bereichen keine Rationalisierungsmöglichkeiten gibt“.

**Gerhard Wendzinski** (SPD) hob besonders die Leistungen und die Vorreiterrolle des Landes beim Umweltschutz hervor: Die Versöhnung von Ökologie und Ökonomie sei und bleibe die Handlungsmaxime der Wirtschafts- und Umweltpolitik. Den wirtschaftlichen Aufschwung habe das Land NRW aus eigener Kraft vollzogen; Voraussetzungen waren dabei die Leistungsfähigkeit der Arbeitnehmer und Unternehmer, ein dynamischer Mittelstand und die Initialzündung der Zukunftsinitiative Montanregionen. Niemand spreche heute mehr von einem „Schrotthaufen“, das Wort von der „Abstimmung mit dem Möbelwagen“ sei dem Autor im Halse steckengeblieben. Im übrigen sei NRW niemals die Nummer eins gewesen, diese Rolle habe immer das Land Hessen gespielt: „Unser Anspruch ist es, in der kommenden Legislaturperiode auch Hessen zu überflügeln, wobei wir Bayern und Baden-Württemberg schon lange hinter uns gebracht haben.“

## CDU scheitert mit DDR-Nachtragsetat

In direkter Abstimmung mit den Stimmen von SPD und F.D.P. hat der Landtag den CDU-Antrag „Nachtragshaushalt 1990/Programm für das Land Nordrhein-Westfalen für Hilfen in der DDR für die Jahre von 1990 bis 1993“ (Drs. 10/5283) abgelehnt. **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) bezifferte das angestrebte Volumen auf 1,6 Milliarden Mark, es solle zu großen Teilen in das Gesundheitswesen, in den Umweltbereich, in die Verbesserung der Transitautobahn und in die Förderung von Initiativen des Einzelhandels und des Handwerks fließen. Die Mittel dafür seien da, das zeigten die Steuerschätzungen für die kommenden Jahre. **Reinhold Trinius** (SPD) zählte die Hilfen des Landes für die DDR auf und warf der Bundesregierung vor, sie habe zu viel Zeit verstreichen lassen. Der Finanzierungsvorschlag, den die CDU für den Nachtragsetat vorlege, sei „denkbar unsolid“. Den Bürgern müsse man über die Kosten für die staatliche Einheit Deutschlands die Wahrheit sagen. Einem „Weihnachtswunschzettel“ ähnele die Hilfsliste der CDU, urteilte **Wolfram Dorn** (F.D.P.); den hätte man besser als Entschließungsantrag, aber nicht als Nachtragshaushalt eingebracht. Haushaltsrechtlich reiche es nicht aus, pauschal Mittel bereitzustellen, es müßte schon konkrete Projekte geben; aber dazu seien in der DDR noch nicht die Voraussetzungen gegeben. **Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) mahnte koordinierte Vorgehen zwischen Bund und Ländern an; der Antrag der CDU des Landes sei „finanzpolitisch unverantwortlich“, zumal noch nicht geklärt sei, welche Belastungen auf NRW durch Änderungen bei der Verteilung der Umsatzsteuer, beim Länderfinanzausgleich oder beim Strukturhilfegesetz zukämen. Da könne man nicht einfach auf Zuwächse setzen, die die Opposition ohnehin schon für andere Aufgaben hierzulande einzusetzen gedanke.

## Maßregelvollzug

Eine Bilanz des modernen Maßregelvollzugs, dessen Grundlagen der Landtag 1984 geschaffen hat, zog das Plenum bei der Erörterung der Großen Anfrage 36 der SPD-Fraktion (Drs. 10/3787; Antwort der Landesregierung Drs. 10/5251). **Johannes Ernst Sondermann** (SPD) betonte, daß sich die Situation wesentlich gebessert habe; weitere Anstrengungen seien jedoch nötig, denn die Patienten im Maßregelvollzug gehörten zu den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft. **Heinrich Dreyer** (CDU) stellte die Notwendigkeit der Novellierung fest: Bei der Fesselung aus Behandlungsgründen und bei den Zwangsbehandlungen müsse es neue Regelungen geben. **Heinz Lanfermann** (F.D.P.) stellte erhebliche Unterschiede in der Gesetzespraxis zwischen rheinischem und westfälischem Landesteil fest und nannte als besonderes Problem für die Zukunft „das gesellschaftliche Umfeld auf die Wiedereingliederung psychisch kranker Rechtsbrecher vorzubereiten“.



Unterschiedliche Akzente bei der Einschätzung der Entwicklung, die das Land Nordrhein-Westfalen genommen hat (v. l. n. r.): Ministerpräsident Johannes Rau (SPD), CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Bernhard Worms, Dr. Achim Rohde, F.D.P.-Fraktionsvorsitzender, und Gerhard Wendzinski (SPD). Fotos: Schüler

## Bemühungen im rechtsradikalen Spektrum der Gesellschaft bleiben weiter Alarmzeichen

Mit dem Extremismus müssen sich Politik und Gesellschaft offensiv auseinandersetzen. Das war der Tenor einer Debatte über „Rechtsradikale Einflußnahme auf junge Menschen“ auf Antrag der SPD (Drs. 10/4511), der am 30. März angenommen wurde. Ein gemeinsamer Entschließungsantrag von CDU und F.D.P. (Drs. 10/5377) fand hingegen keine Zustimmung.

**Reinhold Hemker** (SPD) berichtete, der SPD-Antrag nenne eine Fülle von Maßnahmen in der praktischen Politik, mit denen der Ausweitung der Strategien des Rassismus, das heiße auch der Auslnderdiskriminierung, begegnet werden könne. Hemker sagte „in aller Deutlichkeit“: Maßnahmen, mit denen jenen geholfen werden könne, die sich von den Taktiken eines Schnhuber verleiten ließen. Der Abgeordnete wies darauf hin, man habe in den Monaten der Beratung des Antrags vielfältige Zustimmung aus den Jugendverbänden bekommen. Die grundlegenden Probleme und Gefahren, die sich aus den Bemühungen im rechtsradikalen Spektrum der Gesellschaft ergäben, blieben ein Alarmzeichen.

### Faire Behandlung

**Beatrix Philipp** (CDU) betonte, es sei festzustellen, daß die Art, wie mit diesem Thema Rechtsextremismus bisher umgegangen worden sei, und vor allen Dingen in den Schulen, dieser Ansatz völlig neu überdacht werden müsse. Es sei nicht zu leugnen, daß die Gründe, die zum Entstehen extremistischer Tendenzen führten, und zwar sowohl zu Rechtsradikalen wie zu Linksradikalen, ähnlich seien. Eine wirklich faire Behandlung mit diesem Thema setze voraus, daß man nicht nur auf dem rechten Auge scharf sehen dürfe.

**Andreas Reichel** (F.D.P.) unterstrich, es sei ein altes Geheimnis, daß die Unkenntnis fremder Kultur Ängste fördere und Ängste wiederum Grundlage für Vorurteile und Aggression seien. Radikale griffen diese Ängste auf und pflegten diese Vorurteile für ihre Zwecke. Sie wendet sich an die Gefühle der Menschen und lenkten diese Gefühle auf Feindbilder. Argumente für den Verstand der Menschen hätten sie in der Regel nicht. Wer das erwarte, werde enttäuscht.

**Arbeits- und Sozialminister Hermann Heinemann** (SPD) betonte, im bevorstehenden Wahlkampf könne man auf vielerlei Weise Beiträge zur Bekämpfung des Rechtsextremismus leisten und auf junge Menschen Einfluß nehmen. Zum ersten müsse man sich offensiv mit den vereinfachenden politischen Lösungsmodellen der Republikaner und anderer extremistischer Parteien auseinandersetzen. Man müsse auf die Sorgen der Mitbürgerinnen und Mitbürger Antworten finden, und das in einer Sprache, die nach Möglichkeit von allen Menschen verstanden werde.

★

### Juristenausbildung

Der Landtag ist der Empfehlung des Rechtsausschusses gefolgt und hat den CDU-Antrag „Zukunft der Juristenausbildung“ (Drs. 10/4265) für erledigt erklärt.

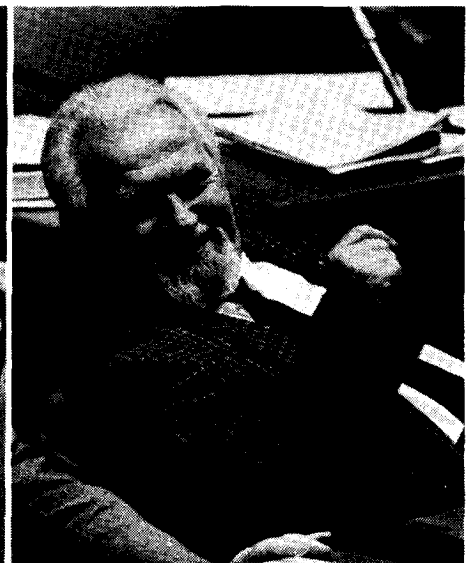
## Kultusminister: Wasserflächen sind besonders wichtig für den Naturschutz

Der Landtag hat einen SPD-Antrag „Entwicklung des Wassersports in Nordrhein-Westfalen“ am 30. März angenommen und den Antrag der CDU „Die Zukunft des Wassersports in Nordrhein-Westfalen“ abgelehnt (Drs. 10/5296 und 2780).

Für die SPD sagte der Abgeordnete **Bodo Champignon**, der SPD-Antrag beschreibe die Entwicklung und Zukunft des Wassersports in NRW, und zwar im ganzen Lande, und kapriere sich nicht auf eine bestimmte Region. Er sei zukunftsweisend. **Heinz-Helmich van Schewick** betonte, die CDU bekenne sich zur Bedeutung des Sports, insbesondere des Wassersports. Man bekenne sich ferner zum Schutz der Natur. Beides verbunden heiße, man trage dem natürlichen Bedürfnis des Menschen, sich sportlich in der Natur zu bewegen, Rechnung. Für die F.D.P. erklärte der Abgeordnete **Michael Ruppert**, es sei klar, daß gerade im Wassersport die Grenzen zwischen Umweltschutz auf der einen Seite und Interesse am Sport auf der anderen Seite sehr deutlich würden. Es müsse Kompromisse und Einschränkungen im Interesse der Umwelt geben. Kultusminister **Hans Schwier** (SPD) merkte an, Wasserflächen seien besonders wichtig für den Naturschutz. Es gehe also um Interessenausgleich, und zwar so vernünftig, so maßvoll und so früh wie möglich.

### Modellversuche

Der Landtag hat der Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91 b Grundgesetz „Modellversuche im Hochschulbereich“ in der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zugestimmt (Drs. 10/5306 und 2683).



**Augenblicke, Momentaufnahmen:** Die Bilder entstanden während einer Plenarsitzung. Von links: Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD), Hildegard Matthäus (CDU) und Friedel Meyer (F.D.P.).  
Fotos: Schüler

## SPD: Mehr Kernkraftwerke kein Mittel gegen Aufheizung der Atmosphäre

### Abgeordnete erörtern Maßnahmen gegen den Treibhauseffekt

Eine ganze Reihe von Anträgen der Landtagsfraktionen lagen der Diskussion des Plenums über die Rettung der Erdatmosphäre vor den schädlichen Folgen des Treibhauseffekts zugrunde. Nach ausführlicher Debatte wurden die Anträge von CDU (Drs. 10/5038) und F.D.P. (Drs. 10/5078) ebenso abgelehnt wie der gemeinsame Entschließungsantrag dieser beiden Fraktionen (Drs. 10/5376), dagegen wurde der SPD-Antrag — leicht geändert — angenommen (Drs. 10/5095).

**Gerhard Wendzinski** (SPD) warnte davor, daß CO<sub>2</sub>-Argument als Schlag gegen die Müllverbrennung und gegen die Kohle zu verwenden. Die Klimabilanz der Müllverbrennung sei „eindeutig positiv“; die Klimadebatte dürfe nicht dazu dienen, neue Hürden für die Kohle aufzubauen. Überhaupt sei die von der Bundesregierung geplante CO<sub>2</sub>-Abgabe kein geeignetes Instrument zur Energieeinsparung, da sei die von der SPD propagierte Energiesteuer besser. Die Abgabe verteuere nur die Kohle, begünstige aber Gas und Öl und mache die Kernenergie gegen die Interessen und Wünsche der Bevölkerung zum „strahlenden Sieger“. Beim FCKW könne man nicht mit einer Abgabe arbeiten, hier komme nur ein generelles Verbot in Frage, zu dem sich aber der Bund nicht durchdringen könne.

**Hans-Karl von Unger** (CDU) machte deutlich, daß der kernenergiefreie Weg, den das Land NRW eingeschlagen hat, nicht zum Ziel führe. Kernenergie stehe sicher zur Verfügung, und sie werde noch sicherer werden. Tschernobyl sei eine erste Generation von Kernkraftwerken gewesen, die hierzulande nie die Chance auf Zulassung gehabt hätte. Der SPD-Antrag lasse nicht erkennen, wie man der Forderung der Weltklimakonferenz

von Toronto nachkommen wolle, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in den nächsten 30 Jahren zu halbieren.

**Michael Ruppert** (F.D.P.) verlangte ein Handlungsprogramm; man müsse auch für das Land erfassen, mit welchen Stoffen in allen Bereichen zum Treibhauseffekt beigetragen werde. Das sei der erste Schritt zur Besserung und nicht die Wiederholung der alten Floskeln der Kernenergieauseinandersetzung. Zur Verminderung des Treibhauseffektes müsse man eine Strategie ausarbeiten, die den Energieverbrauch von Kraftfahrzeugen und die Entwicklung alternativer Energien in diesem Bereich ebenso umfasse wie weitere Forschungen auf dem Gebiet der Energieeinsparung, erneuerbarer Energien und effizienterer Energienutzung wie Markteinführungshilfen für erneuerbare Energien und ein den Schutz der Gesundheit und die Sicherheit betonendes Kernenergieprogramm.

**Lothar Hegemann** (CDU) betonte die Chancen, die darin bestehen, wenn sich NRW an die Spitze der CO<sub>2</sub>-Minderungsbewegung

setzen würde. Aber das wolle die SPD nicht, weil dann wieder neu über die Kernenergie nachgedacht werden müßte.

**Gerhard Wendzinski** (SPD) hielt nichts davon, die Rolle der Kohle bei der CO<sub>2</sub>-Produktion herauszustellen, aber den Beitrag des Autoverkehrs dazu unter den Tisch fallen zu lassen — der sei schließlich höher. Andererseits könne man nicht so tun, als seien mit dem Umstieg auf Kernenergie alle Probleme gelöst.

**Umweltminister Klaus Matthiesen** (SPD) erteilte der Alternative Kernenergie zur Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen eine Absage: Atomkraftwerke produzierten zwar kein Kohlendioxid, dafür aber klimawirksames Spurengas Krypton 85, dessen Folgen noch nicht hinreichend untersucht seien, die aber auf einen Treibhauseffekt hinweisen. Die Landesregierung sehe darum den Schwerpunkt eines Beitrags des Landes zur Minderung der Klimaproblematik zuerst in einer rationellen Energieverwendung, in der Einsparung von Energie und in der Verbesserung des Wirkungsgrads bei der Energieumwandlung.



Einigkeit über die Notwendigkeit, den Kohlendioxidausstoß zu vermindern, Dissens über die Rolle von Kohle und Kernkraft (v. l. n. r.): Hans-Karl von Unger (CDU), Michael Ruppert (F.D.P.), Lothar Hegemann (CDU) und Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD).  
Fotos: Schüler

## Große Anfrage zur Gesundheitserziehung

### F.D.P.-Fraktion gegen mehr staatlichen Einfluß

„Gesundheitserziehung“ lautete der Titel einer Großen Anfrage der F.D.P. (Drs. 10/3912, Neudruck), auf die die Landesregierung mit Drs. 10/5252 geantwortet hat. In der Landtagsdebatte bezeichnete **Dagmar Larisika-Ulmke** (F.D.P.) die Gesundheitsförderung als Querschnittsaufgabe, die sicher der koordinierenden staatlichen Hand bedürfe. „Dafür brauchen wir aber keine aufgeblähten Gremien, dafür reichen Arbeitsgemeinschaften, in denen man sich über regionale Aktivitäten austauscht und informiert.“ Ihre Fraktion beobachte die ministeriellen Aktivitäten bei der Gesundheitsförderung mit „äußerstem Mißtrauen“, weil man sie für den Versuch halte, den staatlichen Einfluß im Gesundheitswesen auszuweiten und die privaten Aktivitäten zurückzudrängen.

gen. **Horst Radtke** (SPD) wies dies zurück und verwahrte sich gegen jeden Vergleich mit dem DDR-Gesundheitswesen. Es sei sicher nicht sinnvoll, immer mehr Geld im Gesundheitswesen aufzuwenden, ebenso viel müsse dafür getan werden, Krankheiten zu vermeiden. Gesundheitserziehung nehme im Lande nicht nur einen hohen Stellenwert ein, sondern könne sich in ihren Leistungen durchaus sehen lassen. **Otti Hüls** (CDU) bezeichnete die Antwort als ohne politischen Aussagewert und ohne jedes Gesamtkonzept. Sie begrüßte, daß die Landesregierung „nach und nach“ den großen Wert der Gesundheitsreform der Bundesregierung zu erkennen beginne. **Gesundheitsminister Hermann Heinemann** (SPD) nannte die wesentlichen Anstöße, die das Land mit seinen Programmen in der präventiven Gesundheitspolitik geleistet habe; der Staat könne aber auf diesem Gebiet nur Rahmenbedingungen geben. Gesundheitsförderung sei eine „gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die gemeinsamer und koordinierter Anstrengungen aller Beteiligten bedarf“.

## Theater in NRW

Zur Situation der Theater in NRW hatte die F.D.P. eine Große Anfrage (Drs. 10/4181) eingebracht, über die das Plenum am 30. März debattierte, ebenso über die Antwort der Regierung (Drs. 10/5267).

**Ruth-Witteler-Koch** (F.D.P.) monierte Handlungsbedarf bei Theaterfinanzierung, Theaterpädagogik und der Sicherung freier und privater Theater. **Ernst Walsken** (SPD) hob hervor, von der Platzkapazität her mache das Theaterangebot von NRW ein Viertel der bundesdeutschen Theater aus, es gebe 20 kommunale, 3 Landes- und 30 Privatbühnen. Das Angebot könne leichter zugänglich gemacht werden. **Dr. Albrecht Beckel** (CDU) anerkannte das in der Antwort enthaltene Compendium an Material. Es gebe ein breites Angebot an reellem Gebrauchstheater in NRW. Zurückhaltung sei bei Festivals angebracht. **Kultusminister Hans Schwier** (SPD) sagte, trotz „Theaterkrise“ 1988 seien keine Unternehmen geschlossen, vielmehr die Zahl der Spielstätten erhöht worden. Die Finanzierung sei solide, die Planung gesichert. Der Minister dankte dem CDU-Kulturpolitiker Dr. Beckel für dessen letzte Rede.



## Fraktionen einig: Kampf gegen Drogen muß weiter verstärkt werden

Anträge aller drei Fraktionen lagen der drogenpolitischen Debatte des Landtags zugrunde: Die beiden Anträge von CDU und F.D.P. (Drsn. 10/4267 und 10/5352) wurden abgelehnt, der Entschließungsantrag der SPD (Drs. 10/5358) wurde angenommen. In ihm wird das Drogenprogramm an der Landesregierung unterstützt, das Prinzip „Therapie statt Strafe“ betont; außerdem wird die Dekkung des Nachholbedarfs im präventiven Bereich angemahnt.

**Wolfram Kuschke** (SPD) lobte das Drogenprogramm der Landesregierung: Es setze an den richtigen Schwerpunkten an, nämlich Prävention, Prophylaxe und Aufklärung. Es sei auch gut, daß es inzwischen eine grundlegende Konzeption zur schulischen Sucht- und Drogenvorbeugung gebe, was fehle, sei die „ressortübergreifende Ausfüllung dieses Konzeptes durch die Landesregierung“. Mit dem Methadon-Erprobungsversuchen habe das Land eine „mutige Vorreiterrolle“ angenommen, die inzwischen in anderen Bundesländern Nachahmer finde. Die CDU hierzulande, mahnte Kuschke, sollte nun end-

lich anerkennen, daß dieses Programm ein sinnvoller Baustein in der Therapiepolitik sei.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) betonte das Verdienst der CDU daran, daß im letzten Jahr die Drogenpolitik im Lande in Bewegung gekommen sei; vieles von dem, was die Landesregierung tue, weise in die richtige Richtung. Aber das finanzielle Engagement des Landes reiche nicht aus, so sei das im Lande vorgehaltene Angebot an Therapieplätzen (411) völlig unzureichend, auch im Bereich der Nachsorge herrschten bis heute unbefriedigende Zustände: Es gebe nur 36 Plätze für rund 20 000 Drogenabhängige. Zudem müsse sich die Landesregierung endlich bereit finden, den Drogenberatern an Schulen Freistunden einzuräumen.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) hielt eine Behandlung mit Methadon nicht für ausgeschlossen, etwa als Übergangstherapie in Einzelfällen, etwa bei Schwangerschaft oder Aidserkrankung. Oberstes Ziel der Drogentherapie müsse aber eine Absti-

nenzbehandlung sein. Darum müsse für therapiebereite Patienten kurzfristig ein Angebot bereitstehen, „das, wenn die Kostenträgerschaft kurzfristig nicht geklärt werden kann, der Staat vorleihen muß“. Monatelange Wartezeiten seien „einfach skandalös“. In NRW sei bei der Drogenbekämpfung viel geleistet worden, aber es gebe erhebliche Defizite.

**Klaus Stallmann** (CDU) rügte die Defizite im Bereich des Innenministers; der Polizei fehle es an sächlicher und personeller Ausstattung. So laufe man den Dingen hinterher und werde von der Drogenkriminalität überrollt. Der Innenminister habe kein Handlungskonzept und höre nicht auf die Beamten vor Ort.

**Albert Klütsch** (SPD) stellte heraus, daß ein Mehr an staatlichen Maßnahmen auch in Zukunft keine Gewähr dafür biete, dem gesellschaftlichen Phänomen Drogensucht beizukommen: „Der Kampf gegen Drogen in einer Industriegesellschaft kann mit polizeistatistischen Mitteln nicht gewonnen werden.“ Man sei vielmehr gehalten, den Drogenkonsum gesellschaftlich zu ächten; man müsse „das scharfe Schwert der Kriminalitätsbekämpfung“ gegen Händler und Hersteller einsetzen, die Gewinne abschöpfen, die Geldwäsche verhindern und die erzielten Mittel für Vorbeugung und Aufklärung nutzen.

**Gesundheitsminister Hermann Heine-**mann (SPD) stellte den angeblichen Widerspruch der Bundesärztekammer richtig: Sie trage in Wirklichkeit die Drogenpolitik der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Man müsse sich politisch auf die Verschärfung der Lage in der Bundesrepublik einstellen, aber nicht das alleinige Heil im Strafrecht suchen, noch resignieren und Anbau, Handel und Erwerb von Drogen liberalisieren: „Statt dessen muß die bei uns im Land eingeführte Drogenpolitik mit Realitätssinn weiterentwickelt werden. Dabei müssen wir stärker als bisher auf Prävention, Hilfen und die Verfolgung der organisierten Drogenkriminalität setzen“. Der Minister bestritt die Meinung, mehr Geld bringe auch mehr Erfolg mit sich, entscheidend sei vor allem, daß man an die Leute herankomme; das geschehe nicht zuletzt mit dem Methadon-Programm. Der Minister mahnte raschere Schritte des Bundesgesetzgebers an, um endlich wirksam Drogenkartelle und Drogenhändler mit dem Entzug ihres Vermögens strafen zu können.

### Naturschutzverbände

Ob Naturschutzverbände die Voraussetzungen für steuerliche Vergünstigungen wegen Gemeinnützigkeit erfüllen, und ob die Verbände ihre satzungsmäßigen Ziele selbstlos fördern, werde von den Finanzämtern regelmäßig überprüft. Dies erklärte der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Klaus Matthies (SPD) auf die Kleine Anfrage des CDU-Abgeordneten Karl Knipschild. Der Minister fügte hinzu, es bestünden weder Verwaltungsregelungen zur Angemessenheit von Aufwendungen, noch lägen ihm Erkenntnissen über den Anteil der Ausgaben für Werbung und Verwaltung bei den Naturschutzvereinen vor (Drs. 10/5168 und 5010).

### Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten, Naturschutz

## Wahrung ökologischer Belange

Der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz kann unter seinem Vorsitzenden Wilhelm Lieven (CDU) auf ein intensives und umfangreiches Arbeitsprogramm in der 10. Wahlperiode des Landtags Nordrhein-Westfalen zurückblicken. In 68 Sitzungen befaßte sich der Ausschuß vornehmlich mit den vielschichtigen Fragen der Agrar- und Ernährungswirtschaft, der Forstwirtschaft und der Jagd, des Gartenbaus, des Naturschutzes, des Veterinärwesens und der Abwasserbeseitigung.

Zu den Beratungsschwerpunkten zählte die Novellierung des Landeswassergesetzes. In dem von der Landesregierung eingebrachten Gesetzentwurf wurden insbesondere die Bereiche Wasserschutzgebiete, Abwasser und wassergefährdende Stoffe angesprochen. Aus Landessicht sollte vor allem die Wahrung ökologischer Belange bei der Gewässerunterhaltung und beim Gewässer Ausbau weiter gestärkt werden.

Im Hinblick auf Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes und des Abwasserabgabengesetzes — beides Bundes-Rahmengesetze — waren ebenfalls entsprechende Maßnahmen des Landes Nordrhein-Westfalen erforderlich. In einer vom Ausschuß durchgeführten öffentlichen Anhörung wurde Vertretern der Land- und Forstwirtschaft, des Gartenbaus, der Industrie, der Wasserversorgungsunternehmen, der kommunalen Spitzenverbände und des Naturschutzes Gelegenheit zur ausführlichen Stellungnahme gegeben. Gerade diese Anhörung führte dann dazu, daß der Landtag auf Vorschlag des Ausschusses über 50 Änderungen gegenüber dem vorgelegten Gesetzentwurf vornahm.

Nach 40jähriger Gültigkeit wurde auch das Gesetz über die Errichtung von Landwirtschaftskammern im Lande NRW den Veränderungen in Landwirtschaft und Gesellschaft angepaßt. SPD und CDU hatten hierzu Gesetzentwürfe vorgelegt. Insbesondere Fragen der Wahl zu den Kammerorganen wurden kontrovers diskutiert. Während SPD und CDU die Ausdehnung des passiven und aktiven Wahlrechts auch auf Nebenerwerbslandwirte für unverzichtbar

hielten, waren beide Fraktionen jedoch unterschiedlicher Auffassung über das Wahlverfahren selbst. Angenommen wurde der SPD-Vorschlag, die Briefwahl anstelle der Urnenwahl einzuführen und die Möglichkeit der „Friedenswahl“, für die sich die CDU aussprach, entfalten zu lassen. Die F.D.P. sprach sich grundsätzlich gegen die Notwendigkeit der Gesetzesänderung aus.

Einvernehmen im Ausschuß konnte hingegen bei der Beurteilung der Aussagen des Landeswaldberichts der Landesregierung über Lage und Entwicklung der Forstwirtschaft und über die zur Förderung der Forstwirtschaft notwendigen Maßnahmen erzielt werden. Vorausgegangen war auch hier eine öffentliche Anhörung von Sachverständigen.

Den Fragen der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte maß der Ausschuß ebenfalls besondere Bedeutung zu. So bestand ein ständiger Dialog mit den Vermarktungsorganisationen unseres Landes. Ein besonderes Problem stellte der kriminelle Einsatz von unzulässigen Masthilfsmitteln in der Kälberaufzucht durch eine Reihe unverantwortlicher Mäster dar: Der Hormon-Skandal 1988/89. Diese illegalen Methoden wurden vom Ausschuß nachhaltig verurteilt. Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft fand für seine eingeleiteten Maßnahmen die volle Unterstützung des Ausschusses. In der letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode verabschiedete der Ausschuß mit herzlichem Dank für die engagierte Mitarbeit fünf seiner Mitglieder, die für den nächsten Landtag nicht mehr kandidieren.

## Große Anfrage der CDU zur Familienpolitik mit Antwort und Familienbericht

### Familie im Spannungsfeld zwischen Kindeswohl und berufstätigen Eltern

**Otti Hüls** (CDU) kündigte an, eine bessere Familienpolitik werde zentraler Punkt der CDU nach der Landtagswahl sein. In der Antwort auf die Große Anfrage der CDU würden positive Leistungen als Verdienst der Landesregierung und Probleme als Schuld der Bundesregierung dargestellt. Die Zahl der Abtreibungen aus sozialer Notlage hätte sich nicht verringert. Die CDU-Vorstöße für eine Landesstiftung Mutter und Kind seien immer wieder abgelehnt worden, ebenso für ein Landeserziehungsgeld. Dagegen werde Elternurlaub von drei Jahren als wichtiges Ziel bezeichnet. Der Rotstift sei bei der Förderung von Familienerholung angesetzt worden, die Beträge hätten sich gegenüber 1980 teilweise mehr als halbiert. Soziale Gerechtigkeit werde willkürlich ausgelegt.

**Marie-Luise Morawietz** (SPD) beurteilte den 3. Familienbericht, der in der nächsten Wahlperiode beraten werde, positiv. Grundbedürfnisse des Kindes auch in neuen Familienformen müssten rechtlich abgesichert werden. Erwachsene und Kinder müssten auch in Konfliktsituationen unterstützt werden. Geborgenheit könne auch in nichtehelichen Lebensgemeinschaften und durch Alleinerziehende gewährleistet sein. Strukturelle Hilfen für die Familien seien auch Voraussetzung für die von vielen gewünschte Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im Haushalt 1990 seien 105,4 Millionen Mark Investitionskostenzuschüsse für Kindergarten-, Hort- und Krippenplätze vorgesehen. Der Landesanteil an den Betriebskosten belaufe sich jährlich auf 650 Millionen Mark. Vor Ort müsse dafür gesorgt werden, daß die Öffnungszeiten an Arbeitszeiten der Eltern angepaßt werden. Ganztagschulen müssten ausgebaut werden. 20 Modellversuche an Grundschulen sorgten für Schule und Jugendhilfe unter einem Dach. Die flächendeckenden Beratungsstellen in NRW seien segensreich. Mehr Kindergeld, Kappen des Ehegattensplittings, aktive Beschäftigungspolitik und Wohnungsbauförderung des sozialen Wohnungsbaus seien wünschenswert.

**Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.) bezeichnete die Forderungen an die Bundespolitik als merkwürdig und die Finanzierbarkeit als nicht mitbedacht. Das gelte auch für die CDU-Forderung von Landeserziehungs-

*Bei der Aussprache über die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU zur Familienpolitik (Drs. 10/5229) wurden am 29. März erneut unterschiedliche Positionen von CDU einerseits und SPD und F.D.P. andererseits hinsichtlich der Bewertung ehelicher und nichtehelicher Lebensgemeinschaften deutlich.*



*Familienpolitik soll Schwerpunkt der neuen Wahlperiode nach Auffassung der CDU-Opposition sein, v. l.: Otti Hüls (CDU), Marie-Luise Morawietz (SPD), Ruth Witteler-Koch (F.D.P.), Georg Gregull (CDU). Fotos: Schüler*

geld. Eine kinderfreundliche Politik müsse für mehr Wohnraum für Familien, für Betreuungseinrichtungen, Tagesmütter, flexible Öffnungszeiten und Ganztagsbetreuung in den Schulen sorgen. Die Liberalen setzten auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit freier Entscheidung für Männer und Frauen. An erster Stelle müsse das Kindeswohl stehen. Positive Aspekte aus der DDR könnten herübergeholt werden.

**Georg Gregull** (CDU) meinte, im Vergleich zum 2. Familienbericht werde der Stellenwert von Ehe und Familie deutlich relativiert durch Gleichstellung mit anderen Lebensgemeinschaften. Es gebe kaum ein positives Wort für Ehe und Familie, sondern Distanzierung. Die CDU treten dagegen weiter für besonderen Schutz nach der Verfassung ein. In NRW fehlten trotz hoher Versorgungsquote 130 000 bis 150 000 Kindergartenplätze. Bei den Jugendämtern gebe es einen Investitionsstau. Die CDU werde dazu eine Gesetzesinitiative ergreifen. Rücksichtslos sei die Finanzausstattung der Gemeinden seit 1982 reduziert worden. Die Anrechnung von Erziehungszeiten auf die Rente sei eine Jahrhundertleistung des Bundes.

**Sozialminister Hermann Heinemann** (SPD) erwiderte, von Selbstzufriedenheit könne keine Rede sein. Familienpolitik sei ein Herzstück der NRW-Sozialpolitik, sagte Heinemann und zitierte das Bekenntnis zur Familie in der Antwort auf die Große Anfrage. In vielen Bereichen habe NRW Hervorragendes geleistet, was aus Vergleichen mit höheren Investitionen reagiert. Für ein bedarfsgerechtes und finanzierbares Ausbauprogramm müsse das Kindergartengesetz weiterentwickelt werden. Die Familienministerin des Bundes solle endlich die ungerechten Kinderfreibeträge abschaffen. Die zu hohe Zahl der Schwangerschaftsabbrüche müsse verringert werden, aber nicht durch Verschärfung im Strafrecht.

**Georg Gregull** (CDU) verwahrte sich gegen Angriffe auf Bundesminister. Wer von Schwachsinn rede, disqualifiziere sich selbst. Bei der Berechnung des Bedarfs an Kindergartenplätzen müsse von dreieinhalb Jahren ausgegangen werden, das ergebe für 1990 ein Defizit von 145 330.

## Weiterbildung für Gemeindekrankenpflege und Psychiatrie

**Ulrich Schmidt** (SPD) hielt die Weiterbildung im Pflegebereich für ein gutes Konzept landespolitischer Handelns, da die Arbeit in den Pflegeberufen komplizierter und aufwendiger geworden sei. In der Ausschußanhörung hätten die Fachleute dies grundsätzlich bestätigt. Die Landespflegekonferenz NRW habe darüber hinaus weitere Bereiche vorgeschlagen, für die Weiterbildung rechtlich abzuschließen sei. Die Kosten dafür sollten teilweise über Pflegesätze gedeckt werden. Dazu schlage die SPD eine Bundesratsinitiative vor. In der Ausschußberatung

*Der Gesetzentwurf „über die Weiterbildung in der Gemeindekrankenpflege und in der psychiatrischen Krankenpflege“ (Drs. 10/4620) wurde vom Plenum am 29. März zusammen mit der einstimmig befürworteten Ausschußempfehlung (Drs. 10/5333) und einer Entschließung aller drei Fraktionen (Drs. 10/5383) in zweiter Lesung verabschiedet. Die Sozialpolitiker aller Fraktionen waren sich darüber einig, daß im Pflegebereich Weiterbildungsmaßnahmen rechtlich abgesichert werden müßten.*

seien die Fraktionen aufeinander zugegangen. NRW übernehme mit dem Vorstoß eine wichtige Schrittmacherfunktion.

**Toni Schröder** (CDU) erinnerte an Initiativen seiner Fraktion zur Verbesserung der Altenpflegeausbildung, wobei allerdings die Einführung einer Vergütung noch ausstehe. Im Gesetzentwurf der Landesregierung zur Weiterbildung im Pflegebereich habe es gravierende Mängel gegeben. Die SPD habe den zu engen Rahmen erkannt und die

Anhörung der beteiligten Verbände mitgetragen. Für den Erlass einer Verordnung zur Umsetzung des Gesetzes habe die CDU ein Anhörungsrecht gefordert, dem die SPD zustimme. In diesem Zusammenhang warnte Schröder davor, bisher geleistete Arbeiten durch hohe Gebühren für die Anerkennung zu bestrafen.

**Marianne Thomann-Stahl** (F.D.P.) begrüßte die Zustimmung der SPD zur gemeinsamen Verbesserung des Regie-

# NRW-Wahl 1990: Reservelisten der Landtagsparteien

Der Landtag der 10. Wahlperiode zählte 227 Abgeordnete, 26 mehr als die gesetzlich vorgeschriebene Zahl von 201 Parlamentariern. Dafür gilt folgende Erklärung: Enthält eine Partei in den Wahlkreisen mehr Sitze, als ihr unter Zugrundelegung einer verhältnismäßigen Verteilung der grundsätzlich 201 Landtagssitze nach der Stimmenzahl zustehen, so wird die Gesamtzahl der Sitze erhöht, daß – unter Aufrechterhaltung einer ungeraden Gesamtzahl – auch die übrigen Parteien eine ihrem Stimmenanteil entsprechende Relation von Stimmen und Mandaten erreichen, wie die durch Mehrsitze erfolgreichste Partei erzielt hat. Der Vorgang wird als „Aufstockung“ bezeichnet. Dieser Fall war bei der letzten Landtagswahl erstmalig eingetreten. Die SPD hatte mit 125 vierzehn Wahlkreissitze mehr errungen, als ihr bei einer zugrundegelegten Zahl von 201 Abgeordneten zugestanden hätte. Die drei im Landtag vertretenen Parteien haben insgesamt 426 zugelassene Bewerber auf ihren Landesreservelisten. „Landtag intern“ veröffentlicht die jeweils 75 ersten Kandidaten.

## SPD

1. Dr. Johannes Rau (Wuppertal), 2. Professor Dr. Friedhelm Farthmann (Düsseldorf), 3. Anke Brunn (Köln), 4. Ilse Ridder-Melhers (Coesfeld), 5. Dr. Herbert Schnoor (Düsseldorf), 6. Brigitta Heemann (Soest), 7. Wolfgang Clement (Bonn-Bad Godesberg), 8. Marie-Luise Morawietz (Viersen), 9. Gisela Gebauer-Nehring (Bonn), 10. Doris Langenbruch (Bad Oeynhausen), 11. Anne Garbe (Münster), 12. Dr. Barbara Hendricks (Kleve), 13. Gisela Lehwald (Olpe), 14. Johannes Sondermann (Hückelhoven), 15. Erich Heckelmann (Grevenbroich), 16. Günter Spangenberg (Bocholt), 17. Hildegard Falk (Odenthal), 18. Ludger Hovest (Wesel), 19. Joachim Westermann (Arnsberg), 20. Dr. Angelica Schwall-Düren (Metelen), 21. Marianne Dohmen (Mönchengladbach), 22. Manfred Kratz (Euskirchen), 23. Bernd Feldhaus (Münster), 24. Albert Holzhauser (Rheurdt), 25. Inge Hagemann (Königswinter), 26. Karl-Heinz Brülle (Lippstadt), 27. Uta Holtmeier (Kaarst), 28. Ursula Zumhasch (Ostbevern), 29. Adolf G. Retz (Jülich), 30. Helmut Kupski (Krefeld), 31. Dorothee Danner (Löhne), 32. Karl-Ludwig Völkel (Erndtebrück), 33. Brigitte Speth (Düsseldorf), 34. Hagen Müller (Menden), 35. Annelie Kever (Köln), 36. Reinhold Hemker (Rheine), 37. Hans Klaps (Brüggen), 38. Martin Stevens (Eschweiler), 39. Rainer Müller (Brilon), 40. Heinrich Becker (Paderborn), 41. Heidi Berger (Essen), 42. Joachim Musholt (Südlohn), 43. Donata Reinecke (Köln), 44. Heinz Hilgers (Dormagen), 45. Günter Harms (Ahlen), 46. Erika Rothstein (Solingen), 47. Hans Jaax (Troisdorf), 48. Herbert Krause (Gronau), 49. Peter Stolper (Schloß H.-Stukenbrock), 50. Irmgard Schmid (Kierspe), 51. Hermann Jansen (Mönchengladbach), 52. Marita Rauterkus (Köln), 53. Gunther Sieg (Tecklenburg), 54. Ingeborg Friebe (Monheim), 55. Gerd Wirth (Meinerzhagen), 56. Hans Kern (Wipperfurth), 57. Dr. Hans Kraft (Ratingen), 58. Joachim Meynert (Bad Oeynhausen), 59. Manfred Hemmer (Hamm), 60. Manfred Lucas (Kreuzau), 61. Carla Boulboullé (Düsseldorf), 62. Ferdi Franke (Arnsberg), 63. Wolfgang Drese (Erkrath), 64. Marlen Schulte (Ennepetal), 65. Hans Vorpeil (Alsdorf), 66. Peter Borris (Dortmund), 67. Wilhelm Riesmeier (Stemwede), 68. Jarka Pazdziora-Merk (Essen), 69. Franz-Josef Fürkötter (Obach-P.), 70. Dr. Eugen Gerritz (Krefeld), 71. Edgar Moron (Erfstadt), 72. Vera Dedanwala (Wuppertal), 73. Reinhold Wiegers (Minden), 74. Manfred Ludwig Mayer (Düsseldorf), 75. Karl Schultheis (Aachen).

## CDU

1. Dr. Norbert Blüm (Bonn), 2. Dr. Helmut Linssen (Geldern), 3. Ruth Hieronymi (Bonn), 4. Professor Dr. Renate Möhrmann (Köln), 5. Dr. Bernhard Worms (Düsseldorf), 6. Dr. Jörg Twenhöven (Münster), 7. Eckhard Uhlenberg (Werl), 8. Professor Dr. Martin Kriehle (Leverkusen), 9. Lothar Hege-mann (Recklinghausen), 10. Dr. Hans-Ulrich Klose (Korschenbroich), 11. Herbert Reul (Leichlingen), 12. Brunhild Decking-Schwill (Dortmund), 13. Dr. Reiner Klimke (Münster), 14. Hans Wagner (Oberhausen), 15. Heinrich Dreyer (Löhne), 16. Hermann-Josef Arentz (Köln), 17. Heinz Hardt (Düsseldorf), 18. Dr. Jürgen Schwericke (Leverkusen), 19. Leonhard Kuckart (Schwelm), 20. Laurenz Meyer (Hamm), 21. Carl Meulenbergh (Herzogenrath), 22. Heinz Paus (Detmold), 23. Manfred Kuhmichel (Essen), 24. Dr. Annemarie Schrapf (Krefeld), 25. Franz Püll (Mülheim), 26. Beatrix Philipp (Düsseldorf), 27. Helmut Diegel (Hagen), 28. Professor Dr. Horst Posdorf (Bochum), 29. Hildegard Matthäus (Oberhausen), 30. Werner Stump (Kerpen), 31. Marlies Robels-Fröhlich (Köln), 32. Peter Bensmann (Unna), 33. Walter Neuhaus (Schalksmühle), 34. Marianne Paus (Bielefeld), 35. Siegfried Zellnig (Neuss), 36. Dr. Hans Horn (Waldbröhl), 37. Wolfgang Jaeger (Gelsenkirchen-Buer), 38. Fritz Kollorz (Recklinghausen), 39. Hanskarl von Unger (Duisburg), 40. Georg Gregull (Remscheid), 41. Wilhelm Lieven (Titz), 42. Otti Hüls (Ibbenbüren), 43. Hermann-Josef Schmitz (Willich), 44. Wilhelm Krömer (Petershagen), 45. Dr. Andreas Lorenz (Aachen), 46. Marie-Luise Woldering (Bocholt), 47. Dr. Hans-Jürgen Lichtenberg (Wuppertal), 48. Hermann Kampmann (Hamm), 49. Helmut Harbich (Mönchengladbach), 50. Gudrun Reinhardt (Siegen), 51. Andreas Engelhardt (Wuppertal), 52. Dr. Ottmar Pohl (Köln), 53. Karl-Ernst Strothmann (Gütersloh), 54. Karin Hussing (Herne), 55. Heinrich Meyers (Hamminkeln), 56. Klaus-Dieter Völker (Haan), 57. Paul Mohr (Warburg-Dössel), 58. Rolf Krieger (Wiegburg), 59. Klaus Stallmann (Lünen), 60. Hans-Peter Lindlar (Hennef), 61. Franz-Josef Pangels (Erkelenz), 62. Alfons Löseke (Arnsberg), 63. Regina van Dinther (Wetter), 64. Anne-Hanne Siепенkothen (Düsseldorf), 65. Horst Jäcker (Werdohl), 66. Winfried Schittges (Krefeld), 67. Franz-Josef Britz (Essen), 68. Barbara Wischermann (Bottrop), 69. Manfred Heinemann (Enger), 70. Hans-Helmich van Schewick (Bonn), 71. Heidi Busch (Köln), 72. Wilhelm Riebinger (Lippstadt), 73. Rüdiger Goldmann (Düsseldorf), 74. Werner Schumacher (Kall), 75. Eva-Maria Heidemann (Rahden).

## F.D.P.

1. Dr. Achim Rohde (Neuss), 2. Dr. Horst-Ludwig Riemer (Düsseldorf), 3. Rudolf Wikkel (Bonn), 4. Hagen Tschoeltsch (Neunkirchen), 5. Dagmar Larisika-Ulmke (Fröndenberg), 6. Joachim Schultz-Tornau (Bielefeld), 7. Hans-Joachim Kuhl (Kamp-Lintfort), 8. Friedrich Meyer (Westerkappeln), 9. Wolfram Dorn (Bonn), 10. Andreas Reichel (Köln), 11. Heinz Lanfermann (Oberhausen), 12. Marianne Thomann-Stahl (Paderborn), 13. Michael Ruppert (Wuppertal), 14. Ruth Witteler-Koch (Mönchengladbach), 15. Waltraud Wietbrock (Neunkirchen-S.), 16. Christoph Dammermann (Bielefeld), 17. Siegfried Simon (Hürtgenwald), 18. Dr. Wilfried Richter (Dortmund), 19. Gisela Schlieper (Iserlohn), 20. Ingrid Völcker (Meschede), 21. Professor Dr. Friedrich Gerhard Schwegmann (Münster), 22. Dieter Schweppe (Lübbecke), 23. Werner D. Ludwig (Leverkusen), 24. Dirk Mausbeck (Aachen), 25. Detlef Parr (Heiligenhaus), 26. Irene Wistuba (Kempen), 27. Jürgen Krahl (Bochum), 28. Paul Walter Weber (Schwelm), 29. Heide Broll (Neuss), 30. Gerhard Dirkwinkel (Rietberg-M.), 31. Renate Jeschke (Dülmen), 32. Marietta Werkes (Mönchengladbach), 33. Jutta Goedecke (Lemgo-Brake), 34. Erika Schriek (Bekum), 35. Dr. Ivar Kalinowski (Wolver), 36. Gerda Nauck (Siegen), 37. Beatrix Nigge-meier (Bönen), 38. Ingeborg Krüper (Emsdetten), 39. Gerhard Osthus (Gütersloh), 40. Karin Stein (Duisburg), 41. Jürgen Peußner (Willich), 42. Manfred Weikopf (Krefeld), 43. Rudolf von Oppen (Detmold), 44. Markus Conrads (Rheine), 45. Norbert Gerhard Veldkamp (Duisburg), 46. Johannes Saggel (Willebadessen), 47. Rolf Vanvlodorp (Krefeld), 48. Jürgen Lückhoff (Duisburg), 49. Margret Klostermann (Bocholt), 50. Ingrid Porbeck (Arnsberg), 51. Hubert Lüttgens (Bad Oeynhausen), 52. Alexander Arens (Geseke), 53. Georg Schroeter (Hamm), 54. August Vöcking (Delbrück), 55. Michael Terwiesche (Moers), 56. Doris Schmidt-Enzmann (Mülheim), 57. Dirk Welschar (Minden), 58. Wilhelm Schneider (Werne), 59. Wolfgang Lippert (Witten), 60. Friedhelm Kaufhold (Winterberg), 61. Martin Stähr (Kürten), 62. Ernst Ahlmeyer (Rödinghausen), 63. Claus Jekel (Halle), 64. Rita Rhein (Essen), 65. Ralph Lange (Wesel), 66. Ulrich Marten (Düsseldorf), 67. Katerina König (Hagen), 68. Helmut Jagdfeld (Jülich), 69. Rainer Rottmann (Hiddenhausen), 70. Harald Benninghoven (Ratingen), 71. Dietmar Gorßen (Kleve), 72. Heiko Evers (Ahaus), 73. Gerhard Ameln (Lüdenscheid), 74. Rolf Böing (Herdecke), 75. Roland Gosebruch (Bonn).



## Informationsbesuch des Landtagspräsidenten in der Tschechoslowakei

### Gedankenaustausch mit der Symbolfigur des Prager Frühlings

Zu einem ausführlichen Konsultations- und Informationsbesuch ist der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer (oberes Bild, rechts) in der tschechoslowakischen Hauptstadt Prag von dem neugewählten Präsidenten des Tschechischen Nationalrats, Jaroslav Šafařík empfangen worden.

Im Verlauf des viertägigen Besuchs, bei dem unter anderem Fragen der föderativen und kommunalen Strukturen in beiden Ländern erörtert wurden, fand auch ein Gedankenaustausch mit dem Präsidenten der Föderativen Versammlung der Tschechoslowakei, Alexander Dubček (unteres linkes Bild), statt.

Einen weiteren Höhepunkt stellte der Empfang beim Primator (Oberbürgermeister) der Stadt Prag, Jaroslav Kořán (unteres Bild, rechts), dar, in dessen Verlauf sich Denzer in das Goldene Buch eintrug.



Konsultationen in freundlicher Atmosphäre: Landtagspräsident Denzer mit dem Präsidenten des Tschechischen Nationalrats, Šafařík (links).



Einen Bildband über das neue Landtagsgebäude in Düsseldorf überreichte Denzer Alexander Dubček (linkes Bild). Beim Empfang durch den Oberbürgermeister der Stadt Prag trug sich Denzer in das Goldene Buch ein (rechtes Foto).



### Bilanz des Ausschusses für Innere Verwaltung

Um die innere Sicherheit, den öffentlichen Dienst, den Datenschutz und die der Rechts- und Dienstaufsicht des Innenministers unterstellte Verwaltung ging es in insgesamt 62 Sitzungen des Ausschusses für Innere Verwaltung während der 10. Legislaturperiode.

Dabei wurden auch auswärtige Sitzungen beim Regierungspräsident in Arnsberg, der Polizeiführungsakademie in Münster, der Firma Nixdorf-Computer AG in Paderborn sowie im Kernkraftwerk Würgassen durchgeführt.

Polizei- und Demonstrationsrecht sowie Feuer- und Katastrophenschutz waren Themen von kurzen Informationsreisen nach England bzw. Frankreich. Mit der Kriminali-

tätsbekämpfung, Maßnahmen gegen die organisierte Schwermriminalität, den Organisations- und Kooperationsstrukturen der Polizei befaßte sich eine Kommission des Ausschusses während einer Informationsreise in die USA. Die gleiche Thematik stand auch auf der Tagesordnung einer dreitägigen Arbeitstagung bei verschiedenen Polizeieinrichtungen im Lande Baden-Württemberg.

Das „Gladbecker Geiseldrama“ beschäftigte den Ausschuß in zwei aufeinanderfolgenden ganztägigen Sitzungen, bevor der Landtag die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung des Tathergangs und der Verantwortlichkeit für das blutige Ende beschloß.

Um Nachteile des mittleren feuerwehrtechnischen Dienstes gegenüber anderen Laufbahnen zu beseitigen, änderte der Ausschuß das Landesbeamten-gesetz. Um Maßnahmen der Verfassungsschutzbehörde im Rahmen der Spionageabwehr und zur

Bekämpfung des Terrorismus auf eine einwandfreie Rechtsgrundlage zu stellen und dabei den Datenschutz zu sichern, wurde das Verfassungsschutzgesetz geändert. Eines der wichtigsten Gesetze, die der Ausschuß nach Beratung dem Landtag zur Beschlußfassung vorlegte, war das Gesetz zur Fortentwicklung des Datenschutzes, mit dem insbesondere Konsequenzen aus dem „Volkszählungsurteil“ gezogen wurden.

Novelliert bzw. geändert wurden ferner das Gesetz über die Fachhochschulen für den öffentlichen Dienst, das Meldegesetz, das Gesetz über den Feuerschutz und die Hilfeleistung bei Unglücksfällen und öffentlichen Notständen sowie das Vermessungs- und Katastergesetz. Neben dem Gesetz über die Enteignung und Entschädigung zählte zu den bedeutendsten gesetzgeberischen Aktivitäten die Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen.

# Die Landtagswahl in den 151 Wahlkreisen

(In dieser Tabelle sind die drei während der 10. Legislaturperiode im Landtag vertretenen Parteien berücksichtigt)

Wahlkreis		Kandidatinnen/Kandidaten für die Landtagswahl am 13. Mai 1990			Ergebnisse der Landtagswahl 1985		
					in Prozenten		
Nr.	Name	SPD	CDU	F.D.P.	SPD	CDU	F.D.P.
1	Aachen I	Alt-Küppers, Hans	Bragard, Armin	Mausbeck, Dirk	46,1	39,2	7,0
2	Aachen II	Schultheis, Karl	Lorenz, Dr. Andreas	Steinsieck, Dr. Wolf	47,3	40,2	5,7
3	Kreis Aachen I	Stevens, Martin	Eßer, Alfred	Engelhardt, Bernhard	49,6	41,4	4,9
4	Kreis Aachen II	Vorpeil, Hans	Meulenbergh, Carl	Hirsch, Dr. Karl-Wilhelm	57,0	35,9	3,2
5	Heinsberg I	Fürkötter, Franz-Josef	Dautzenberg, Leo	Solenski, Manfred	36,1	54,5	5,3
6	Heinsberg II	Sondermann, Johannes	Pangels, Franz-Josef	Becker, Felix	45,1	44,8	5,8
7	Düren I	Retz, Adolf	Lieven, Wilhelm	Jagdfeld, Helmut	49,0	42,4	5,3
8	Düren II	Lucas, Manfred	Kaptain, Johannes	Simon, Siegfried	46,0	43,0	7,0
9	Erftkreis I	Poulheim, Bernd	Stump, Werner	Sickinger, Hans	55,5	36,5	4,3
10	Erftkreis II	Schaufuß, Jürgen	Worms, Dr. Bernhard	Engel, Horst Hubertus	53,3	36,1	6,2
11	Erftkreis III-Euskirchen I	Moron, Edgar	Küpper, Heinz	Kaulen, Jens-Uwe	50,4	37,6	7,8
12	Euskirchen II	Kratz, Manfred	Schumacher, Werner	Pankatz, Horst	38,0	49,7	8,1
13	Köln I	Heugel, Dr. Klaus	Esser, Heinz-Christian	Pott, Dr. Elisabeth	52,1	29,3	6,1
14	Köln II	Schultz, Volkmar	Jacobs, Gerhard	Schuch, René	54,6	32,6	7,2
15	Köln III	Kever, Annelie	Ley, Marie-Therese	Lösch, Dr. Hartwig-Malte	49,5	35,3	9,2
16	Köln IV	Rauterkus, Marita	Blömer, Richard	Kunze, Hans-Peter	42,4	38,7	11,1
17	Köln V	Reineke, Donata	Robels-Fröhlich, Marlis	Höhnhen, Dieter	58,3	30,4	5,1
18	Köln VI	Brunn, Anke	Busch, Heidi	Pöttgen, Marlis	55,4	31,9	5,1
19	Köln VII	Vollmann, Dr. Wilhelm	Arentz, Hermann-Josef	Wolf, Manfred	59,4	29,5	5,2
20	Köln VIII	Burger, Norbert	Pohl, Dr. Ottmar	Reichel, Andreas	59,2	29,8	5,2
21	Leverkusen I	Henning, Horst	Monheim, Ursula	Ludwig, Werner	55,9	32,9	6,4
22	Leverkusen II – Rheinisch-Bergischer Kreis I	Jankowski Siegfried	Reul, Herbert	Drewing, Mathilde	51,0	34,7	8,6
23	Rheinisch-Bergischer Kreis II	Falk, Hildegard	Hahn, Dr. Rolf	Stahr, Martin	41,9	43,3	9,4
24	Rheinisch-Bergischer Kreis III	Jochimsen, Prof. Dr. Reimut	Opladen, Maria-Theresia	Berlin, Hans-Joachim	44,1	39,7	9,9
25	Oberbergischer Kreis I	Kern, Hans	Biesenbach, Klaus-Peter	Sensburg, Wolfgang	45,6	42,6	6,8
26	Oberbergischer Kreis II	Heidtmann, Hermann	Horn, Dr. Hans	Stock, Albrecht	48,4	40,9	6,2
27	Rhein-Sieg-Kreis I	Frechen, Stefan	Lindlar, Hans-Peter	Wietbrock, Waltraud	45,0	41,7	8,1
28	Rhein-Sieg-Kreis II – Bonn I	Hagemann, Inge	Riscop, Franz	Schenk, Christoph	(Rh.-Sieg-Kreis II)		
29	Rhein-Sieg-Kreis III	Sielaff, Rüdiger	Keller, Ilka	Buse, Dr. Michael	39,2	44,8	10,7
30	Rhein-Sieg-Kreis IV	Jaax, Hans	Krieger, Rolf	Finke, Rudolf	35,5	48,6	10,7
31	Bonn II	Grünberg, Bernhard von	Schewick, Heinz-Helmich van Hieronymi, Ruth	Wickel, Rudolf	49,3	40,0	6,2
32	Bonn III	Gebauer-Nehring, Gisela		Dorn, Wolfram	38,1	41,8	11,1
33	Wuppertal I	Herder, Uwe	Lichtenberg, Dr. Hans-Jürgen	Ruppert, Michael	38,1	44,9	11,0
34	Wuppertal II	Grätz, Reinhard	Möllmann, Dr. Ulrich	Bock, Hans-Hermann	52,7	31,8	9,3
35	Wuppertal III	Rau, Dr. Johannes	Appelt, Jutta	Tischer, Dr. Erika	54,9	29,7	7,8
36	Wuppertal IV	Dedanwala, Vera	Kriesche, Klaus	Paschedag, Jörg	56,2	30,0	7,9
37	Remscheid	Schumacher, Robert	Gregull, Georg	Voss, Arno	58,5	29,7	6,9
38	Solingen I	Walsken, Ernst-Martin	Schwericke, Dr. Jürgen	Voss, Arno	53,3	34,7	7,2
39	Solingen II	Rothstein, Erika	Teschner, Dr. Helmut	Freund, Ulrich	52,3	34,0	8,5
40	Mettmann I	Friebe, Ingeborg	Engelhard, Andreas	Dorten, Horst	48,6	36,0	9,5
41	Mettmann II	Drese, Wolfgang	Völker, Klaus-Dieter	Gassen, Rolf	50,6	37,2	6,9
42	Mettmann III	Kraft, Dr. Hans	Besta, Jutta	Parr, Detlef	48,4	35,5	10,4
43	Mettmann IV	Grevenor, Walter	Sträßer, Martin	Benninghoven, Harald	48,5	37,6	8,7
44	Düsseldorf I	Schnoor, Dr. Herbert	Hardt, Heinz	Daemgen, Dr. Michael	54,7	34,4	5,9
45	Düsseldorf II	Boulboulle, Carla	Philipp, Beatrix	Riemer, Dr. Horst-Ludwig	47,3	38,6	9,1
46	Düsseldorf III	Flessenkemper, Bernd	Siepenkothen, Anne-Hanne	Rohde, Dr. Achim	49,2	35,2	9,3
				Marten, Ulrich	58,2	31,0	5,2

Wahlkreis		Kandidatinnen/Kandidaten für die Landtagswahl am 13. Mai 1990			Ergebnisse der Landtagswahl 1985		
					in Prozenten		
Nr.	Name	SPD	CDU	F.D.P.	SPD	CDU	F.D.P.
47	Düsseldorf IV	Büssow, Jürgen	Schlenzok, Rainer	Brinkmann, Klaus-Dieter	54,8	34,6	5,9
48	Düsseldorf V	Mayer, Manfred Ludwig	Klingner, Raimund	Jäger, Erika	50,8	34,8	6,4
49	Düsseldorf VI	Speth, Brigitte	Erwin, Joachim	Orth, Robert	46,5	37,4	9,7
50	Neuss I	Farthmann, Prof. Dr. Friedhelm	Zellnig, Siegfried	Broll, Heide	44,4	43,9	6,8
51	Neuss II	Hilgers, Heinz	Hoffmann, Peter-Olaf	Schuchert, Reinhold	47,8	41,3	5,9
52	Neuss III	Heckelmann, Erich	Daners, Peter	Hermanns, Manfred	48,6	42,2	5,2
53	Neuss IV	Holtmeier, Uta	Klose, Dr. Hans-Ulrich	Boestfleisch, Walter	39,5	44,8	10,4
54	Mönchengladbach I	Jansen, Hermann	Bähren, Ulrich	Werkes, Marietta	48,8	38,3	7,7
55	Mönchengladbach II	Dohmen, Marianne	Harbich, Helmut	Witteler-Koch, Ruth	41,8	44,2	8,2
56	Viersen I	Morawietz, Marie-Luise	Schmitz, Hermann-Josef	Peußner, Jürgen	44,2	43,4	7,3
57	Viersen II	Klaps, Hans	Alsdorf, Rudolf-Hans	Wistuba, Irene	42,8	44,7	7,7
58	Krefeld I	Gerritz, Dr. Eugen	Schraps, Dr. Annemarie	Weikopf, Manfred	51,0	37,6	5,8
59	Krefeld II	Kupski, Helmut	Schittges, Winfried	Vanvlodorp, Rolf	47,8	41,2	6,1
60	Kleve I	Holzhauser, Albert	Linssen, Dr. Helmut	Stückemann, Detlef	37,0	52,9	5,8
61	Kleve II	Hendricks, Dr. Barbara	Giltjes, Norbert	Gorißen, Dietmar	41,9	47,1	5,7
62	Wesel I	Sohns, Eberhard	Kamps, Heinz-Peter	Kuhl, Hans-Joachim	56,8	34,0	4,8
63	Wesel II	Hovest, Ludger	Meyers, Heinrich	Lange, Ralph	46,7	42,6	6,3
64	Wesel III	Vöge, Horst	Meyer, Hans-Dieter	Benninghoff, Bernhard	63,5	25,6	5,9
65	Wesel IV	Apostel, Rudolf	Hemkens, Wolfgang	Terwiesche, Michael	65,9	24,2	5,2
66	Duisburg I	Kann, Charlotte	Quensell, Jürgen	Ellerbrock, Holger	64,8	27,2	3,6
67	Duisburg II	Meyer-Schiffer, Gisela	Hall, Karl van	Stein, Karin	60,8	28,7	4,4
68	Duisburg III	Bruckschen, Manfred	Unger, Hanskarl von	Junk, Rudolf	67,3	24,1	4,0
69	Duisburg IV	Hofmann, Friedrich	Wendt, Rainer	Lückhoff, Jürgen	73,3	20,4	2,4
70	Duisburg V	Pflug, Hans	Sauerland, Adolf	Veldkamp, Norbert Gerhard	71,6	22,1	2,3
71	Oberhausen I	Dammeyer, Dr. Manfred	Wagner, Hans	Runkler, Hans-Otto	66,4	26,0	3,4
72	Oberhausen II	Schleußer, Heinz	Matthäus, Hildegard	Lanfermann, Heinz	66,4	25,7	3,5
73	Mülheim I	Weber, Günter	Schlebusch, Hans-Martin	Schmidt-Enzmann, Doris	63,8	25,3	5,4
74	Mülheim II	Hornbach, Bodo	Püll, Franz	Resing, Klaus	56,3	29,4	7,4
75	Essen I	Radtke, Horst	Lingenberg, Dr. Dieter	Funcke, Heinz-Peter	62,9	27,2	3,7
76	Essen II	Thulke, Jürgen	Küppers, Hans-Heiner	Haberland, Frank	64,5	28,2	2,9
77	Essen III	Wolf, Gerd-Peter	Kutzner, Uwe	Raitz, Wolfgang	74,8	20,0	1,7
78	Essen IV	Gorlas, Johannes	Britz, Franz-Josef	Rhein, Rita	65,5	26,6	3,2
79	Essen V	Pazdziora-Merk, Jarka	Goldkuhle, Josef	Veltmann, Gerhard	56,1	31,6	5,9
80	Essen VI	Berger, Heidi	Kuhmichel, Manfred	Waegemann, Gerhard	48,5	37,7	8,0
81	Recklinghausen I	Kasperek, Dr. Bernhard	Fromm, Hans	Boos, Franz	56,9	34,0	4,3
82	Recklinghausen II	Degen, Manfred	Kollorz, Fritz	Haase, Christian	66,1	24,7	3,8
83	Recklinghausen III	Rusche, Karl-Heinz	Roters, Bernward	Decka, Detlef	58,0	33,0	3,5
84	Recklinghausen IV	Sommerfeld, Horst	Geck, Ulrike	Weber, Gabriele	63,3	28,7	3,0
85	Recklinghausen V	Marmulla, Helmut	Hegemann, Lothar	Schaefer, Günter	60,7	30,1	3,7
86	Recklinghausen VI	Braun, Manfred	Arning, Jürgen	Heinze, Hermann	66,8	25,5	2,9
87	Gelsenkirchen I	Frey, Hans	van der Meer, Peter	Konradt, Manfred	66,7	25,7	2,6
88	Gelsenkirchen II	Reinhard, Egbert	Jaeger, Wolfgang	Smith, Martin Robert	69,2	23,5	2,4
89	Gelsenkirchen III	Werthmann, Ellen	Meurer, Joachim	Neubelt, Klaus	67,9	24,2	2,5
90	Boitrop	Strehl, Klaus	Wischermann, Barbara	Rastetter, Klaus	62,8	29,2	2,9
91	Borken I	Spangenberg, Günter	Kruse, Heinrich	Klostermann, Margret	40,5	51,9	3,7
92	Borken II	Musholt, Joachim	Nagel, Karl	Kipp, Josef	29,7	61,1	4,6
93	Borken III	Krause, Herbert	Skorzak, Franz	Evers, Heiko	36,2	55,7	4,3
94	Coesfeld I	Ridder-Melchers, Ilse	Wegener, Karl	Jeschke, Renate	36,1	53,1	5,3
95	Steinfurt I — Coesfeld II	Schwall-Düren, Angelica	Brüning, Hannelore	Conrads, Markus	36,9	51,4	5,7
96	Steinfurt II	Hemker, Reinhold	Wilp, Josef	Krüper, Ingeborg	44,8	44,1	5,9
97	Steinfurt III	Sieg, Gunther	Hüls, Otti	Meyer, Friedrich	50,8	37,5	6,7
98	Münster I	Feldhaus, Bernd	Twenhöven, Dr. Jörg	Schwegmann, Prof. Dr. Friedrich Gerhard	39,7	40,7	8,6
99	Münster II	Garbe, Anne	Volkert, Karl-Heinz	Puchalla, Manfred	42,7	40,0	7,5
100	Warendorf I	Zumhasch, Ursula	Leifert, Albert	Traue, Rolf	39,1	48,8	6,7
101	Warendorf II	Harms, Günter	Reckers, Bernhard	Schriek, Erika	48,7	42,1	4,4



Wahlkreis		Kandidatinnen/Kandidaten für die Landtagswahl am 13. Mai 1990			Ergebnisse der Landtagswahl 1985		
					in Prozenten		
Nr.	Name	SPD	CDU	F.D.P.	SPD	CDU	F.D.P.
102	Gütersloh I	Stolper, Peter	Balke, Franz-Josef	Dirkwinkel, Gerhard	36,0	53,5	6,1
103	Gütersloh II	Jentsch, Jürgen	Strothmann, Karl-Ernst	Osthus, Gerhard	45,8	40,7	7,2
104	Gütersloh III	Schwier, Hans	Consbruch, Heinrich	Jekel, Klaus	48,3	38,9	6,9
105	Bielefeld I	Gießelmann, Helga	Heinemann, Manfred	Schultz-Tornau, Joachim	52,5	33,5	6,8
106	Bielefeld II	Hunger, Heinz	Strunkmann-Meister, Axel	Buschmann, Harald	51,1	32,4	6,7
107	Bielefeld III	Brunemeier, Dr. Bernd	Helling, Detlef	Seidenberg, Thomas	52,4	34,3	6,8
108	Herford I	Meyer zur Heide, Günter	Manz, Christian	Rottmann, Rainer	53,4	35,6	5,8
109	Herford II	Schnepel, Karl-Heinz	Dreyer, Heinrich	Ahlmeyer, Ernst	58,1	31,2	5,9
110	Minden-Lübbecke I	Krumsiek, Dr. Rolf	Heidemann, Eva	Schweppe, Dieter	49,1	41,4	5,6
111	Minden-Lübbecke II	Trinius, Reinhold	Faber, Wolfgang	Lüttgens, Hubert	54,7	32,5	7,9
112	Minden-Lübbecke III	Rohe, Hans	Krömer, Wilhelm	Welschar, Dirk	57,3	29,2	7,8
113	Lippe I	Steinkühler, Horst	Dittmar, Karl	Dammermann, Christoph	53,2	33,4	8,0
114	Lippe II	Wilmbusse, Reinhard	Mühlenmeier, Ralf	Goedecke, Jutta	57,7	30,5	6,5
115	Lippe III	Böcker, Manfred	Paus, Heinz	Oppen, Rudolf von	51,8	33,9	8,3
116	Höxter	Ludwig, Hannelore	Rüsenberg, Antonius	Saggel, Johannes	34,9	55,3	5,3
117	Paderborn I	Becker, Heinrich	Lüke, Wilhelm	Vöcking, August	30,4	60,2	5,1
118	Paderborn II	Bitterberg, Günter	Wächter, Gerhard	Thomann-Stahl, Marianne	34,8	52,3	6,9
119	Hagen I	Kramps, Wilfried	Diegel, Helmut	König, Katarina	58,9	31,4	4,7
120	Hagen II	Haak, Dr. Dieter	Fischer, Dr. Hans-Dieter	Bunte, Gerhard	54,1	33,5	6,4
121	Ennepe-Ruhr-Kreis I	Niggeloh, Lothar	Kuckart, Leonhard	Weber, Paul Walter	57,7	30,7	6,6
122	Ennepe-Ruhr-Kreis II	Schmidt, Ulrich	Dinther, Regina van	Böing, Rolf	60,5	28,3	5,5
123	Ennepe-Ruhr-Kreis III	Kessel, Dietrich	Meyer, Laurenz	Lippert, Wolfgang	65,9	23,6	4,3
124	Bochum I	Stüber, Ernst-Otto	Konrad, Christoph	Krahl, Jürgen	70,2	22,0	2,5
125	Bochum II	Aigner, Georg	Posdorf, Prof. Dr. Horst	Oligmüller, Dietrich	60,2	27,7	5,1
126	Bochum III	Wirtz, Heinz	Hundrieser, Helga	Eschbach, Hans-Ulrich	63,3	27,5	3,4
127	Bochum IV	Fischer, Birgit	Zehnter, Gerhard	Abrakat, Lothar	64,0	27,1	3,2
128	Herne I	Gorcitza, Gabriele	Hussing, Karin	Wolko, Nobert	67,2	25,2	2,7
129	Herne II	Hellwig, Helmut	Müller, Friedhelm	Kondering, Jürgen	68,9	23,8	2,4
130	Dortmund I	Heinemann, Hermann	Gurske, Nobert	Schreiber, Stefan	62,6	27,0	2,9
131	Dortmund II	Pfänder, Erwin	Decking-Schwill, Brunhild	Richter, Dr. Wilfried	59,3	28,7	4,8
132	Dortmund III	Wendzinski, Gerhard	Hovermann, Hans-Georg	Artmann, Beatrice- Gabriela	71,7	21,5	2,4
133	Dortmund IV	Champignon, Bodo	Prochnow, Edgar	Sodenkamp, Daniel	66,6	25,3	3,0
134	Dortmund V	Böse, Karl	Menge, Hans-Joachim	Wenzel, Nobert	61,2	27,1	5,4
135	Dortmund VI	Kniola, Franz-Josef	Erpenbeck, Bernd	Stratenwerth, Klaus- Eberhard	62,5	26,2	5,0
136	Unna I	Schreiber, Friedrich	Bensmann, Peter	Larisika-Ulmke, Dagmar	57,1	30,6	6,4
137	Unna II	Kuschke, Wolfram	Stallmann, Klaus-Dieter	Schneider, Wilhelm	57,8	34,3	3,1
138	Unna III – Hamm I	Matthiesen, Klaus	Kissing, Heinrich	Niggemeier, Beatrix	65,9	25,5	4,0
139	Hamm II	Hemmer, Manfred	Kampmann, Hermann	Schroeter, Georg	59,6	32,4	3,9
140	Soest I	Heemann, Brigitta	Uhlenberg, Eckhard	Kalinowski, Dr. Ivar	44,5	44,3	6,3
141	Soest II	Brülle, Heinz-Karl	Riebniger, Wilhelm	Arens, Alexander	45,3	44,5	5,4
142	Hochsauerlandkreis I	Westermann, Jochen	Lösecke, Alfons	Porbeck, Ingrid	45,4	44,5	5,7
143	Hochsauerlandkreis II	Müller, Rainer	Langen, Günter	Kaufhold, Friedhelm	37,5	52,9	5,3
144	Hochsauerlandkreis III – Siegen-Wittgenstein I	Völkel, Karl-Ludwig	Knipschild, Karl	Vöcker, Ingrid	42,6	47,2	6,1
145	Siegen-Wittgenstein II	Moritz, Hans-Dieter	Reinhard, Gudrun	Tschoeltsch, Hagen	52,6	36,9	6,3
146	Siegen-Wittgenstein III	Mernizka, Loke	Jartwig, Dr. Bernd	Nauck, Gerda	55,1	32,4	7,4
147	Olpe	Lehwald, Gisela	Schauerte, Hartmut	Gosebruch, Roland	35,8	57,4	3,8
148	Märkischer Kreis I	Wirth, Gerd	Jäcker, Horst	Brodersen, Kai-Uwe	57,3	33,1	6,0
149	Märkischer Kreis II	Schmid, Irmgard	Neuhaus, Walter	Ameln, Gerhard	52,7	36,3	6,7
150	Märkischer Kreis III	Einert, Günther	Lindner, Helmut	Schlieper, Gisela	50,5	38,8	5,9
151	Märkischer Kreis IV	Müller, Hagen	Böckelmann, Petra	Ebbinghaus, Walter	46,4	44,2	5,1

## Stellvertretend für alle scheidenden Abgeordneten: Heinrich Meuffels

### Beim Abschied Hoffnung auf „Friedensmacht Europa“

Viele Abgeordnete scheiden mit dem Ende der 10. Wahlperiode aus dem Landtag aus. Unter ihnen ist auch Heinrich Meuffels (CDU), der mit 24 Parlamentsjahren zu den Parlamentariern zählt, die am längsten dem Landtag angehört haben. Von Kollegen auch aus den anderen Fraktionen wegen seiner Rechtschaffenheit und seiner geradlinigen Art geschätzt, soll Meuffels, Realschullehrer a. D. und Vater von zehn Kindern, stellvertretend für alle stehen, die Abschied nehmen:

*Ein Anpasser ist er wahrlich nicht — während seiner 24jährigen Parlamentstätigkeit las der CDU-Landtagsabgeordnete Heinrich Meuffels aus Geilenkirchen nicht nur den Sozialdemokraten die Leviten, auch seine eigene Fraktion tadelte er des öfteren. Mit dem damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Heinz Kühn zählte er 1974 zu den vehementesten Gegnern der Errichtung von Spielbanken im Lande und vier Jahre später kämpfte er ebenso engagiert gegen eine auch von der Opposition unterstützte üppige Diätenerhöhung. Und der Vater von zehn Kindern wettete schließlich gegen Geißlers „Leisetreterei zum Paragraph 218“. Seine mit großer Leidenschaft im Düsseldorfer Landtag vorgebrachten schulpolitischen Reden sind heute noch in Erinnerung. Leisetreterei und Anpassung an den Zeitgeist sind dem heute 63jährigen nach eigenem Bekunden immer ein Greuel gewesen.*

*Diese Charaktereigenschaft wurde zweifellos von Elternhaus, Kriegsjahren und deren Nachwehen bestimmt. Als Sohn eines Fabrikarbeiters und überzeugten Zentrumsangehörigen geboren, meldete sich Heinrich Meuffels beispielsweise als 14jähriger zur freiwilligen Feuerwehr, um nicht Mitglied der Hitlerjugend zu werden. Es folgten Flackeinsatz und englische Kriegsgefangenschaft. Sein späteres Studium finanzierte er sich mit Schreiner- und Schlosserarbeiten. Anschließend absolvierte er die Staatsprüfung für das Lehramt an Realschulen. 1975 mußte der Pädagoge gemäß Landesrechtstellungsgesetz in den Ruhestand treten.*

*Aus seiner Grundhaltung heraus, das öffentliche Leben auch nach christlichen Grundsätzen zu gestalten, war es für den gebürtigen Birgdenener eine Selbstverständlichkeit, in die CDU einzutreten (1948). Inzwischen steht er bereits 25 Jahre dem Kreisverband Heinsberg seiner Partei vor. Bodenständig, gilt sein Engagement seit Jahrzehnten auch*



Heinrich Meuffels

*der Kommunalpolitik. Einer seiner größten Erfolge war Anfang der siebziger Jahre, als es ihm gelang, die drohende Zerstückelung seiner Heimatregion, des Selfkantkreises Geilenkirchen-Heinsberg, zu verhindern.*

*1966 erstmals in den Landtag gewählt, konnte der CDU-Abgeordnete dank guter Wahlergebnisse, ja von der rheinischen Union mit den besten, ein hohes Maß an Unabhängigkeit für sich in Anspruch nehmen. „Ich galt als einer der Eigenwilligsten in der Fraktion und im Landtag, geachtet und verspottet“, resümiert der Christdemokrat heute. Und nicht ohne gewissen Stolz fügt er hinzu: „Was mich immer belastet und bedrückt hat, ist die Erfahrung, daß meine Vorschläge und Meinungen erst Jahre spä-*

*ter anerkannt wurden.“ Als Beispiel nennt der entschiedene Gegner der Gesamtschule die heutige Bestätigung der Erziehungswissenschaftler, daß kleine Schulen leistungsfähig seien. Die Gesamtschule hält der Pädagoge für eine „gutgemeinte Illusion“. Die innere Differenzierung werde in ihr nicht gemeistert, und damit sei deren Leistungsfähigkeit nicht gewährleistet.*

*Der CDU-Abgeordnete gehörte während seiner Parlamentszugehörigkeit einer Reihe von Ausschüssen in teils führender Position an. Als Europa-Beauftragter seiner Fraktion und Mitglied der Euregio Maas-Rhein setzte sich Heinrich Meuffels in der Vergangenheit engagiert für ein vereintes Europa ein. Ein vereintes Europa, demokratisch und stark, könnte einmal die „große Friedensmacht“ dieser Erde sein.*

*Der Christdemokrat, dessen Geradlinigkeit und Fairneß auch bei seinen politischen Widersachern wiederholt Anerkennung fanden, scheidet ohne Wehmut aus dem Landtag. Die Begründung gibt er schonungslos offen: „Ich bin ein Mensch, der sich gern mit Grundsätzlichem auseinandersetzt und seine Zeit nicht mit Kleinkrämerei vergeudet. Die Alltagsarbeit im Landtag wird aber immer mehr von Kleinkram beherrscht.“ Und Heinrich Meuffels freut sich, wieder über seine Zeit selbst verfügen zu können und nicht mehr vom Terminkalender „verplant“ zu werden. Langeweile wird er sicherlich nicht haben. Schließlich hat der Geilenkirchener ein ungewöhnliches Hobby — Holzschnitzerei. Schon als 18jähriger schnitzte er ein Kreuzifix... Jochen Jurettko*

## Kindergartenerziehung

Der Haushalts- und Finanzausschuß des Landtags hatte dem Plenum eine Beschlussempfehlung zur Anschlußförderung des Modellversuchs „Natur und Umwelt in der Kindergartenerziehung“ als Gemeinschaftsaufgabe nach Artikel 91b Grundgesetz vorgelegt. Das Parlament stimmte ohne Debatte zu (Drs. 10/5308 und 2669).

## Wissenschaft und Forschung: Ringen um Zukunft der Hochschulstruktur

*Mit der Novellierung des nordrhein-westfälischen Hochschulrechts, durch die weitreichende Änderungen des Wissenschaftlichen Hochschulgesetzes und des Fachhochschulgesetzes beschlossen worden sind und die schließlich auch die Schaffung eines eigenen Kunsthochschulgesetzes mit der Errichtung dreier neuer Kunsthochschulen bedeutete, hat der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung in der 10. Legislaturperiode einen wesentlichen Teil an gesetzgeberischer Arbeit bewältigt.*

In der Frage der Entwicklung der Zukunft unserer Hochschulstruktur, einem durchgängigen Beratungsthema im Ausschuß, wurden wichtige Strukturentscheidungen getroffen. Die Umsetzung hochschulstruktureller Vorhaben im Zusammenhang mit dem Hochschulperspektivplan 2001 der Landesregierung beschäftigte den Ausschuß für Wissen-

schaft und Forschung nicht nur schwerpunktmäßig im Rahmen seiner Haushaltsberatungen (wie etwa das Problem der sogenannten „aufgabenkritischen Überprüfung des Personalbestandes“), sondern auch speziell in gesetzgeberischer Hinsicht.

In diesem Bereich war neben dem Kunsthochschulgesetz auch Beratungsgegenstand das Hochschuländerungsgesetz, das Neuordnungen im Fachhochschulbereich und die Einstellung von Studiengängen zur Folge hatte, sowie die Vierte Verordnung zur Sicherung der Aufgaben im Hochschulbereich. Auch diese, die Umstrukturierung der Studienangebote der Hochschulen beinhaltende Rechtsverordnung der Landesregierung, die der Zustimmung des Ausschusses unterlag, nahmen die Parlamentarier zum Anlaß, eine ausführliche Anhörung der hier von betroffenen Hochschulen durchzuführen.

Daß der Ausschuß besonderen Wert auf den unmittelbaren Kontakt zu den Hochschulen und sonstigen Betroffenen legte, hat er nicht nur in seinen zahlreichen Hearings im Zusammenhang mit seinen Gesetzberatungen unter Beweis gestellt, deren Ergebnisse im übrigen oftmals entscheidend die weitere Behandlung von Gesetzesentwürfen beeinflusst haben.

Er hat vielmehr auch zu wichtigen grundsätzlichen Problemfeldern die Hochschulen und sonstige Sachverständige mit ihren Meinungen und Vorschlägen zu Wort kommen lassen. So in den Hearings zu den Perspektiven der Hochschulentwicklung, der Weiterentwicklung der Fachhochschulen zu Technologiezentren, dem Hochschulplan 2001 der Landesregierung, zum Problem der an die Bedürfnisse der Entwicklungsländer angepaßten Technik und zur Zukunftsperspektive Design.

## SPD: In vorbildlicher Weise wurde ein umfassender Strukturwandel ohne soziale Brüche eingeleitet

Die Hannover Messe Industrie ist seit jeher ein „Seismograph“ für die Wirtschaftskraft eines Landes. Bei der diesjährigen Messe, die bis zum 9. Mai stattfindet, ist Nordrhein-Westfalen mit 1210 Ausstellern vertreten. Damit nehmen wir den ersten Platz vor Baden-Württemberg und Bayern ein. Insgesamt zeigen über 6000 Aussteller aus 51 Staaten Zukunftstechnologie. Wir in Nordrhein-Westfalen mischen an der Spitze mit.

Da wird deutlich, welcher enorme Wandel sich an Rhein und Ruhr vollzogen hat. Wir sind längst nicht mehr das Land von Kohle und Stahl, sondern eine hochmoderne Industrielandschaft mit Kohle und Stahl. Es gibt keine vergleichbare Industrieregion auf der Welt, wo in solch vorbildlicher Weise wie bei uns ein umfassender Strukturwandel ohne soziale Brüche eingeleitet wurde.

Sozialdemokratische Politik hat dafür in den letzten zehn Jahren die Weichen gestellt. Mit unserer „Zukunftsinitiative Montanregionen“, kurz ZIM, kam neuer Schwung in die traditionell vom Bergbau und vom Stahl geprägten Reviere. Die Menschen in den Montanregionen schöpften neue Hoffnung. Neue Betriebe siedelten sich an. Die nordrhein-westfälische Wirtschaft exportierte letztes Jahr 11,5 Prozent mehr als im bisherigen Rekordjahr 1988. Wir sind mit einem Anteil von 26 Prozent das exportstärkste Bundesland. Seit 1985 sind bei uns über 400 000 neue Arbeitsplätze entstanden. Jetzt wird ZIM durch ZIN, die „Zukunftsinitiative für die Regionen Nordrhein-Westfalens“ ergänzt und fortgeführt.

Es besteht kein Zweifel: Nordrhein-Westfalen hat den Aufbruch aus eigener Kraft geschafft. „Alle Trends in NRW weisen nach oben“, schrieb die „Welt am Sonntag“ schon am 7. Mai 1989. Industrie und Handwerk bestätigen die positive Stimmung in allen Regionen unseres Landes. Nordrhein-Westfalen ist auch Spitzenreiter bei ausländischen Direktinvestitionen — vor allem aus Japan. Beim Wohnungsbau stehen wir ebenfalls an der Spitze. In diesem Jahr fördert das Land den Bau von 26 700 neuen Sozialwohnungen. Damit brechen wir einen Rekord, den wir schon 1989 aufgestellt haben. Wir stellen mehr Geld für den Wohnungsbau bereit als die Bundesregierung für die ganze Republik.

Die gestiegene Nachfrage nach Kindergartenplätzen soll befriedigt werden. In diesem Jahr stellt das Land 50 Prozent mehr Geld für Kindergärten zur Verfügung als zu Beginn der Legislaturperiode. Damit schaffen wir allein in diesem Jahr 18 000 neue Kindergartenplätze und rund 2000 Tagesplätze für Kinder anderer Altersklassen.

Bei den Landeshilfen für alte Menschen wurde ein neuer Schwerpunkt geschaffen. 1000 neue Kurzzeitpflegeplätze sollen Familien entlasten, die alte Menschen bei sich zu Hause pflegen.

Ein Schwerpunkt der nächsten Legislaturperiode wird die Bildungspolitik sein. Vor allem die hohe Zahl von Aus- und Übersiedlerkindern hat die Unterrichtssituation an unseren Schulen verschärft. Das Land hat darauf reagiert. Zur Verbesserung der Situation werden mit dem Landeshaushalt 1990 an den Schulen

### SPD-Fraktion

#### 1985—1990

**Dieser Bericht liegt in der alleinigen Verantwortung der SPD-Fraktion**

760 Stellen bereitgestellt, um rund 3000 Lehrerinnen und Lehrer in Teilzeitarbeit mit nunmehr voller Pflichtstundenzahl zu beschäftigen. Ferner können an öffentlichen Schulen in diesem Jahr insgesamt 2680 Lehrer neu eingestellt werden. Somit erfolgen Neueinstellungen und Aufstockungen im Umfang von zusammen 3440 Stellen. Daneben werden 200 neue Stellen an Ersatzschulen bezuschusst. Die meisten neuen Lehrer sind für die Grundschulen vorgesehen.

Weil die Zahl der Lehrer in der Vergangenheit stets gestiegen ist, dennoch heute Unterrichtsausfall beklagt wird, will die SPD-Landtagsfraktion gleich zu Beginn der nächsten Legislaturperiode über die Neuorganisation des Schulwesens in Nordrhein-Westfalen beraten.

Ein weiterer Schwerpunkt sozialdemokratischer Politik für Nordrhein-Westfalen bleibt der Umweltschutz. In unserem Land werden fast 50 Prozent der elektrischen Energie der ganzen Bundesrepublik erzeugt. Das sichert Arbeitsplätze, schafft aber auch Belastungen. Darauf haben wir reagiert. Moderne Filter ver-

minderten die Schwebstäube um 62 Prozent, die Belastung durch Cadmium-Verbindungen um 72 Prozent und die Bleiverbindungen um 75 Prozent.

Von den 70 000 Kilometern Fließgewässern unseres Landes sind 95 Prozent in die Güteklasse I und II eingeordnet. Das heißt, sie sind nicht mehr oder nur noch schwach belastet. Die Belastung der Gewässer mit Schwermetallen ist erheblich zurückgegangen; zum Beispiel im Rhein bei Zink um 81 Prozent, bei Chrom um 89 Prozent, bei Kupfer um 90 Prozent und bei Blei um 69 Prozent.

Diese Fortschritte verdanken wir vor allem einer dynamischen Entwicklung der Umwelttechnik hiezulande. In der Umweltindustrie nimmt Nordrhein-Westfalen einen Spitzenplatz ein. Mehr als 1000 überregional bedeutsame Unternehmen bieten Produkte für diesen wichtigen Markt an. Der Umweltschutz und die Produktion von Umweltschutzgütern beschäftigen heute in unserem Land über 100 000 Arbeitnehmer. Ihre Zahl nimmt ständig zu.

Die nordrhein-westfälischen Unternehmen leisten mehr für den Umweltschutz als die Unternehmen anderer Bundesländer. 9,7 Prozent ihrer Gesamtinvestitionen dienen dem Umweltschutz. Bundesweit liegt dieser Anteil nur bei 6,3 Prozent; Bayern 5,5 und Baden-Württemberg 3,2 Prozent.

Die Hälfte aller Investitionen in den Bereichen Luftreinhaltung und Lärmschutz, 40 Prozent aller Investitionen im Bereich der Abfallbeseitigung und ein Drittel aller Investitionen für den Gewässerschutz im Bundesgebiet werden von Unternehmen in unserem Land vorgenommen.

Umweltschutz ist — vor allem auch vor dem Hintergrund des EG-Binnenmarktes — ein Zukunftsmarkt für Milliarden. Bundesweit wird bis zum Jahr 2000 mit einem Investitionsvolumen von 230 Milliarden Mark gerechnet. Umweltschutz ist nicht nur unverzichtbar für eine lebenswerte Zukunft, er stellt auch eine große industrie-, wirtschafts-, forschungs- und arbeitsmarktpolitische Chance dar.

Die ökologische und ökonomische Erneuerung bleibt ein zentrales Thema sozialdemokratischer Politik in Nordrhein-Westfalen. Bis 1995 machen wir unser Land zur saubersten Industrieregion der Welt.

# CDU: Aufschwung im Land Nordrhein-Westfalen erfolgte dank Initiativen der Opposition

Wenn eine Bilanz der Politik der letzten fünf Jahre zu ziehen ist, fällt für die Regierenden im Lande und die sie tragende Fraktion wahrlich nicht positiv aus. Denn wir müssen feststellen, daß in Nordrhein-Westfalen 150 000 Kindergartenplätze fehlen, jährlich 200 000 neue Wohnungen zu wenig gebaut werden, daß in Nordrhein-Westfalen jede Woche 300 000 Unterrichtsstunden ausfallen, die Hörsäle und Universitäten in unserem Lande hoffnungslos überfüllt sind und die Landesregierung nach wie vor kein Konzept hat, wie unsere Müllberge entsorgt werden sollen.

Dies gehört zur Realität der Situation in unserem Lande. Es war schon ein trauriges Eingeständnis, wenn dem Ministerpräsident in einer Debatte der letzten Jahre zur Politik der Landesregierung kein besseres Wort eingefallen ist, als das Wort von der „fidelen Resignation“. So stellte sich für die Opposition die Frage, gleichen wir dieser inneren Einstellung — fidele Resignation — an, oder haben wir die Kraft, der Politik im Lande eine andere Richtung zu geben. Wir haben uns für das zweite entschieden und damit entscheidende Weichen für den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes gestellt.

Ohne die CDU-Fraktion hätte es keine Mikat-Kommission gegeben. Die Mikat-Kommission ist das Werk der Opposition. Sie hat die Notwendigkeit für konkrete Maßnahmen des Strukturwandels aufgezeigt, die die Landesregierung trotz der geballten Kraft ihrer Administration nicht erkannt hat. Ohne uns wäre die Kohlerunde nicht zustande gekommen. Ohne uns hätte es den Hüttenvertrag nicht gegeben. Ohne die CDU hätte es die Ruhrgebietskonferenz mit Bundeskanzler Helmut Kohl nicht gegeben, die der zentrale Ausgangspunkt für den beginnenden Strukturwandel im Ruhrgebiet geworden ist. Denn in der Ruhrgebietskonferenz hat der Bundeskanzler für den Bund die Bereitschaft erklärt, den notwendigen Strukturwandel über das ohnehin schon Geleistete hinaus zu unterstützen und zu beschleunigen. Inzwischen mobilisierte die Bundesregierung zusätzliche Finanzmittel von insgesamt über einer Milliarde Mark. Der Freihafen Duisburg, eines der zentralen Anliegen der CDU im Wahlkampf 1985, wurde im Zuge der Ruhrgebietskonferenz verwirklicht. Trotz dieser Initiative versickert jedoch viel Wirtschaftskraft im unübersehbaren Dickicht der zahllosen Landesprogramme.

Die CDU-Landtagsfraktion hat sich über die Jahre hinweg für eine völlige Neuorientierung in NRW eingesetzt. Die Fraktion war Initiator eines interfraktionellen Antrags, der die Regionalisierung der Wirtschaftsförderung von der Landesregierung abforderte. Hierfür benötigen die Regionen allerdings

ein Höchstmaß an Klarheit. Förderrichtlinien und Konditionen müssen erkennbar und nachvollziehbar sein. Statt dessen verfällt NRW in die Fehler der 70er Jahre. Denn statt echter regionaler Mitverantwortung wird auf dem Umweg über die Regierungspräsidenten versucht, Strukturentscheidungen von oben herab zu gängeln. Dies ist der falsche Weg.

Ohne die CDU-Landtagsfraktion hätte es auch die Landesentwicklungsbank nicht gegeben. Schon in der letzten Legislaturperiode hat die CDU-Landtagsfraktion betont, daß wir dieses Instrument dringend brauchen. Leider hat es sechs Jahre gedauert, bis es zu dieser Investitionsbank im Lande Nordrhein-Westfalen gekommen ist. Ohne die CDU-Landtagsfraktion hätte es bis heute keine Kulturstiftung gegeben. Diese ist von uns angebahnt worden.

In der Wohnungsbaupolitik des Landes Nordrhein-Westfalen klafft die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit am größten. Denn die Zahl der fertiggestellten Woh-

## CDU-Fraktion

1985—1990

**Dieser Bericht liegt in der alleinigen Verantwortung der CDU-Fraktion**

nungen ist in NRW zwischen 1984 und 1988 um über 60 Prozent zurückgegangen. Die Landesregierung hat die Mittel für den sozialen Wohnungsbau um zwei Drittel gekürzt. Demgegenüber stehen die Initiativen der CDU-Landtagsfraktion nach Förderung von mindestens 40 000 neuen Wohnungen, der Schaffung von weiteren 50 000 Wohnungen durch Dachgeschoßausbau und den Abbau sämtlicher bürokratischer Hemmnisse zur Ankurbelung der Bauwirtschaft und die Bereitstellung ausreichend bemessener Finanzmittel für den Wohnungsbau.

Das Gladbecker Geiseldrama hat in der vergangenen Legislaturperiode deutlich gezeigt, wie schlecht es um die Sicherheit in unserem Land bestellt ist. Die Polizei in Nordrhein-Westfalen ist aufgrund der Politik in den letzten fünf Jahren nicht mehr in der Lage, die an sie gestellten Aufgaben zum Wohle der Bürger zu lösen. Leider haben Initiativen der CDU-Fraktion, die Polizeikräfte in Nordrhein-Westfalen zu stärken und ihre Arbeit besser zu entlohnen, kein Gehör der Landesregierung gefunden. So kommt es, daß in Nordrhein-Westfalen immer noch dringend 7 000 Polizisten neu eingestellt werden müssen.

Ein klassisches Beispiel für die Entschlußlosigkeit der Landesregierung ist die Verkehrspolitik. Zahllose Fernstraßen sind aufgrund eines fehlenden Verkehrskonzeptes der Landesregierung Ruinen in der Landschaft. Nachdem der Ministerpräsident die CDU-Fraktion gebeten hatte, dabei zu helfen, das Transrapid-Projekt nach Nordrhein-Westfalen zu holen und das gegen große Widerstände aus anderen Bundesländern auch gelungen ist, droht dies nun durch unentschlossenes Lavieren der Landesregierung ein weiteres Zukunftsprojekt zu sein, das in Nordrhein-Westfalen keine Zukunft mehr hat.

Vielfältig waren auch die Initiativen der CDU im Bereich der Schulpolitik. Hier seien nur beispielhaft die Bemühungen um ein Schulfriedensgesetz genannt, das nach Zusage von Herrn Rau und Herrn Farthmann durch die SPD dann aber boykottiert wurde. So ist am Ende dieser fünf Jahre festzustellen: Das Schulsterben setzt sich ungehemmt fort, der Lehrermangel wird immer größer, die Gesamtschule als Einheitsschule wird überall durchgesetzt, gegen den Unterrichtsausfall wird nichts getan.

Der Sozialabbau hat sich unter der SPD in den letzten fünf Jahren weiter beschleunigt. So kommt auf 5 000 pflegebedürftige Einwohner nur ein Pfleger. Es gibt in Nordrhein-Westfalen weder eine Landesstiftung „Familie in Not“ noch ein Landeserziehungsgeld. Dank der Initiative der CDU-Fraktion ist zumindest die Ausbildung der Altenpfleger und Altenpflegerinnen qualitativ und quantitativ entscheidend verbessert worden. Das ändert allerdings nichts an der Tatsache, daß insgesamt 1 300 Pflegekräfte in Nordrhein-Westfalen fehlen.

Die Politik von Umweltminister Matthiesen hat dazu geführt, daß Nordrhein-Westfalen im Müll erstickt. Vor 20 Jahren bereits versprach die SPD-Landesregierung ein Gesamtkonzept für die Abfallentsorgung in NRW. Bis heute und gerade in den letzten fünf Jahren ist nichts vorgelegt worden. Die CDU hat häufig darauf gedrängt, das Abfallgesetz des Bundes in Nordrhein-Westfalen konsequent zu vollziehen. Doch dies ist nicht geschehen.

Die aufgeführten Beispiele zeigen, wie groß die Versäumnisse der Landesregierung in zentralen Bereichen nordrhein-westfälischer Landespolitik sind. Wo Initiativen der CDU aufgegriffen wurden, so z. B. bei der Ruhrgebietskonferenz, sind bereits deutliche Erfolge zu verzeichnen.

Die Bilanz ist verbunden mit der Erkenntnis, daß die Politik in NRW in den nächsten Jahren neue politische Kräfte braucht, um unser Land wieder nach vorne zu bringen, wo es unter CDU-geführten Regierungen lange stand.



# F.D.P.: Liberale Positionen in fünf Jahren mit kräftiger und unverwechselbarer Stimme verkündet

Ob die F.D.P.-Fraktion in den letzten fünf Jahren anerkannte Politik gemacht hat: Darüber urteilen am 13. Mai 1990 die Wähler. Eines kann der kleinsten Landtagsfraktion in der 10. Legislaturperiode jedenfalls niemand vorhalten: daß sie sich hinter den großen Fraktionen versteckt hätte. Im Gegenteil. In aller Bescheidenheit: Die Arbeit der F.D.P. hält jeder Überprüfung stand.

Die F.D.P. hat ihre liberalen Positionen mit kräftiger und unverwechselbarer Stimme verkündet. Die Initiativen der SPD-Fraktion — mit 125 Mitgliedern gegenüber 14 F.D.P.-Abgeordneten rund neunmal so groß — nehmen sich dagegen äußerst kläglich aus:

- Die F.D.P.-Fraktion hat in fünf Jahren 179 Plenar-Anträge eingebracht, die SPD-Fraktion nur 95;

- insgesamt 30 Gesetzentwürfe hat die F.D.P.-Fraktion erarbeitet, die SPD dagegen nur 13.

Die Wähler hatten der F.D.P. 1985 einen ehrenvollen Auftrag erteilt: als Opposition die Regierung zu kontrollieren und Alternativen zur Regierungspolitik zu entwickeln.

Die F.D.P. hat das fünf Jahre lang mit Ausdauer betrieben. Was sie lernen mußte: Die SPD fand als Parlamentspartei nicht statt. Die Verfassung und unsere Staatsrechtslehrbücher ziehen normalerweise einen Trennstrich zwischen Parlament und Regierung. Hauptanliegen der SPD dagegen war es, das hinderliche Prinzip der Gewaltenteilung außer Kraft zu setzen. Sie bildete eine neuartige Mischform der Einheit von Exekutive und Legislative, auch der Einheit von Partei und Staat. So gut wie jeder Vorschlag kam unter die Abstimmungs Guillotine: wenn er von der Opposition stammte. Meist ohne inhaltliche Auseinandersetzung. Wer sich nur noch als „Ausputzer“ der Regierung (miß-)versteht, sollte ernsthaft über den Status eines frei gewählten Abgeordneten und den Sinn einer parlamentarischen Demokratie nachdenken.

Was die F.D.P. weiter lernen mußte: allzu lange Oppositionsarbeit demotiviert. Nach über 24 Jahren Opposition zeigen sich deutliche Ermüdungserscheinungen. Der CDU täte Regierungsverantwortung sicherlich gut. Aber auch eine allzu lange Regierungszeit der SPD hinterläßt deutliche Schrammen im demokratischen System.

In dieser Kräftekonfiguration hat die F.D.P. ihre Aufgabe als erfrischendes, belebendes Element gegen die verkrusteten Strukturen mit Vehemenz wahrgenommen. Zu dick aufgetragen? Dann noch einige Zahlen zu dem, was sich durch Zahlen belegen läßt:

16 Große Anfragen hat die F.D.P.-Fraktion an die Landesregierung gerichtet — ebenso viele wie die CDU, eine mehr als die SPD. Bei den Kleinen Anfragen, über deren Stellenwert man sicherlich streiten kann, domi-

nier die große Zahl (an Abgeordneten): Die CDU führt mit 1008 vor der SPD mit 608 und der F.D.P. mit 339.

Auch bei den Mündlichen Anfragen hat die F.D.P. der CDU den Vortritt gelassen. Allerdings: Wenn es spannend wurde, bei Beantwortung von Aktuellen Stunden, liegt die F.D.P. mit 26 in Front vor der CDU mit 20 und der SPD mit elf.

Nicht von ungefähr stellt die F.D.P. den jüngsten Abgeordneten (Andreas Reichel) und hat mit rund 21 Prozent den höchsten Frauenanteil.

Daß die Mitglieder der F.D.P.-Fraktion ihre Aufgabe auch außerhalb von Landtagsinitiativen ernst genommen haben, zeigen die zahlreichen Fraktionsaußensitzungen. In 52 Wochen trafen sich die F.D.P.-Abgeordneten nicht in Düsseldorf, sondern im Lande. Von Borken bis Paderborn, von Aachen bis Detmold und von Westerkappeln bis Siegen. Um sich vor Ort über regionale oder fachspezifische Probleme zu informieren.

Inhaltlich hat die F.D.P.-Fraktion ihre Schwerpunkte dort gesetzt, wo sich die gra-

## F.D.P.-Fraktion

### 1985—1990

**Dieser Bericht liegt in der alleinigen Verantwortung der F.D.P.-Fraktion**

vierendsten Defizite in der von der SPD bestimmten Landespolitik zeigten: in der Wirtschaftspolitik, in der Schul- und Bildungspolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Haushaltspolitik und in der Umweltpolitik.

Allen Initiativen der F.D.P. konnte man entnehmen, nur mit einer konsequenten Marktwirtschaftspolitik sind der Wohlstand in unserem Lande zu sichern, die sozialen Flanken und der Umweltschutz zu finanzieren.

Wenn heute der bundesdeutsche Wirtschaftsaufschwung endlich auch Nordrhein-Westfalen erfaßt hat, darf niemand vergessen,

- daß NRW im Wettbewerb mit anderen Bundesländern immer weiter abgerutscht war,

- daß unser Land strukturelle Defizite noch längst nicht überwunden, die Verluste früherer Jahre noch nicht aufgeholt hat.

Zahlreiche Anträge der F.D.P.-Fraktion dienten deshalb dem Ziel: Wir müssen Nordrhein-Westfalen fit machen für Europa. Z. B. durch eine **Verkehrspolitik**, die statt auf ideologische Fixierung auf den öffentlichen Personennahverkehr darauf setzt, den drohenden Verkehrsinfarkt zu verhindern.

In der **Schulpolitik** zielten die Initiativen der F.D.P. darauf ab,

- endlich dem skandalös hohen Unterrichtsausfall zu begegnen,

- dem Elternwillen Geltung zu verschaffen durch ein faires Abstimmungsverfahren,

- das Schulsterben wegen der ideologischen Privilegierung von Gesamtschulen zu beenden.

In die Bildung sollte investiert werden, denn „Köpfe sind unser Kapital“.

In der **Hochschulpolitik** hat die F.D.P. wiederholt größere Anstrengungen gefordert und kritisiert, daß die SPD-Landesregierung offensichtlich über keinerlei Konzepte verfügt,

- die Überfüllung unserer Hochschulen als Dauerzustand zu vermeiden,

- die drohende Lücke an Hochschullehrern rechtzeitig zu schließen.

In der **Haushaltspolitik** war es liberales Anliegen, dem Verlust der letzten politischen Gestaltungsräume durch die unverantwortliche Überschuldung unseres Landes entgegenzuwirken. Über 100 Milliarden Schulden aufzutürmen und Kind und Kindeskindern noch in Jahrzehnten für eine Politik des Augenblicks zahlen zu lassen, das ist unmoralisch und verwerflich. Das haben wir Johannes Rau, Dieter Posser, Heinz Schleißer und der SPD immer wieder vorgeworfen.

In der **Sicherheitspolitik** hat die F.D.P. — leider vergebens — energische Schritte gegen das Anwachsen besonders gefährlicher Kriminalität gefordert.

Die Polizei ist nicht mehr in der Lage, Verbrechen wirksam zu bekämpfen, sie soll sie wohl nur noch verwalten. Das Geiseldrama in Gladbeck ist das Menetekel einer völlig gescheiterten Politik.

Und im **Umweltschutz** haben wir der Landesregierung vorgeworfen, daß sie dem Müllnotstand hilflos gegenübersteht. Sie ist nicht in der Lage, Selbstverantwortung für Deponiestandorte für Sondermüll und für notwendige Verbrennungsanlagen zu übernehmen. Die Panikmache mit dem „Schadstoff des Monats“ hat sich für die SPD nicht ausgezahlt.

In der nächsten Legislaturperiode sind nicht nur die Defizite der Landespolitik aufzuarbeiten. Der neue Landtag wird sich auch mit einer grundlegenden Revision der Staatsverwaltung auseinandersetzen müssen. Neben der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und dem Prozeß der europäischen Integration kommen auf das Land auch ganz allgemeine zeitbedingte Anpassungserfordernisse zu. Die Rollenverteilung von Parlament und Regierung ist zu überdenken. Das Stichwort Parlamentsreform ist von der F.D.P. bereits eingebracht. Die Effizienzsteigerung und Entbürokratisierung der Landesverwaltung sind ebenso ein Thema wie die Reform der Kommunalverfassung.

## Jugendausschuß

### Auseinandersetzung mit der radikalen Einflußnahme auf junge Menschen

Seit rund einem Jahr bildete die Auseinandersetzung mit zunehmenden rechtsradikalen Einflüssen auf junge Menschen einen Schwerpunkt der Beratungen im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie.

Unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Helmut Hellwig (SPD) wurde die Problematik unter Berücksichtigung von verschiedenen Teilaspekten, z. B. Rechtsradikalismus an Schulen, Computer-Software mit rechtsradikalem und menschenverachtendem Inhalt und Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen, unter Beteiligung von verschiedenen Sachverständigen qualifiziert beraten. In diesem Zusammenhang hat der Landtag einen entsprechenden Antrag der Fraktion der SPD angenommen, in dem alle gesellschaftlichen Kräfte und politischen Ebenen aufgefordert werden, sich aktiv der Problematik zu stellen und die im Antrag entwickelten Maßnahmen umzusetzen. Die Landeszentrale für politische Bildung wurde beauftragt, ihre Tätigkeit im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus zu verstärken; der Etat der Landeszentrale würde bei den Haushaltsberatungen entsprechend aufgestockt.

### Kinderbeauftragter

Zusätzliche Mittel sind auch für die Fahrten zu Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus eingestellt worden, um auf diesem Wege die geschichtliche Auseinandersetzung mit dem Thema auszuweiten.

Zu den weiteren Beratungsschwerpunkten in der 10. Legislaturperiode gehörte der Ausbau der Politik für Kinder in Nordrhein-Westfalen. Auf der Grundlage von Anträgen aller drei Fraktionen diskutierte der Ausschuß Maßnahmen und Wege, die geeignet scheinen, die Gesellschaft kinderfreundlicher zu gestalten und die Situation von Familien mit Kindern zu verbessern. Im Ergebnis dieser Beratungen wurde schließlich — mit der entsprechenden Umbenennung — dem Ausschuß die Aufgabe übertragen, bei allen in die Zuständigkeit des Landtags fallenden Angelegenheiten die Belange von Kindern zu vertreten; gleichzeitig wurde beim Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales ein Landes-Kinderbeauftragter berufen.

Intensiv beraten wurde ebenfalls die in der Öffentlichkeit viel diskutierte Umstellung des Förderungsverfahrens im Bereich der offenen Jugendarbeit sowie das Thema „Arbeitsplatzsituation und Jugendarbeitslosigkeit“. Zu beiden Bereichen wurden zahlreiche Sitzungen und Hearings durchgeführt.



Langjährige Weggefährten im Wohnungs- und Städtebau wurden bei der letzten Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen durch den Ausschußvorsitzenden Erwin Pfänder (SPD) verabschiedet. An der letzten Sitzung des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen in dieser Legislaturperiode nahmen der wohnungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hubert Doppmeier, der stellvertretende Ausschußvorsitzende Heinz Soënius, der langjährige Vorsitzende Karl Trabalski (SPD), Städtebauminister Dr. Christoph Zöpel (SPD) und CDU-Ausschußmitglied Günter Knefelkamp ihren Abschied. Doppmeier und Zöpel haben nicht wieder kandidiert, weil sie in den Bundestag wechseln. Der Ausschuß tagte bei den Stadtwerken in Köln, wo unter anderem das Energieerzeugungskonzept diskutiert wurde. Das Bild zeigt v. r. n. l.: Erwin Pfänder, Hubert Doppmeier, Dr. Christoph Zöpel, Heinz Soënius, Karl Trabalski und Günter Knefelkamp. Foto: Holler

## Landtag: Statistische Angaben zur 10. Wahlperiode

### 137 Plenarsitzungen in fünf Jahren

Statistische Angaben zur 10. Wahlperiode von 1985 bis 1990 in der Rückschau: Dem Landtag der auslaufenden Legislaturperiode gehörten 227 Abgeordnete an. Davon bildeten 125 die SPD-Fraktion, 88 die CDU-Fraktion und 14 die F.D.P.-Fraktion. Fünf Abgeordnete verstarben, sieben legten ihr Mandat nieder.

Die verstorbenen Abgeordneten sind Paul Krings, Udo Scheepers, Hans Reymann und Dr. Dr. Dieter Aderhold (alle SPD) sowie Gerd Ripkens (CDU). Ihr Mandat legten die Abgeordneten Rainer Maedge (SPD), Dr. Gerhard Rödding (CDU), Dr. Fritz Schumann (F.D.P.), Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf (CDU), Erich Kamp (SPD), Wolfgang Schlotmann und Georg Wilhelm Mietz (beide CDU) nieder. Entsprechend rückten aus den Reservelisten mit Ilse Ridder-Melchers Richard Winkels, Bernd Feldhaus (alle SPD), Wolfgang Faber (CDU), Theo Heimes (SPD), Heinz Lanfermann (F.D.P.), Joachim Erwin (CDU), Horst Hein, Günter Spangenberg (beide SPD), Hartmut Dresia und Roswitha Drecker (beide CDU) zwölf Abgeordnete nach.

Insgesamt fanden in der 10. Wahlperiode 137 Plenarsitzungen statt. Ohne Kommissionen und Arbeitsgruppen wurden 1549 Ausschußsitzungen abgehalten. Neben den ständigen Ausschüssen gab es drei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse zu „Parteispenden“, zur „Wohnungsbauförderungsanstalt“ und zur „Geiselnahme Gladbeck“. Es fanden 148 öffentliche Anhörungen und 21 nichtöffentliche Anhörungen statt.

109 Gesetze gegenüber 119 in der 9. Wahlperiode hat der Landtag von 1985 bis 1990 verabschiedet. Innerhalb dieser Zeit wurden 634 Anträge einschließlich Änderungs- und Entschließungsanträgen gegenüber 351 in den fünf Jahren davor behandelt. Es wurden

46 (17) Große Anfragen, 291 Mündliche Anfragen, 28 Dringliche Anfragen und 1 923 (1 560) Kleine Anfragen durch Abgeordnete oder Fraktionen gestellt.

Diese Parlamentarischen Initiativen fanden sich in den Ausschußberatungen wieder. Über die Schwerpunkte der Ausschußarbeit berichtet „Landtag intern“ in Einzelbilanzen. Hier daher nur kurze Schlaglichter:

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales befaßte sich mit Altenhilfe bis zu Asylanten, der Hauptausschuß mit Medien- und Europapolitik, der Haushalts- und Finanzausschuß mit Landeshaushalten, der Ausschuß für Haushaltskontrolle mit den Jahresberichten des Landesrechnungshofes, der Ausschuß für Innere Verwaltung mit Polizei und Öffentlichem Dienst, der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie mit Jugendarbeit sowie Kinderpolitik, der Ausschuß für Kommunalpolitik mit Gemeindefinanzierung und Aus- und Übersiedlern, der Kulturausschuß mit der Errichtung der Stiftung „Kunst und Kultur“, der Ausschuß für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz mit Fragen der Agrar- und Forstwirtschaft, der Petitionsausschuß vor allem mit Petitionen aus dem sozialen Bereich, der Rechtsausschuß mit Strafvollzug und Extremismus, der Ausschuß für Schule und Weiterbildung mit dem Spektrum des Bildungswesens, der Sportausschuß mit Sport und Umwelt, der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen mit Wohnbauförderung und Wohnum-

Fortsetzung Seite 25

## Landtagsdelegation in Potsdam und Frankfurt/Oder

### Freiheits- und soziale Grundrechte für ein künftiges Land Brandenburg

Zu einem Arbeitsbesuch in Potsdam und Frankfurt/Oder hielten sich vom 2. bis 6. April 1990 der Direktor beim Landtag Heinrich Große-Sender, Leitender Ministerialrat Volker Krieg und Ministerialrat Dr. Jürgen Ockermann auf. Mit ihnen waren Leitender Ministerialrat Stähler vom Innenministerium und Ministerialdirigent Dr. Ritter vom Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft in die DDR gereist.

Gesprächspartner der Abordnung waren Mitglieder eines Koordinierungsausschusses, der sich aus Vertretern der drei Verwaltungsbezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus zusammensetzt und dessen Aufgabe es ist, die Grundlagen zur Wiederherstellung des Landes Brandenburg zu erarbeiten. An den Gesprächen nahmen zeitweilig auch Mitglieder des für den Bezirk Potsdam eingerichteten „Runden Tisches“ teil.

Im Mittelpunkt der Gespräche standen vor allem drei Themenbereiche: Entwurf einer Verfassung, Aufbau und Verwaltungsorganisation eines Landes Brandenburg einschließlich der Organisation einer Parlamentsverwaltung sowie Fragen des Finanzwesens, der Raumordnung und Landesplanung, die in verschiedenen Arbeitsgruppen erörtert wurden. Die Beratungsergebnisse wurden in einer gemeinsamen Sitzung aller Arbeitskreise im Bezirk Cottbus zusammengefaßt.

Die Landtagsdelegation hat in erster Linie und schwerpunktmäßig an den Überlegungen für eine künftige Parlamentsverwaltung und an den Beratungen eines Verfassungsentwurfs mitgewirkt. In den Beratun-

gen des Verfassungsentwurfs wurde insbesondere das stark ausgeprägte Bedürfnis deutlich, plebiszitäre Elemente zu betonen sowie neben den Freiheitsgrundrechten einen umfangreichen Katalog von sozialen Grundrechten und Staatszielbestimmungen aufzunehmen. Auch die Sicherung des freien Mandats ist ein besonderes Anliegen des vorgelegten Verfassungsentwurfs. Die Stärkung der Rechte des Parlaments gegenüber der Regierung zieht sich wie ein roter Faden durch den Verfassungsentwurf. So soll z. B. der Ministerpräsident die einzelnen Minister nur mit Zustimmung des Landtags ernennen und entlassen dürfen, und die Staatsoberhauptfunktionen, die nach der Verfassung von Nordrhein-Westfalen bei der Landesregierung bzw. beim Ministerpräsidenten liegen, sollen dem Landtagspräsidenten zustehen, wie z. B. das Gnadenrecht und die Ausfertigung von Gesetzen.

Es wurde vereinbart, die von allen Beteiligten als äußerst positiv bewerteten Kontakte auch in Zukunft fortzusetzen und dabei auch die Möglichkeit von Hospitationen ins Auge zu fassen.

## Vollzugskommission beobachtet mit Sorge den Anstieg der Drogentäter im Strafvollzug

Der Rechtsausschuß hat auch zu Beginn der 10. Wahlperiode eine Vollzugskommission eingesetzt und die Abgeordnete Marie Luise Morawietz (SPD) als Sprecherin sowie Marlis Robels-Fröhlich (CDU) als stellvertretende Sprecherin bestimmt.

Entsprechend den Grundsätzen der Arbeit der Vollzugskommission hatten die Beauftragten sich über Angelegenheiten des Vollzuges, den Vollzug der Untersuchungshaft, die Unterbringungsverhältnisse, besondere Vorkommnisse im Vollzug, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Vollzugsbediensteten sowie über Systeme und Entwicklungstendenzen im Vollzug zu informieren und hierüber jährlich dem Rechtsausschuß zu berichten.

Einen solchen Jahresbericht mit den Ergebnissen der Besuche in der Zeit von August 1988 bis Dezember 1989 stellte die Sprecherin in der Sitzung des Rechtsausschusses am 7. März 1990 vor. Die Vollzugskommission geht davon aus, daß man auch in Zukunft von einer Vollbelegung der Anstalten ausgehen muß. Die Personalsituation wurde in allen Anstalten als kritisch und sehr angespannt dargestellt, weshalb besonders wichtig sei, so die Sprecherin, die Leistun-

gen der Bediensteten zu registrieren und zu honorieren.

Mit Besorgnis beobachtet die Vollzugskommission den ständig steigenden Anteil der Drogentäterinnen und Drogentäter und damit auch der Drogenabhängigen und Gefährdeten; ein gesellschaftliches Problem, daß auch die Vollzugsanstalten nicht ausspart.

Lockerungen sind, so besteht Einigkeit in der Vollzugskommission, für die Resozialisierung von besonderer Bedeutung. Sehr unterschiedlich werden die Risiken der abgestuften Lockerungen sowie die Konsequenzen aus spektakulären Versagensfällen in den Fraktionen gesehen. Erfreulich ist die Arbeitssituation für die inhaftierten Frauen und Männer, da zunehmend sogar Vollbeschäftigung verzeichnet wird. Noch nicht optimal, aber erheblich verbessert hat sich die medizinische Versorgung der Gefangenen.

Bei den Besuchen wurde, so Frau Morawietz, immer großer Wert darauf gelegt, auch ein ausführliches Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Personalaräte zu führen. In den Dank an die Bediensteten im Vollzug für deren schwierige Arbeit schloß die Sprecherin auch die vielen ehrenamtlich tätigen Männer und Frauen sowie die Mit-

## Rechtsausschuß-Bilanz

### Ausbildung der Juristen in EG Schwerpunktthema

Die Ausbildung der Juristen und deren Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft war auch in der 10. Wahlperiode ein Schwerpunktthema der Beratungen im Rechtsausschuß. In seiner Beschlußempfehlung stellte dieser hierzu fest, daß die Ausbildung dringend einer grundlegenden Reform bedarf und richtete an den Landtag der nächsten Wahlperiode den Appell, diese notwendige Reform unverzüglich aufzugreifen und zu behandeln.

Das beherrschende Thema im Ausschuß war allerdings, trotz der Einsetzung einer Vollzugskommission, die Situation im Strafvollzug und dabei eine Bilanz des Strafvollzugs nach zehn Jahren Strafvollzugsgesetz, das Vollzugskonzept 2000 mit seinen Perspektiven sowie Anträge zur Kriminal- bzw. Strafvollzugspolitik mit einem Anforderungskatalog an die zukünftige Entwicklung in diesem Bereich.

### Belastung der Gerichte

Weitere Schwerpunkte, die im wesentlichen der Justizminister bereits in seinem rechtspolitischen Arbeitsprogramm zu Beginn der 10. Wahlperiode vorgetragen hatte, waren auch die hohe Belastung der Gerichte, die Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im sogenannten Volkszählungsurteil im Bereich der Justiz und die Debatte über mehrfach auch in der Presse erhobene Vorwürfe wegen nicht rechtmäßiger Ermittlungstätigkeiten verschiedener Staatsanwaltschaften.

Abgelehnt wurden u. a. die mit dem 9. Landesbeamtenänderungsgesetz angestrebte Statusänderung der Generalstaatsanwälte, mitberaten das Frauenförderungsgesetz, das Rechtsbereinigungsgesetz, das Gesetz zur Fortentwicklung des Datenschutzes sowie die Anträge zur Gen- und Reproduktionstechnik. In der letzten Sitzung der 10. Wahlperiode konnten die Mitberatungen über das Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschußgesetzes und die Beratungen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Rauschgiftkriminalität abgeschlossen werden.

Der Vorsitzende Friedrich Schreiber (SPD) ist sicher, daß die angesprochenen Themen auch in der nächsten Wahlperiode erneut den Ausschuß beschäftigen werden.

glieder der Anstaltsbeiräte ein. Sie dankte abschließend allen Mitgliedern der Vollzugskommission für den fairen Umgang miteinander und die sachliche Arbeit der Kommission im Interesse des Strafvollzuges. Sie regte an, auch in der nächsten Wahlperiode eine Vollzugskommission einzurichten und erklärte sich bereit, trotz der schwierigen und sensiblen Materie auch weiterhin in dieser Kommission zu arbeiten.

## Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales blickt zurück

### Selbständigkeit im Alter fördern, solange es geht

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge hat in der 10. Wahlperiode 62 Sitzungen durchgeführt. Vorsitzender war Karlheinz Bräuer (SPD), sein Stellvertreter Helmut Harbich (CDU). Als Sprecher der Fraktionen fungierten die Abgeordneten Ulrich Schmidt (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU) und Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.).

Die besonderen Schwerpunkte sah der Ausschuß u. a. in der Hilfe für die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger. Der Ausschuß betrachtete es als eine seiner wichtigsten Aufgaben, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit im Alter zu fördern und, solange es geht, eine möglichst selbständige Lebensführung zu gewährleisten.

Hierzu zählten die Förderung von Sozialstationen und Einrichtungen der Altenhilfe. Besonderes Augenmerk galt auch der Hilfe für die sozial Schwachen sowie die Festlegung der Regelsätze und der Ursachen und Entwicklung der Sozialhilfe. Die Arbeitsmarktsituation stand ebenso im Blickfeld als auch die Hilfe für die Arbeitslosen, beson-

ders für die Langzeitarbeitslosen sowie der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, vor allem für arbeitslose Jugendliche.

#### Informationsreisen

Der Ausschuß war besonders bemüht, daß Hilfen für Drogen- und Rauschmittelabhängige geschaffen werden sowie bei der Bekämpfung von AIDS. Deshalb führte der Ausschuß Informationsreisen nach Berlin und in die USA durch.

Der Ausschuß war ferner um die Attraktivitätssteigerung nordrhein-westfälischer Bäder, insbesondere des Staatsbades Oeynhausen, bemüht. Hierfür richtete er

eine eigene Arbeitsgruppe ein. Besonders ist die Errichtung eines Herzzentrums zu nennen. Bemüht war der Ausschuß darüber hinaus um enge Kontakte zur Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege des Landes Nordrhein-Westfalen und zu den Kommunalen Spitzenverbänden.

Die Arbeit kennzeichnete die Verabschiedung folgender Gesetze und Anträge: Krankenhausgesetz, Heilberufsgesetz, Verbesserung der Früherkennung und Förderung von Hörgeschädigten, Weiterbildung in der Gemeindekrankenpflege, Errichtung des Landesversicherungsamtes NW, Landesaufnahmegesetz.

## Grubensicherheit: Im Bergbaugebiet NRW hat Ausschuß hohen Stellenwert

Im Bergbaugebiet Nordrhein-Westfalen, das allein fast 90 Prozent Steinkohlenförderung und rund 95 Prozent der Braunkohlenförderung der Bundesrepublik Deutschland trägt, hatte seit jeher die Grubensicherheit einen hohen Stellenwert.

Um dem besonderen Interesse am Schutz der Bergleute, die trotz aller technischen Fortschritte immer noch in größerem Maße als andere Beschäftigte Gefahren und schwierigen Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, gerecht zu werden, hat das Parlament dieses Landes eigens einen Ausschuß mit der Aufgabe betraut, sich für die Verbesserung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes der im Bergbau des Landes Beschäftigten einzusetzen.

Das Wirken dieses Ausschusses wird in vielen Fachdiskussionen und Gesprächen mit den Bergbaubeschäftigten vor Ort immer wieder dankbar zur Kenntnis genommen.

Vorsitzender Willi Wessel (SPD), stellvertretender Vorsitzender Bernhard Brinkert (CDU) sowie die Fraktionssprecher Karlheinz Edelbrock (SPD), Werner Kirstein (CDU) und Hans-Joachim Kuhl (F.D.P.) stellen rückblickend fest, daß sich die Arbeit gelohnt hat. Der Ausschuß habe Anteil daran, daß der Arbeits- und Gesundheitsschutz im heimischen Bergbau nachhaltig verbessert worden ist.

Das ständige Bemühen des Ausschusses, sein Einwirken auf die führenden Bergbauunternehmen, die Untersuchungen von Unglücksfällen und besonderen Ereignissen im Bergbau, der regelmäßige Erfahrungsaustausch sowie Informationen bei Fachstellen, Bergbauzulieferern und Bergbauun-



Vor allem für ihre Verdienste um die Dritte Welt sind Kerstin Hemker (Mitte) mit der Verdienstmedaille des Landes und ihr Mann, der SPD-Landtagsabgeordnete Reinhold Hemker (rechts), mit dem Verdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Karl Josef Denzer (links) betonte bei der Verleihung das soziale Engagement der Eheleute: Während Frau Hemker — unterstützt von ihrem Mann — durch ihre Tätigkeit das Leben der Menschen in Tansania, Nigeria, Simbabwe und Chile verbessern möchte, hat sich Reinhold Hemker als Sozial- und Familienpolitiker in seiner Abgeordnetentätigkeit auf Landes- und Kreisebene einen Namen gemacht.

Foto: Schüller

ternehmen des In- und Auslandes haben mit zu den Erfolgen im Arbeits- und Gesundheitsschutz des Bergbaus geführt.

Bei den heute anstehenden vergleichsweise schwierigeren Problemen im Bergbau, beispielsweise durch zunehmende Teufe, gilt es mehr denn je, die Anstrengungen in der Grubensicherheit und den Schutz der Beschäftigten beizubehalten und zu verbessern.

Dieser Forderung fühlen sich, nach Angaben des Vorsitzenden, der Ausschuß für Grubensicherheit sowie die Landesregierung weiter verpflichtet.

## 137 Plenarsitzungen...

Fortsetzung von Seite 23

feld, der Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung mit Landesplanung und Abfallentsorgung, der Verkehrsausschuß mit allen Fragen des Verkehrs, der Wirtschaftsausschuß mit Struktur- und Energiepolitik, der Ausschuß für Wissenschaft und Forschung mit dem „Hochschulplan 2001“ und der Frauenausschuß mit der Situation der Frau.

Die Kommission „Mensch und Technik“ erörterte technologische Fragen bis hin zur Gentechnik.



Mühsal und Freuden des Stenografischen Dienstes im Landtag hat eine Mitarbeiterin in Versen festgehalten:

## Gesang der ‚Papiermäuse‘

Von  
Gisela Böttcher-Gongoll

Vergraben mitten in Papier  
sitzen wir entnervt seit Stunden hier.  
Was immer auch die Redner sagen  
und andre mal dazwischenfragen,  
wird ganz genau verifiziert –  
die Frage ist, wen's interessiert!

Das Geschriebne schließlich bei uns  
landet,  
irgendwann dann im Archiv versendet,  
und dort kein Mensch mehr jemals  
nachfragt –  
Eine sinnlose Arbeit? – Ich hab's ja  
gesagt!

Es strömen die Worte, es fließen  
Gedanken.  
Mein Wunsch hier zu arbeiten gerät ins  
Wanken.  
Und dennoch stürzen wir voller Elan  
uns auf die Arbeit. – Und sieh einmal an:  
Ganz plötzlich überflüssig, so stellt sich  
heraus,  
ist die letzte Debatte, und die Sitzung ist  
aus.

Zum Trost dafür ein kleines Eis  
und manchmal Kaffee, auch mal ganz heiß,  
erleichtert die Arbeit und macht sie schön,  
und morgen werd' ich wieder hierher gehn!

Am zweiten Tag, ach, welch ein Graus,  
da bricht das reinste Chaos aus.  
Neben normalem Plenarablauf  
Rückläufe kommen – und das zu Hauf.  
Die heißt es dann schnell zu sortieren;  
wir machen's meist auf allen vieren.  
So manchmal würd' ich gerne fliehn,  
anstatt vor dem Papier zu knien.

Zudem versagt auch mal die Technik,  
und der Revisor gerät in Hektik  
und holt sich rasch ein zweites Band –  
so hat er doch was in der Hand!

Zum Essen kommen wir nur im Stehn;  
der Silben keine darf uns entgehn.  
Und wollen wir mal Kaffee kochen,  
läutet's Telefon ununterbrochen.  
So sind wir stets zum Sprung bereit  
und verbreiten trotzdem Heiterkeit.  
Dies nicht zuletzt, weil, sehr besorgt,  
die Böttcherin gut für uns sorgt:  
Kaffee und Eis schafft sie uns her.  
Ich frage mich: was will man mehr?  
Was man auch braucht – nicht verzagen,  
man kann getrost Frau Böttcher fragen.  
Was täten wir nur ohne sie,  
ich käm niemals wieder her, nie!

Und abends noch zu später Stunde  
– den letzten beißen ja die Hunde –  
sind wir noch lang in diesen Räumen  
und bemühen uns, alles aufzuräumen.  
Dann endlich, kurz nach Mitternacht,  
ein Auge schläft, das andere wacht,  
wenn andre schon im Bettchen liegen  
und sich in süßen Träumen wiegen,  
gehn wir hier endlich auch mal raus  
und fahren ganz geschafft nach Haus.  
Und dort bei einem Gläschen Wein  
leg ich die Füß' hoch und schlaf ein!  
Völlig erschöpft fall ich ins Bett –  
„Was war das heute wieder nett!“



Als Zeichen der Hoffnung für eine Walderneuerung und als Ermutigung zur Hilfe für den durch Orkane stark geschädigten Wald in Nordrhein-Westfalen war die Pflanzung einer vier Meter hohen Winterlinde in den Grünanlagen vor dem Landtagsgebäude gedacht, die Landtagspräsident Karl Josef Denzer (2. v. l.) zusammen mit Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD, 4. v. l.) vornahm. Den Hochstamm hatte die Deutsche Waldjugend gestiftet. Nach der eigentlichen Pflanzung las der Landespatenförster, Forstamtsrat Roland Nigende, aus der Urkunde vor. An der Feierstunde nahmen ferner die Landtagsabgeordneten Walter Neuhaus (3. v. r.), Sprecher des Arbeitskreises Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz der CDU, Gerhard Wendzinski (SPD, 3. v. r.) als Vorsitzender des Kreisverbandes Dortmund der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald sowie Hans Vorpel (SDP, r.) teil.

Foto: Schüler

## Die lippische Rose „kopfstehend“

Landtagspräsident Karl Josef Denzer hat in seiner Eigenschaft als Abgeordneter unter dem Datum des 1. April 1990 eine Kleine Anfrage (Drs. 10/5387) unter der Überschrift „Gestaltung der ‚lippischen Rose‘ im Landeswappen“ an die Landesregierung gerichtet: „Als mit dem nordrhein-westfälischen Landesteil Lippe besonders verbundener Abgeordneter habe ich mich schon des öfteren über die Gestaltung der ‚lippischen Rose‘ im Landeswappen von Nordrhein-Westfalen gewundert.“

den Übergangsregelungen für die Weiterverwendung dann rechtsfehlerhafter Amtsschilder, Prägestöcke und Briefkopfbogen für notwendig gehalten? Wenn nein, warum nicht?“

### Weiterbildung für...

Fortsetzung von Seite 13  
rungsentwurfs „trotz Wahltermin“. Bedauerlich sei, daß erfolgreiche Weiterbildungsanstalten neu eine Zulassung beantragen müßten. Im übrigen mache die F.D.P. ihre Zustimmung davon abhängig, daß nicht Weiterbildungsstätten an Krankenhäusern geschlossen werden müßten.

**Sozialminister Hermann Heinemann** (SPD) bestätigte, daß diese bestehen bleiben würden. Im übrigen bemühe er sich um baldige Fertigstellung der Verordnungen.

### Das Siegel Simons III.

Der Präsident verweist auf die Verordnung über die Führung des Landeswappens vom 16. Mai 1956. In einem maßgebenden Muster für die heraldische Gestaltung des Landeswappens als Anlage zu dieser Verordnung sei die ‚lippische Rose‘ kopfstehend abgebildet. Das gleiche gelte für das große und kleine Landessiegel. Karl Josef Denzer fragt daher die Landesregierung, warum die ‚lippische Rose‘ kopfstehend abgebildet sei und ob der Innenminister bei Erlaß der Verordnung etwa das Siegel Simons III. zur Lippe von 1366 zum Vorbild genommen habe. Er möchte ferner wissen, ob die Landesregierung oder der nach dem Gesetz über die Landesfarben, das Landeswappen und die Landesflagge zum Erlaß der Durchführungsverordnung ermächtigte Innenminister des Landes NRW die Notwendigkeit sehe, demnächst die Verordnung über die Führung des Landeswappens zu ändern und heraldisch richtige Muster des Landeswappens bzw. der Landessiegel zu veröffentlichen. Der Präsident und Abgeordnete schließt mit den Fragen: „Wenn ja, wer-

#### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer  
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,  
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 884 2303, 884 2304  
und 884 25 45, btx: # 568 01\*

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD),  
Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt  
MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD),  
Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Presse-  
sprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Presse-  
sprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Triltsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

## Porträt der Woche

### Im Strom der Zeit

## Karl Josef Denzer nimmt Abschied vom Landtag

Von  
Horst-Werner Hartelt

*Kein Landtagspräsident in der mehr als 40jährigen Geschichte Nordrhein-Westfalens war stets so umgeben und umringt von Freund und Gegner wie Karl Josef Denzer, der sich nach der Parlamentswahl im Mai aus der Landespolitik gänzlich zurückzieht und in seinen Bielefelder Garten heimkehrt.*

*Den Gegnern hat er es meist nicht schwer gemacht, indem er ihnen spontan, impulsiv und ehrlich die höchstpersönliche Meinung geigte... Da gab es kein Drumherumreden, da stand Denzer, fast Herbert Wehner gleich, laut, überdeutlich auf der Walstatt, auf daß den Rechtschaffenen, ob in Verwaltung oder im Landtag selbst, Hören und Sehen verging. Den eigenen Freunden wiederum machte es der „Jupp“ auch nicht leicht, weil er gelegentlich erhoffte Zustimmung gar nicht erst abwartete, den Beschlüssen vorausleite. Ein Mensch in seinem Widerspruch, ein Sozialdemokrat aus der Kurt-Schumacher-Ära, die Karl Josef Denzer in Bielefeld vor allem unter Emil Gross erlebte, dessen Bedeutung für die SPD und den gesamten Detmolder Regierungsbezirk gleichrangig neben der Statur Heinrich Drakes zu werten ist.*

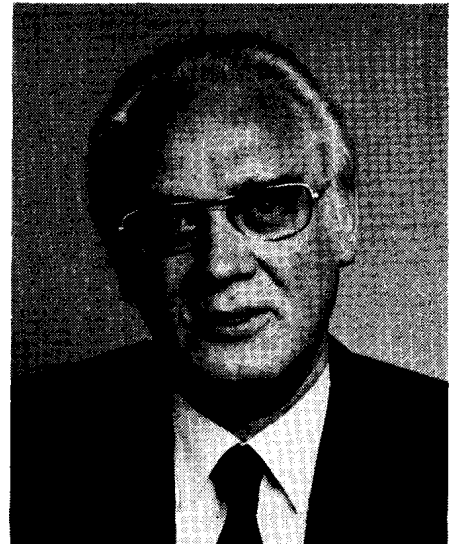
*Der Jungsozialist Denzer hat es damals erfahren: Die Geschlossenheit der Partei war oberster Grundsatz, Abweichter überrollte die Disziplin der Mehrheit, nicht das Programm, sondern die Person war alles. Es gab noch keinen linken Flügel, der Erzfeind waren die KPD und Nachfolger.*

*Die Jusos galten damals als Avantgarde der alten SPD, nur so ist heute erklärbar, daß beispielsweise Denzers Juso-Mitstreiter Heinz Castrup zum persönlichen Referenten Erich Ollenhauers aufstieg, als dieser nach Schumachers Tod zum ersten Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt wurde. Denzer ging den anderen Weg, schlug sich neben seinem Beruf als Verwaltungsfachmann durch die Kommunalpolitik, bis er 1970 in den Landtag gelangte.*

*Der politischen Gesäß-Geographie zufolge, die inzwischen auch die SPD erfaßt hatte, galt der Abgeordnete aus Bielefeld als „Rechter“; zweifellos war er kein Linker im Sinne der APO, auch kein Freund der Ideologen. Die politische Praxis hatte ihn zum Pragmatiker gemacht, und dies im Geiste seiner Partei-Ahnen. Daß sich auch in Ostwestfalen-Lippe die SPD-Mehrzahl verjüngte, daß beispielsweise mit dem Aufbau der Bielefelder Universität auch eine gesellschaftliche Umschichtung der Partei einherging und nicht mehr die Metallarbeiter das Sagen hatten, dies bekümmerte freilich zuweilen einen „alten“ Sozialdemokraten wie Denzer.*

*Immerhin, die SPD Nordrhein-Westfalens wußte, was sie an ihm hatte: in der Landtagsfraktion rückte er auf, wurde als Etat-Sprecher Nachfolger von Friedel Neuber, den der Rheinische Sparkassenverband zum Präsidenten gewählt hatte. Beim Rücktritt des Finanzministers Professor Dr. Friedrich Halstenberg blieb tagelang die Frage in der Schwebe, ob Diether Posser oder Karl Josef Denzer das wichtigste Ressort der Landesregierung übernehmen sollte. Daß der damalige Ministerpräsident Heinz Kühn Posser den Vorzug gab, erwies sich alsbald für die Landtagsfraktion als Glücksfall, denn sie brauchte einen neuen Vorsitzenden. Dieter Haak übergab sein Amt an Denzer; die Fraktion, auch die Regierung, nun schon mit Ministerpräsident Johannes Rau, war glücklich mit ihm.*

*In einer Zeit, da die SPD erstmals die absolute Mehrheit in den Landtag einbrachte und nur noch zwei Parteien im Parlament abstimmten, war die Führung der Majoritäts-Fraktion um so schwieriger, denn so viele Begehrlichkeiten in der siegreichen SPD mußten abgeschlagen werden, konnten nicht ausweichend wie entschuldigend mit Hinweisen auf Koalitionspartner leicht ins Abseits gedrängt werden. Dazu gehörte auch mancher Ansturm auf die Landeskasse, auch auf die Schulpolitik etc. Zudem mußte sich*



Karl Josef Denzer

*Karl Josef Denzer im Plenarsaal mit keinem Geringeren als Professor Kurt Biedenkopf herumschlagen, dessen Reden immer gefürchtet waren.*

*Mit einem weinenden und einem lachenden Auge nahm Fraktionschef Denzer Abschied von dem ihm auf den Leib geschriebenen Führungsamt. Die Partei bestand darauf, ihn zum Landtagspräsidenten zu wählen, es wurde keine leichte Zeit für ihn. 227 Abgeordnete, also 27 mehr, waren 1985 ins Parlament eingezogen, auch die dritte Partei, die F.D.P., war wieder da. Schwierige Gewöhnungsprozesse auf beiden Seiten kamen in Gang. Der Präsident, traditionsgemäß persona grata, wurde plötzlich angerempelt. Einzelne Abgeordnete verstiegen sich zu Gemeinheiten.*

*Am schwierigsten indes vollzog sich der materielle und geistige Umzug vom Altbau am Schwanenspiegel in das überdimensionale neue Gebäude am Rhein. Der Landtagspräsident mußte für alles geradestehen, obschon er den Neubau nicht forciert hatte. Einzig und allein seine beiden Vorgänger im Amt, John van Nes Ziegler (SPD) und Wilhelm Lenz (CDU), haben das gewaltige Millionen-Projekt betrieben, wenngleich die ersten hochfliegenden Pläne Wilhelm Johnen ausgedacht hatte, jener legendäre „Herzog von Jülich“. Dieser Christdemokrat wollte schon in den sechziger Jahren den Neubau, aber Oppositionsführer Heinz Kühn schlug ihm alles aus der Hand. Auch die F.D.P. mit Willy Weyer legte sich quer.*

*Karl Josef Denzer hat alles auf sich genommen, entzog sich nicht der Geschichte und nicht der Verpflichtung, auch nicht der Moral. Erst unlängst würdigte er alle seine Amtsvorgänger, gab ein Beispiel, daß leider seltener auf der Tagesordnung des Landtags steht — die Solidarität der Demokraten.*

## Zur Person

### Geburtstagsliste

vom 7. 5. bis 27. 5. 1990

- 7. 5. **Dr. Hans Kraft** (SPD), 43 J.
- 12. 5. **Johannes Wilde** (CDU), 54 J.
- 14. 5. **Dr. Ottmar Pohl** (CDU), 57 J.
- 15. 5. **Dr. Manfred H. G. Sanden** (CDU), 50 J.
- 16. 5. **Georg Aigner** (SPD), 56 J.
- 16. 5. **Karl Trabalski** (SPD), 67 J.
- 22. 5. **Dr. Achim Rohde** (F.D.P.), 54 J.
- 23. 5. **Klaus Evertz** (CDU), 46 J.
- 24. 5. **Ruth Witteler-Koch** (F.D.P.), 43 J.
- 27. 5. **Heinz Lanfermann** (F.D.P.), 40 J.

★

Im neuen Landesparlament wird nicht nur der Posten des Präsidenten, sondern werden zahlreiche weitere Ämter neu zu vergeben sein. Wie **Karl Josef Denzer** (SPD), Landtagspräsident, kandidieren acht Ausschußvorsitzende, vier stellvertretende Ausschußvorsitzende und fünf fachpolitische Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen nicht wieder. Die CDU-Fraktion verliert zudem mit **Christa Thoben**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und wirtschaftspolitische Sprecherin, sowie **Hubert Doppmeier**, ebenfalls stellvertretender Fraktionsvorsitzender und wohnungsbaupolitischer Sprecher, zwei namhafte Führungspersönlichkeiten.

Ausschußvorsitzende, die nicht wieder kandidieren, sind: **Dr. Albrecht Beckel** (CDU, Kultur), **Karlheinz Bräuer** (SPD, Arbeit, Gesundheit, Soziales), **Erich Kröhan** (SPD, Verkehr), **Gerd Müller** (SPD, Wirtschaft, Mittelstand, Technologie), **Willi Pohlmann** (SPD, Innere Verwaltung), **Franz Riehemann** (CDU, Haushaltskontrolle), **Hans Georg Weiss** (CDU, Haushalt, Finanzen) und **Willi Wessel** (SPD, Grubensicherheit). Stellvertretende Ausschußvorsitzende, die nicht wieder kandidieren, sind: **Hanns Bakkes** (CDU, Sport), **Dr. Wilfried Heimes** (CDU, Hauptausschuß), **Herbert Schwirtz** (SPD, Kommunalpolitik) und **Heinz Soënius** (CDU, Städtebau und Wohnungswesen).

Von den fachpolitischen Sprechern verlieren die Fraktionen der SPD und der CDU **Bernhard Brinkert** und **Hans Littscheid** (beide CDU, Rechnungs- und Kassenprüfung), **Karlheinz Edelbrock** (SPD, Grubensicherheit), **Jürgen Guttenberger** (SPD, Haushaltskontrolle), **Albert Klütsch** (SPD, Justiz), **Ilse Oel** (CDU, Frauenpolitik) und **Margarete Versteegen** (CDU, Präsidium). Von den 14 Mitgliedern der F.D.P.-Fraktion kandidieren alle wieder.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



**Zwischen Rhein und Reichswald:** Acht Ortschaften und der Zentralort Kranenburg bilden eine Gemeinde mit Geschichte. 1227 wurden dem heutigen Zentralort Kranenburg in unmittelbarer Nachbarschaft mit den Niederlanden und 31 Kilometern gemeinsamer Grenze die Stadtrechte verliehen. Seit 1308 ist für Kranenburg eine Kreuz-Wallfahrt ausgewiesen. Aus dem 14. Jahrhundert stammen Wall- und Grabenanlagen. Der historische Ortskern hat überregionale Bedeutung. Seit 1969 besteht die Gemeinde Kranenburg mit ihrem Zentralort. An ihm zeigt das Landesamt für Agrarordnung beispielhaft Probleme und Lösungsmöglichkeiten im ländlichen Raum auf. Dort hat der Rückgang der Landwirtschaft Spuren hinterlassen. Erhaltenswerte Fachwerkhäuser stehen leer oder werden abgerissen. Läden und Gaststätten mußten aufgegeben werden. In Kranenburg soll daher die nordrhein-westfälische Dorferneuerung greifen. Dazu gehören Erneuerung der Dorfstrukturen, Ortsbildgestaltung, die Umnutzung von landwirtschaftlichen Gebäuden, der Erhalt ortsbildprägender und denkmalwerter Gebäude. Dörfer in der Rheinniederung müssen an die Kanalisation angeschlossen werden. Ortslagen sollen an das überregionale Radwander-Wegenetz Anschluß finden. Das Amt für Agrarordnung stellt dazu fest, daß die finanziellen Hilfen des Landes erste Wirkung zeigen. Sie seien aber auch weiter notwendig, heißt es. Doch wird die Dorferneuerung vor allem als Hilfe zur Selbsthilfe verstanden.

## Siebenhundert neue Lehrer im Land Nordrhein-Westfalen

In seiner letzten Sitzung am 26. April stimmte der Haushalts- und Finanzausschuß der Einrichtung von je 350 Lehrerstellen im Grundschulbereich zu, ferner

Betriebskosten für das Europäische Dokumentarfilm-Institut Mülheim/Ruhr. Vorsitzender Hans Georg Weiss (CDU) lobte abschließend das gute Arbeitsklima im Aus-

schuß, das von der Aufgabenstellung her nicht ohne weiteres vorauszusetzen sei. (Eine Bilanz des Ausschusses folgt in der nächsten Ausgabe)

## Staatsvertrag zur Fernsehkurzberichterstattung im Plenum angenommen

Am letzten Plenartag der 10. Legislaturperiode, 30. März 1990, hat der Landtag ohne Debatte den Antrag der F.D.P.-Fraktion „Verbesserung des haushaltsrechtlichen Instrumentariums“ (Drs. 10/5193) abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde in zweiter Lesung ein Gesetzentwurf der CDU zur

Änderung des Landeswassergesetzes (Drs. 10/5244). Angenommen wurde in zweiter Lesung der Staatsvertrag zur Fernsehkurzberichterstattung (Drs. 10/5355). Die Verlängerung und Änderung des Verwaltungsabkommens zwischen dem Bund und den Ländern zur Errichtung eines Wissen-

schaftsrates (Drs. 10/5356) fand gleichfalls in zweiter Lesung Zustimmung. Für erledigt erklärte das Parlament einen F.D.P.-Antrag „Mehr Wohnungen für Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 10/4797) sowie den Antrag der gleichen Fraktion „Förderung des Fremdsprachenunterrichts“ (Drs. 10/4697).